SPD Ade S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 16 – 22. April 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Nun fällt ihr eigener Schatten auf sie selbst: Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bild: pa

Der Fluch der bösen Tat

Merkel wird von der Prinzipienlosigkeit ihrer eigenen Politik eingeholt

Selbst treue Anhänger verstehen die CDU-Chefin nicht mehr. Ihr Machtwille um jeden Preis wendet sich plötzlich gegen sie selbst.

Das Verhalten von Angela Merkel in der Böhmermann-Affäre hat selbst treue, langjährige Anhänger der CDU-Chefin auf Distanz gehen lassen. Dabei geht es längst nicht mehr um den vulgären Kabarettisten. In den Augen der großen Mehrheit der Deutschen hat sich die Kanzlerin zum Handlanger des türkischen Präsidenten Erdogan gemacht.

Dass sie sich dazu genötigt sah, illustriert das völlige Scheitern jenes verquasten EU-Türkei-Abkommens, das auf Merkels Betreiben zustande kam. Was die *PAZ* schon im Februar (Folge 8/2016) vorausgesagt hat, ist nun offenkundig geworden: Merkel befindet sich „in Erdogans Krallen“.

Wie konnte sich die Kanzlerin nur so verstricken, sie, der selbst die schärfsten Kritiker einen ausgeprägten Machtinstinkt nie absprechen würden? Vielleicht liegt gerade hier, in Merkels unbedingtem Willen, um jeden Preis oben zu bleiben, der Keim ihres Scheiterns.

Die Kanzlerin ist von einschneidenden Erfahrungen geprägt: Sie ist in der DDR mitgelaufen, solange das System aufrecht stand. Als sie die SED-Größen hatte stürzen sehen, schloss sie sich (aber erst im Dezember 1989, als es ungefährlich war) der Demokratie-Bewegung an. Von dort aus machte sie Karriere in der CDU. Bei einem anderen Verlauf der Geschichte hätte die talentierte FDJ-Sekretärin ihren Weg ebenso gut im alten SED-System gemacht, ohne jemals anzuecken. So hat Merkel gelernt, sich nicht für ein langfristiges Ziel geradezumachen, sondern von Fall zu Fall, „auf Sicht“, wie sie es nennt, zu entscheiden, um jeweils geschmeidig die Richtung wechseln zu können, wenn der Wind dreht.

> Ihr Opportunismus funktioniert plötzlich nicht mehr

In der Euro-Krise, wo Hinausschieben bis heute ihr Rezept ist, oder mit der abrupten Energie-Wende nach Fukushima ging diese Taktik noch auf. Ihre Wendigkeit und ihr völliges Desinteresse an den langfristigen Wirkungen ihrer Politik sicherten Merkel die Macht.

In der Asylfrage funktionierte das nicht mehr. Wie bei Euro und Energie wollte sie mit „Wir schaffen das!“ nur beim Wähler punkten. Doch anders als zuvor kamen die Resultate mit der Massenflucht nun schlagartig.

Auf diese Überraschung reagierte Merkel mit grotesker Sturheit – und dreister Heuchelei: Einerseits schwärzte sie die Balkanstaaten für deren Grenzschließung an, andererseits hat ihr diese Maßnahme vermutlich den Kopf gerettet, weil sonst der Massenansturm nach Deutschland ungebremst weitergegangen wäre.

Im Fall Erdogan-Böhmermann hat sich Merkel in ihrem eigenen Gespinst verfangen. Nun konnte sie die offensichtlichen Widersprüche nicht mehr mit wohl- wie hohlklingenden Floskeln wegsingen. Stattdessen begegnet sie hier dem „Fluch der bösen Tat“ ihrer eigenen Politik, und deren Prinzipienlosigkeit wird für jedermann sichtbar.

Hans Heckel

Jan Heitmann: Bw-Hilfspolizei?

Alle Jahre wieder tut ein Politiker seine Überlegungen zum Einsatz der Bundeswehr im Innern kund. Dann wird darüber kurz, mehr oder minder sachkundig und ergebnislos diskutiert. Nun jedoch erhält die Sache eine neue Dimension. Denn im Entwurf des neuen Weißbuches zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr geht es laut Bundesverteidigungsministerium unter anderem darum, „angesichts gegenwärtiger und zukünftiger sicherheitspolitischer Bedrohungen“ die Bundeswehr „möglicherweise auch bei Terrorgefahr oder anderen nationalen Risiken im Inland einzusetzen“.

Derzeit sind die Streitkräfte dazu weder befugt noch geeignet. Auch wenn die Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit faktisch längst fließend geworden ist, sind sie nun einmal für die spezifische Aufgabe der Gewährleistung der äußeren Sicherheit mit militärischen Mitteln legitimiert, ausgerüstet und ausgebildet. Für eine Rolle im Rahmen der inneren Sicherheit fehlen ihr hingegen gesetzliche Voraussetzungen, Ausbildung und Ausrüstung. Zudem ist die seit Langem unterfinanzierte Bundeswehr schon jetzt in ihrer Einsatzfähigkeit personell und materiell erheblich eingeschränkt. Würde man ihr zusätzliche Aufgaben zuweisen, ginge das nur zulasten ihres Kernauftrages.

Das alles lässt sich ändern, wobei die Schaffung der gesetzlichen Grundlage das kleinere Problem ist. Vor allem bedarf es dazu erheblicher finanzieller Mittel und sehr viel Zeit. Deshalb wäre es unsinnig, die Bundeswehr zur Hilfspolizei heranzubilden. Wer die innere Sicherheit erhöhen will, sollte in die Polizei investieren. Die ist dafür nämlich ausgebildet und ausgerüstet.

Afghanen müssen gehen

Geheimpapier: EU plant Abschiebung »irregulärer Flüchtlinge«

Die EU-Kommission hat die Existenz eines Geheimpapiers bestätigt, in dem sie ein Szenario durchspielt, wie 80000 Afghanen „in naher Zukunft“ in ihr Heimatland abgeschoben werden könnten. In dem an die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten versandten und der britischen Bürgerrechtsorganisation „Statewatch“ zugespielten Papier heißt es, das „Risiko eines weiteren Migrationsstromes“ aus Afghanistan sei zu hoch, um tatenlos dabei zuzusehen. Die EU müsse schnell „intervenieren“.

Im vergangenen Jahr kamen 213000 Afghanen nach Europa, die meisten davon nach Deutschland und Schweden. Damit stellten sie nach den Syrern die größte Gruppe von Asylsuchenden in Europa dar. Ihre Schutzquote stieg letztes Jahr europaweit auf 60 Prozent.

Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen kritisieren den Plan zur Massenabschiebung scharf. Sie verweisen darauf, dass sich die Sicherheitslage am Hindukusch zunehmend verschlechtere. Allein 2015 hätten Selbstmordattentate und Anschläge rund 11000 Todesopfer gefordert. Tatsächlich zeichnet ein Bericht des Institute for the Study of War aus der vergangenen Woche ein düsteres Bild. Die Lagebeurteilungen der Nato und der deutschen Botschaft in Kabul sehen nicht besser aus. Demnach kontrollieren die Taliban ein größeres Gebiet als zu Beginn des Krieges im Jahre 2001.

Die EU-Kommission hält dagegen: Nur weil sich die gesamte Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtere, heiße das nicht automatisch, dass alle Regionen in gleicher Weise davon betroffen wären. Welche Gebiete künftig als sicher gelten können, werde derzeit geprüft. Zudem hätten abgelehnte Asylbewerber „weder Anspruch auf, noch Bedarf an internationalem Schutz“. Die Abschiebung „irregulärer Flüchtlinge“, denen Asyl verweigert wurde, sei „ein zentrales Element der europäischen Migrationspolitik“. Auch sei nicht klar, wer überhaupt wirklich aus Afghanistan komme. Allein im letzten Jahr hätten sich 250000 „irreguläre Flüchtlinge“ als Afghanen ausgeben.

J.H.

»Türkei der Christen Feind«

Syrisch-orthodoxer Bischof warnt vor Christenverfolgung in Europa

Warum nehmen die Golfstaaten, die Emirate und Katar keine Flüchtlinge auf?“, fragt der syrisch-orthodoxe Bischof für die Schweiz und Österreich, Dionysios Isa Gürbüz. Seine Antwort: Weil es die Agenda der Zuwanderer sei, Europa zum Islam zu konvertieren. In einem Interview mit dem Schweizer „Tagesanzeiger“ warnt er unmissverständlich vor einer Islamisierung des Westens. Diese werde „nicht friedlich“ ablaufen. Zunächst würde die Anzahl der Muslime durch die kinderreichen muslimischen Familien schnell wachsen. Die Christenverfolgung sei auch in Europa bereits im Gange.

Das, was IS, Taliban und al Kaida anrichteten, sei „die Verlängerung des Genozids von 1915“, sagt er. Damals seien fast zwei Millionen Christen – Aramäer sowie syrische und griechisch-orthodoxe – ums Leben gekommen, Millionen seien zum Islam konvertiert. „Was uns heute widerfährt, hat vor 1300 Jahren begonnen.“ Seither sei es die „Agenda des Islam, Christen mit Terror aus dem Mittleren Osten zu vertreiben“. Im 7. Jahrhundert habe der Genozid an den Christen angefangen, damals im Dunkeln, heute im Scheinwerferlicht der Medien. „In 20, 30 Jahren wird es in Europa eine muslimische Mehrheit geben. Die Hälfte der europäischen Frauen wird dann einen Hijab tragen“, ist er überzeugt.

Die Vision von einem friedlichen Miteinander der verschiedenen Kulturen und Religionen hält Gürbüz nach dem Massenzuzug von Muslimen für naiv. Auch unter diesen gebe es Terroristen, mahnt er vor allem die „auf politische Korrektheit bedachten Kirchen“. Er rufe nicht zu Hass auf, beteuert der Bischof. Nur habe ihn die lange Geschichte der Christenverfolgung gelehrt, Muslimen nicht zu trauen. Anfänge der verhängnisvollen Missionierung Europas sieht er in den von wahabitischen Saudi-Arabien und vom türkischen Religionsministerium eingerichteten Moscheen. Der Islam akzeptiere keine Demokratie, sondern wolle die Scharia durchsetzen. Die Türkei, aus der er selbst stammt, betrachtet Isa Gürbüz als „der Christen Feind“.

U.M.

MELDUNGEN

Sozialbetrug mit Immigranten

Bremerhaven – Wie unter anderem von Radio Bremen berichtet wurde, sind in der Stadt Bremerhaven Ermittlungen wegen des Verdachts der gewerbsmäßigen Beihilfe zum Betrug aufgenommen worden. Demzufolge soll ein Netzwerk von Vereinen und Firmen mehr als 1000 EU-Immigranten vor allem aus Bulgarien in die Stadt gelockt haben. Nach einer Anzeige des Jobcenters wird zurzeit gegen Verantwortliche von zwei Vereinen ermittelt, die Scheinverträge für Südosteuropäer ausgestellt haben sollen, mit denen Sozialleistungen beantragt wurden. An die Antragsteller ausgezahlt worden ist offenbar nur ein Teil der beanspruchten Gelder, da auch die in Verdacht geratenen Vereine erheblich von den Sozialleistungen profitiert haben sollen. *N.H.*

Skandal im Reitsport

Warendorf/Katar – Dass bei der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2022 nach Katar Bestechung im Spiel war, gilt längst als als offenes Geheimnis. In einer anderen Sportart gibt es nun ganz konkrete Korruptionsvorwürfe. Betroffen ist das Herz der deutschen Pferdezucht, das Landgestüt Warendorf in Nordrhein-Westfalen. Dort ermitteln jetzt die Staatsanwaltschaft Münster und das Landeskriminalamt gegen die Leiterin Susanne Schmitt-Rimkus, ihren Verwaltungschef sowie den Ersten Hauptberittmeister wegen des Verdachts der Vorteilsannahme in Zusammenhang mit Reisen und Pferdeverkäufen ins Emirat Katar. Nach der Durchsuchung vom Gestütsräumen und der Beschlagnahme von Unterlagen und Computern wurden die drei mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres von ihren Aufgaben freigestellt. Sie dürfen das Gestüt nicht mehr betreten. Die Landgestüte, allen voran Warendorf, gelten als „Tafelsilber“ der deutschen Pferdezucht. Diese wiederum ist hocherfolgreich, wenn es darum geht, im Pferdesport ganz vorne vor Medaillenränge mitzureiten. *FH*

Deutsches Geld für Tschernobyl

Berlin – Deutschland wird zusätzlich zu den bereits gezahlten 97 Millionen Euro weitere 19 Millionen Euro für Sicherungsmaßnahmen im havarierten ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl zahlen. Auch zum Bau des neuen Brennelemente-Trockenlagers sowie der Anlage zur Behandlung flüssiger radioaktiver Abfälle hat Deutschland mit 26 Millionen Euro beigetragen. Die Deutschland entstandene Gesamtschadenssumme der Reaktorhavarie lässt sich laut Bundesregierung nicht exakt beziffern. Sie gibt jedoch an, dass zwischen 1986 und 1995 rund 202 Millionen Euro als Ausgleichs- und Entschädigungszahlungen für vernichtete Lebensmittel geflossen sind. Zusätzlich wurden von 1996 bis 2005 Entschädigunggen für kontaminiertes Wild in Höhe von 4,7 Millionen gezahlt. Rund 6,6 Millionen Euro flossen in das von 1991 bis 1996 durchgeführte Mess- und Informationsprogramm „Strahlenmessung Tschernobyl“. Für Projekte der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, die im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe stehen, wurden knapp 45 Millionen Euro ausgegeben. *U.M.*

(siehe auch Seite 4)

Ukrainer ernüchtert über EU

Wut und Enttäuschung über Holland-Referendum – Bürger gegen Aufnahme von Asylbewerbern

Schlimmer als der Ausgang des holländischen Referendums hat die Ukrainer die Äußerung des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker getroffen, dass die Ukraine in den nächsten 20 bis 30 Jahren weder mit einer Mitgliedschaft in der EU noch in der Nato rechnen könne. Wut und Enttäuschung entluden sich auf den Straßen vieler Städte, aber auch Kritik am Assoziierungsabkommen wurde laut.

In Jahotyn, einer Kleinstadt bei Kiew, entsteht ein Aufnahmezentrum, in dem 250 Asylsuchende aus Syrien und Afghanistan untergebracht werden sollen. Ein Teil der Bewohner ist über diese Pläne der Kiewer Regierung empört und drückte seinen Unmut durch Protestaktionen und die Sperrung des Zugangs durch einen „Blockposten“ am Eingang zur Stadt aus.

Angesichts der Terroranschläge in Paris und Brüssel fürchten die Bürger, dass auch ihre Stadt zu einer Hochburg islamischer Terrorgruppen werden könnte. Andere halten die von Kiew aufoktroyierte Regelung für eine Konzession an die EU als Gegenleistung für europäische Hilfen. Nur wenige erwarten jedoch durch die erhofften europäischen Zuschüsse Impulse für die Infrastruktur.

Kritiker der Kiewer Führung und russische „Trolle“ spotten bereits, die Ukraine komme die Zuwendung zu Europa teuer zu stehen, wenn sie nicht nur mit den erwarteten Vorteilen wie Visafreiheit, mehr Demokratie und erhebliche Finanzmittel beglückt werde, sondern sich auch an deren Problemen beteiligen müsse, wie die Verteilung der syrischen Zuwanderer plötzlich zeige. Angeblich sei die Flüchtlingsaufnahme Teil der Abmachungen mit der Europäischen Union im Rahmen des Assoziierungsabkommens.

Es ist ein Rätsel, warum die ukrainischen Behörden gerade die abgelegene, 90 Kilometer von Kiew entfernte verträumte Industrie-, Hochschul- und Parkstadt Jahotyn für ein „Flüchtlingszentrum“ für Syrer ausgewählt haben. Vielleicht weil sie End- und Startpunkt für den Pendelverkehr nach Kiew ist? Politiker und Bewohner sind darüber empört, dass schon seit Längerem anstehende Projekte zurückstehen müssen. So warten die Studenten des Ortes schon seit Jahren auf ein Heim für die Medizinische Hochschule. Stattdessen soll das Geld nun in ein Asylantenheim gesteckt werden.

Auch der Bürgermeisterin des Ortes, Natalja Dsjuba, gefällt das nicht, sie meint, Jahotyn sei viel zu klein für solch ein Projekt. Außerdem habe die Stadt die versprochenen Budgetmittel nicht erhalten, so dass sich der Bau des Heimes immer mehr verzögerte. Der Rohbau sei fertig, jedoch die Inneneinrichtung fehle noch. Wie viele mehretagige Wohnhäuser hätte man für dieses Geld bauen können, klagen einige Bewohner. Die Bürgermeisterin plädiert außerdem für eine Umfunktionierung des kostspieligen Aufnahmezentrums für muslimische Asylanten in ein Zentrum für einheimsche Flüchtlinge, die die Krim und das Donbass kriegsbedingt verlassen haben. Sie sei deshalb beim Gouverneur der Region und bei Kiewer Politikern vorstellig geworden.

Die Bewohner befürchten, dass mit den Asylbewerbern auch radikale Islamisten in die friedliche Stadt kommen, dass Asylsuchende aus einer völlig fremden Kultur Unruhe und Krankheiten mitbringen könnten. Die Ärztekommission der städtischen Klinik hielt eigens eine Sondersitzung ab, um die auf sie zukommenden gesundheitlichen Gefahren zu erörtern. Auf die unbekannten Erkrankungen aus dem Orient sei die Ukraine technisch überhaupt nicht vorbereitet. An der Grenze zur Ukraine werde lasch kontrolliert und jede Barriere könne aufgrund der notorischen Korruption mit einem Bakschisch leicht überwunden werden.

> Waffenhandel mit der Türkei schlug wie eine Bombe ein

Außerdem befinde sich die Ukraine selbst im Kriegszustand mit Russland und somit sei das Land als Zufluchtsort unsicher und völlig ungeeignet. Zudem habe die Ukraine selbst über eine Million Binnenflüchtlinge, die aus der Kriegszone im Osten des Landes geflohen sind, zu versorgen, meinen die Gegner des Projekts.

Die Kiewer Politik winkt ab. Das Migrationsamt weist wie in Deutschland auf die enorme Bevölkerungslücke (etwa zehn Millionen Rückgang seit 1991) und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Sozialbereich hin. Außerdem habe sich die Ukraine als eines der ersten Länder der ehemaligen Sowjetunion in internationalen Verträgen zur Flüchtlingsaufnahme verpflichtet. Neuerdings kommen noch die Bestimmungen aus dem Assoziierungsabkommen mit der EU hinzu. Die Verhandlungen über Visaerleichterungen mit der EU wurden offenbar auch mit der Zuwanderungsfrage gekoppelt. Im Assoziierungsabkommen steht aber nicht die Aufnahme, sondern eine Kooperation in Migrationsfragen vor allem im Hinblick auf den Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus im Vordergrund.

Kleinere Aufnahmezentren für Syrer gibt es auch schon in anderen Regionen der Ukraine, so in der Schwarzmeerhafenstadt Odessa und in Mukatschewo in der westlichen Karpathenregion. Für die Stadt Jahotyn mit knapp 20 000 Seelen seien 250 Flüchtlinge aus fremden Regionen eine große Belastung. Sinnvoller wäre es, statt der Fremden dort die Flüchtlinge aus dem Donbass unterzubringen. Vergleichsweise gibt es in der Großstadt Odessa seit 2001 ein Aufnahmezentrum für 200 Personen und in der Karpathenstadt Mukatschewo mit 70 000 Einwohnern für 120 Menschen. Das sind verschwindend geringe Zahlen gegenüber der Million „willkommener Asylanten“ in Deutschland, für die Ukraine aber dennoch ein Problem. Denn die Ukraine ist bereits ein Land, das großzügig Hilfe leistet, zumindest den eigenen Landsleuten aus dem kriegsgeplagten Donbass, von der Krim sowie Verfolgten aus den Nachbarländern, Oppositionelle aus Russland, nach der Annexion der Krim verfolgte Tataren und Ukrainer. Im Bündnis mit den Tataren sind die Ukrainer das Zusammenleben mit Moslems seit Jahrhunderten gewohnt.

Während die Syrer für die Ukrainer völlig fremd sind, gibt es zu den Afghanen gewisse historische Bindungen: kurioserweise durch die ein Jahrzehnt währende Besetzung durch sowjetische Truppen. Diese Erfahrung hat den Nebeneffekt, dass Asylsuchende aus Afghanistan zumindest russische Sprachkenntnisse mitbringen.

Wie eine Bombe schlug in der Ukraine die Meldung ein, dass Präsident Petro Poroschenko bei seinem kürzlichen Besuch in der Türkei im Rahmen seiner neuen Freundschaft mit Recep Tayyip Erdogan einen Waffen-Deal gegen Flüchtlingsaufnahme geschlossen hat. Kritiker fragen indessen, wozu denn Kiew kostspielige schwere Waffen aus der Türkei braucht, da doch in Minsk die Mächte permanent um einen – wenn auch fragilen – Waffenstillstand im Donbass ringen.

Hans-Joachim Hoppe

(siehe Kommentar Seite 8)



Stein des Anstoßes: Heim für 250 Asylanten aus Syrien und Afghanistan in Jahotyn Bild: pa

Vor der Entscheidungsschlacht

Russen befürchten Blockierung nördlicher Gebiete Syriens bei Verlust der Straße zwischen Aleppo und Damaskus

Wie sich schon seit Längerem andeutet, scheint der Kampf um Aleppo zur großen Entscheidung im syrischen Krieg zu werden. Der Islamische Staat (IS) und die Al-Nusra-Front (JN) hätten vor der Stadt rund 10 000 Mann zusammengezogen, berichtet der Chef der operativen Hauptabteilung des russischen Generalstabes, Generalleutnant Sergej Rudskoi. „Sie planen eine groß angelegte Offensive zum Kappen einer Verkehrsstraße zwischen Aleppo und Damaskus“, sagte der General und fuhr fort: „Etwa 8000 Mann bezogen Stellung südwestlich und noch etwa 1000 Terroristen nördlich von Aleppo. Jetzt kommt es darauf an, die Offensive der Al-Nusra-Front zum Scheitern zu bringen. Sollte die Terrorgruppe die Straße Aleppo–Damaskus abschneiden, könnten nördliche Gebiete Syriens wieder blockiert werden. Deshalb wird noch keine Operation der syrischen Regierungstruppen und der russischen Luftwaffe zur Befreiung Aleppos geplant.“

Nach wie vor werden die Terroreinheiten mit neuen Kräften sowie Waffen und anderer Ausrüstung aus der Türkei versorgt. Die Wege gehen über Gebiete, die unter der Kontrolle von US-Verbündeten stehen, verrät Rudskoi. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums fahren Laster „rund um die Uhr“ über die Grenze.

Sergej Kuralenko vom russischen Versöhnungszentrum in Latakia bestätigt: „Lkw-Kolonnen mit Material und Waffen fahren praktisch rund um die Uhr von der Türkei in jene syrischen Regionen, die unter Kontrolle von der Al-Nusra-Front und der Terrorgruppe Ahrar al-Scham stehen.“ Er beschuldigte die Türkei einer „unverhüllten Unterstützung der Terroristen in Syrien“. Dafür habe ein russischer TV-Sender kürzlich Beweise vorgelegt.

Darüber hinaus setzt die Türkei den Beschuss des syrischen Territoriums, genauer gesagt, kurdischer Stellungen und kurdischer Ortschaften unvermindert fort. Das bestätigen der Generalstab Syriens und kurdische Formationen. Auch das russische Zentrum für Aussöhnung rivalisierender Seiten in Hmeimim wurde darüber informiert. Sein Leiter, Generalleutnant Kuralenko: „Beim russischen Zentrum laufen Informationen des syrischen Generalstabes und kurdischer Formationen über den Artilleriebeschuss der Türken ein ... Solche Handlungen der türkischen Seite sind auf die Torpedierung der Waffenruhe und die Untergrabung des Aussöhnungsprozesses in Syrien gerichtet.“

> Im Angesicht der erwarteten gegnerischen Offensive haben Syrer und Russen Angriffe auf Aleppo vorerst zurückgestellt

Unter dem Feuer türkischer Kanonen blüht weiterhin ein schändliches Geschäft. Während sich der türkische Machthaber Recep Tayyip Erdogan im Zusammenhang mit der Zuwanderer-Krise der EU mit Hilfe der Bundkanzlerin Angela Merkel unentbehrlich macht, nehmen die Geschäfte, die auch seine Familie mit dem IS betreibt, ungehindert ihren Fortgang. Dabei geht es nicht nur um Erdöl, sondern auch in steigendem Maße um geraubte Antiken, die aus Palmyra und anderen hochkarätigen archäologischen Stätten Syriens stammen.

Im Westen der türkisch-syrischen Grenze liegt auf türkischer Seite die Stadt Gaziantep, während das Gebiet südlich der Grenze noch unter dem Einfluss des IS steht. Das bildet die Voraussetzung dafür, dass Gaziantep eines der größten Zentren des Handels mit kulturellem Raubgut geworden ist. Darauf hat der russische UN-Botschafter Vitali Tschurkin in einem Schreiben an den UN-Sicherheitsrat hingewiesen. Der Diplomat taxierte auch den materiellen Umfang des Handels mit den geraubten Gütern. Ihr Wert wird „auf 150 bis 200 Millionen US-Dollar im Jahr geschätzt“.

Bei aller Vorsicht, die in der Türkei bei derlei Dingen angebracht ist, sagt der Archäologe Eyüp Ay, Experte und Dozent an der archäologischen Fakultät der Universität Gaziantep, es gebe in der Stadt „Personen, die den Handel mit Altertümern fördern“.

Florian Stumfall

Wie Softeis im Hochsommer

Während die Wählerschaft der SPD dahinschmilzt, steuert die Parteispitze in Richtung »Migranten-Partei«

Die Meinungsforschungsinstitute melden desaströse Umfragewerte für die Sozialdemokraten und an der Basis fragt man sich, ob Horst Seehofer der einzige Realpolitiker in der Regierungskoalition ist.

Wenn Sigmar Gabriel doch nur auch so eine schöne Merkel-Raute mit den Händen formen könnte. Wenn er modisch mit der Kanzlerin gleichzöge und mehr auf bonbonfarbene Blazer setzte, wenn er ebenso mütterlich-wolkig daherfabulieren würde, – dann, ja dann würden sich die potenziellen Wähler vielleicht nicht zu Zehntausenden von der einstigen Volkspartei SPD abwenden.

So in etwa möchte es zumindest Uwe Jun, Professor in Trier und Sprecher des Politologen-Arbeitskreises „Parteienforschung", sehen. Befragt nach den Gründen für die desaströsen Umfrageergebnisse der SPD, führt er vor allem die übermächtige Position der Kanzlerin an. In Zeiten, in denen sich Parteien inhaltlich kaum mehr unterscheiden, würden Personen eine wichtige Rolle spielen. Merkel verfüge trotz gesunkener Zustimmungswerte über großen Rückhalt. Ihr gelinge es zudem, sich professioneller zu inszenieren. Gabriel sei dagegen kein populärer Vorsitzender.

Ein Platz in den Geschichtsbüchern dürfte ihm trotzdem sicher sein: Als SPD-Vorsitzender, der die einstige 45 Prozentpartei (1972) bis zur Bedeutungslosigkeit marginalisierte. Bei 19,5 Prozent sehen sie jüngste Umfragen. Es ist der niedrigste jemals gemessene Wert für diese Partei, und ein Ende des Abwärtstrends ist nicht Sicht. Wird die SPD demnächst ungebremst auf die Fünf-Prozent-Hürde hinab rauschen? „Ich fürchte, es geht zu Ende", grämt sich bereits der Publizist Christian Nürnberger in der jüngsten Ausgabe der „Zeit". Nürnberger ist seit 46 Jahren überzeugtes SPD-Mitglied. In seinem Artikel kommt er trotzdem nicht umhin, die sozialdemokratischen Politikfehler der letzten Jahrzehnte aufzuzählen. Unter Helmut Schmidt wurde nicht nur der Siegeszug der Computertechnik verschlafen. Missachtet wurde auch die neuentstehende Umweltschutzbewegung. Die Stimmanteile der Grünen fehlen den Roten jetzt. Gerhard Schröders Agenda 2010 entpuppte sich dann als Geburtshelfer für noch mehr SPD-Konkurrenz. Die WASG spaltete sich ab und schloss sich später mit der SED-Nachfolgepartei PDS zur Linkspartei zusammen.

Was die Wählerschaft, laut allgemeiner Meinung, sonst noch dahin schmelzen lässt wie Softeis im Hochsommer? Mögliche Erfolge der Regierungskoalition werden als Politik der übermächtigen Kanzlerin verbucht. Unter Merkel hat sich die CDU immer weiter nach links bewegt. Der SPD fällt es schwer, sich abzugrenzen. Für welche Positionen die Partei derzeit eigentlich steht, wissen nicht einmal ihre Mitglieder. Gefragt nach Problemlösungen, die aus der Krise helfen könnten, erklärte die SPD-Generalsekretärin Katarina Barley: „Es geht jetzt um lange Linien, um eine Erzählung." Was sie damit genau meint, weiß wohl allein sie selbst.

> Muslime und Türkischstämmige wählen die SPD

Solche Auftritte des Spitzenpersonals im Willy-Brandt-Haus, der Berliner Parteizentrale, machen einen weiteren Krisenpunkt deutlich: die personelle Alternativlosigkeit zum SPD-Chef Gabriel. Olaf Scholz mag in Hamburg als ungekrönter König regieren, ein mitreißender, überzeugender Parteivorsitzender beziehungsweise Kanzlerkandidat wäre er nicht. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles werden zwar auch Ambitionen zu Höherem nachgesagt, als sozialdemokratische Jeanne d' Arc, die ihre entmutigten Genossen in siegreiche Wahlschlachten führt, mag sie niemand sehen.

Über eine weitere wichtige Krisenursache allerdings schweigt der linientreue Genosse in der Öffentlichkeit: Es geht um die verheerende Asylpolitik der Großen Koalition. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg verlor die SPD 88 000 Wähler an die AfD. In Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt waren die Verluste beinahe ebenso massiv. Nur die CDU verlor in allen drei Ländern mehr an die asylmissbrauchskritische Partei.

An der SPD-Basis sorgt das Eintreten für eine nahezu unbegrenzte Zuwanderungspolitik längst für Unmut. Nicht wenige SPD-Kommunalpolitiker halten Horst Seehofer für den einzigen Realpolitiker in der Koalition. Sie haben sicherlich auch das Zitat des SPD-Urgesteins Herbert Wehner (1906–1990) im Kopf. Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende erklärte 1882: „Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt. Dann werden wir zu Prügelknaben gemacht werden."

Aber wahrscheinlich kümmern derlei Weisheiten aus der Vergangenheit die SPD-Oberen nicht. Die Zukunft hält nämlich einen Lichtblick parat. Er schimmert sozusagen aus dem Land der aufgehenden Sonne, dem Orient herüber. Eine neue Stammwählerschaft für die SPD ist bereits da oder im Anmarsch. Gemeint sind Wähler mit „Migrationshintergrund". Bereits jetzt machen sie insgesamt zehn Prozent der Stimmberechtigten aus. In Zukunft werden es auch ohne weitere Masseneinwanderung noch deutlich mehr werden. Schon jetzt haben in den großen Städten 46 Prozent der minderjährigen einen Migrationshintergrund. Viele von ihnen tendieren den Sozialdemokraten zu. Bei der letzten Bundestagswahl stimmten 64 Prozent der türkischstämmigen Deutschen für die SPD. Eine Umfrage ergab zudem, dass knapp 36 Prozent aller wahlberichtigten Muslime SPD-Wähler sind. Die CDU dagegen würde bei ihnen nicht einmal über die Fünf-Prozent-Hürde kommen.

Vielleicht hat Generalsekretärin Barley derlei im Sinn, wenn sie von „langen Linien" spricht.

Frank Horns



Sigmar Gabriel: Eintrag in die Geschichtsbücher als Totengräber der Sozialdemokratie? Bild: Caro

MELDUNGEN

Bundestag kippt Einheitsdenkmal

Berlin – Der Bundestag hat das geplante Freiheits- und Einheitsdenkmal vor dem Berliner Schloss gekippt. Grund für die Entscheidung sind erneute Kostensteigerungen für das vom Berliner Volksmund als „Einheitswippe" bezeichnete Projekt. Der Bau des Denkmals hatte sich mehrfach verzögert, die Kosten sind inzwischen von zehn Millionen auf fast 15 Millionen Euro gestiegen. Das Denkmal hatte ursprünglich schon 2013 fertig werden sollen. Es sollte auf dem Sockel entstehen, auf dem einst das Nationaldenkmal von Kaiser Wilhelm II. stand. Die Wippe sollte durch Besucher in Bewegung gesetzt werden können. Auf ihr sollten die Worte „Wir sind das Volk" stehen. Von Anfang an gab es bei dem Projekt immer wieder Probleme hinsichtlich Planung, Kosten und Denkmalschutz. Zuletzt wurden im Fundament Fledermäuse entdeckt. *J.H.*

Demos ohne Rechtsextreme

Berlin – Angaben der Bundesregierung zufolge hat es wegen der angeblichen Vergewaltigung eines russischstämmigen 13-jährigen Mädchens durch Zuwanderer im Januar deutschlandweit etwa 120 Protestveranstaltungen von Russlanddeutschen gegeben. Die Teilnehmerzahlen hätten dabei überwiegend im niedrigen zwei- bis dreistelligen Bereich gelegen. Teilweise sei bei den Veranstaltungen „auch das Flüchtlingsthema im Allgemeinen thematisiert" worden. Rechtsextremisten hätten laut Bundesregierung „lediglich vereinzelt" an Aufzügen der Russlanddeutschen mitgewirkt. So sei nur eine Beteiligung bei Veranstaltungen in Schweinfurt, Ellwangen und Nürnberg bekannt. Allerdings stellt die Bundesregierung fest, dass rechtsextremistische Parteien in den in Deutschland lebenden Russlanddeutschen „ein Wähler- und Unterstützerpotenzial" sähen. *J.H.*

Deutsche auf Platz 3

Nur Belgier und Österreicher plagt eine noch höhere Abgabenlast

Wie unlängst veröffentlichte Zahlen ergeben, liegt die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland immer noch klar über dem Durchschnitt anderer entwickelter Staaten. Gemäß einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rangiert Deutschland unter den 34 OECD-Staaten bei der Belastung sogar auf dem dritten Platz. Nur in Belgien und Österreich ist bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener die Last höher.

So musste ein unverheirateter, kinderloser Angestellter hierzulande bei einem Durchschnittsgehalt im vergangenen Jahr im Schnitt 49,4 Prozent an den Staat abliefern. In der gesamten OECD lag der durchschnittliche Vergleichswert hingegen nur bei rund 36 Prozent. Auch bei fast allen anderen untersuchten Haushaltstypen liegt Deutschland im OECD-Vergleich in der Spitzengruppe bei den Belastungen.

Zu befürchten ist, dass sich diese Situation in den kommenden Jahren sogar noch weiter verschlechtern wird. Allein schon die Tendenz innerhalb der etablierten Politik, Deutschland als eine Art „Sozialamt für die Welt" aufzufassen, scheint eine Garantie für künftige Steuererhöhungen oder Einsparungen im Bundeshaushalt zulasten der Deutschen.

Regelrecht sprengen könnte es den Bundeshaushalt, wenn sich Bernd Raffelhüschens Kostenprognosen zum Asylbewerberstrom bewahrheiten. Der Freiburger Ökonom warnte bereits Ende vergangenen Jahres vor gigantischen Belastungen. Selbst wenn eine Integration der Asylanten in den deutschen Arbeitsmarkt binnen sechs Jahren gelingen und die Asylsucherzahlen nachhaltig sinken sollten,

> Die Belastung der Deutschen droht noch weiter zu steigen

was Raffelhüschen selbst als ein „unrealistisch positives Szenario" bezeichnete, müsste Deutschland seinen Berechnungen zufolge in den nächsten sechs Jahren noch 17 Milliarden Euro jährlich für die Asylkrise aufwenden. In jenem Fall beliefen sich die langfristigen Kosten auf 900 Milliarden Euro. Sollte hingegen die Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt mehr Zeit benötigen, würden die Kosten noch deutlich höher ausfallen. Dann würden die Kosten für die Asylsucher weit über einer Billion Euro liegen, so Raffelhüschen.

Treffen würde eine solche Kostenexplosion einen Sozialstaat, der ohnehin nicht sonderlich effizient arbeitet. So fließen in Deutschland Leistungen wie das Eltern- und Kindergeld gleichermaßen an wirklich Bedürftige wie an Spitzenverdiener. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat bereits im Jahr 2015 eine Untersuchung zum Sozialstaat in Deutschland vorgelegt. Das Fazit ist ernüchternd. Demnach wurden in Deutschland im Jahr 2014 gut 2,9 Billionen Euro erwirtschaftet. Im selben Zeitraum hat der Staat Sozialleistungen im Wert von 850 Milliarden Euro verteilt – das ist fast ein Drittel der jährlichen Wirtschaftsleistung. Ursache sind die Strukturen der Sozialausgaben in Deutschland. Es geht oftmals mehr um eine massive Umverteilung in der Gesellschaft als darum, Armen und Schwachen effektiv zu helfen. Genau dies könnte allerdings in den kommenden Jahrzehnten besonders wichtig werden. Bereits ab dem Jahr 2030 droht nämlich jedem zweiten Neurentner die Altersarmut, so Berechnungen im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks. Bei den meisten Deutschen würde die gesetzliche Rente dann gerade noch für das Nötigste reichen. *Norman Hanert/PAZ*

AfD auf Partnersuche

Mit wem soll man im Europaparlament eine Fraktion bilden?

Ich bin dann mal weg." Mit fünf knappen Worten kommentierte Marcus Pretzell, Europaabgeordneter der Alternative für Deutschland (AfD), seinen Ausschluss aus der EU-Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer.

Der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen ließ es bis zum Äußersten kommen. Anders als eine Parteikollegin Beatrix von Storch, welche die Fraktion vor einer Woche verlassen und sich den EU-Gegnern um den Briten Nigel Farage angeschlossen hatte, akzeptierte Pretzell eine Abstimmung der Fraktion über seine Zugehörigkeit. Die setzte den letzten verbliebenen AfD-Abgeordneten schließlich vor die Tür. Treibende Kräfte beim Ausschluss waren sowohl die englischen Torries als auch seine ehemaligen Parteifreunde von der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa). Fünf der im Mai 2014 gewählten Abgeordneten hatten sich im Zuge der Parteispaltung im vergangenen Sommer gemeinsam mit dem AfD-Gründer Bernd Lucke verabschiedet und die Abspaltung Alfa gegründet.

Anders als von Storch ließ Pretzell offen, in welcher Fraktion er sich künftig engagieren wird. Er möchte den Bundesparteitag Ende des Monats entscheiden lassen. Ihm bleiben zwei Möglichkeiten. Entweder folgt er der Berliner Landesvorsitzenden zur Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" oder aber er schließt sich der Gruppe „Europa der Nationen und der Freiheit" an, die maßgeblich von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und dem Front National (FN) aus Frankreich bestimmt wird.

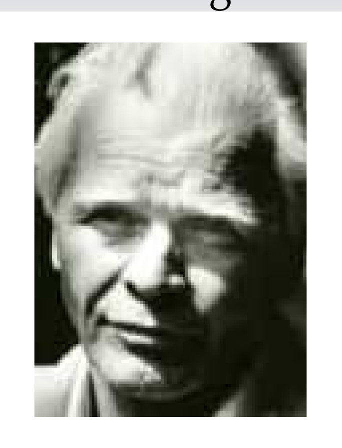
Für eine Kooperation mit der FPÖ hatte Pretzell vor einigen

> Angst, ins Visier des Verfassungsschutzes zu geraten

Wochen selbst geworben, als er in Düsseldorf gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin, der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry, sowie dem FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky aufgetreten war. „Die FPÖ ist die natürliche Verbündete der AfD", erklärte André Poggenburg, Landes- und Fraktionschef der AfD in Sachsen-Anhalt. Der stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Gauland erklärte sogar, dass man auch über Allianzen mit dem FN nachdenken solle.

Doch in der Partei gibt es auch Bedenken, schließlich gilt vor allem der FN in Deutschland als politisch inkorrekt. „Mit dem Front National haben wir nichts gemeinsam", sagte Petry erst vor einigen Wochen. Innerhalb der Partei gibt es Befürchtungen, eine Zusammenarbeit mit dem FN könnte den Verfassungsschutz auf den Plan rufen. Es gebe keine Anhaltspunkte, „dass die Partei die Voraussetzungen erfüllt, um Beobachtungsobjekt des Bundesverfassungsschutzes zu sein", erklärte Behördenchef Hans-Georg Maaßen noch am vergangenen Wochenende. Zwar würden an AfD-Veranstaltungen gelegentlich Mitglieder der rechtsextremen NPD teilnehmen, diese hätten jedoch keinen „steuernden Einfluss". Auch aus diesem Grund plant die AfD-Führung, auf dem Parteitag über die Auflösung des saarländischen Landesverbands abstimmen zu lassen. Das Bundesschiedsgericht hatte einen dahingehenden Bundesvorstandsbeschluss bis zur Entscheidung in der Hauptsache ausgesetzt. Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt empfiehlt der Parteispitze, „alles zu tun, um dem Eindruck entgegenzuwirken", dass ein neuer Rechtsruck bevorstünde. „Das wäre tödlich". *P.E.*

Zeitzeugen



Anatolij Djatlow– Der stellvertretende Chefingenieur des Kernkraftwerks wurde wegen seines waghalsigen Experiments zu zehn Jahren Haft verurteilt. Es gibt Gerüchte, dass er schon einmal in der Werft in Komsomolsk für einen atomren Unfall beim Einbau von Atomreaktoren in U-Boote verantwortlich gewesen sein könnte. Die Schuld konnte ihm aber nicht nachgewiesen werden.

Alexander Akimow – Zwar lehnte der Schichtleiter das Experiment ab, beugte sich aber dem Druck seines Vorgesetzten schließlich. Als er dann den Havarieschutz einschaltete und die Zerstörung im Reaktorbereich zunächst nicht bemerkte, nahm die Katastrophe ihren Lauf. Akimow starb bereits zwei Wochen nach dem Unfall im Alter von erst 33 Jahren an der akuten Verstrahlung.



Nikolaj Tarakanow – Der Generalleutnant befehligte den Einsatz der sogenannten Liquidatoren, die versuchten die radioaktive Verseuchung einzudämmen. Die Liquidatoren durften sich nur kurze Zeit im kontaminierten Gebiet aufhalten. Viele von ihnen wurden unter den aus der 30 Kilometer-Sperrzone Evakuierten rekrutiert, doch kamen auch zahlreiche Helfer aus benachbarten Regionen unter lebensgefährlichen Bedingungen zum Einsatz.

Michail Gorbatschow – Der damalige Generalsekretär der KPdSU verheimlichte den Reaktorunfall 72 Stunden lang, was das Ansehen der Sowjetunion und die Glaubwürdigkeit des Kremlreformers Gorbatschow stark beschädigte. Jahre später räumte er ein, dass sowjetischen Behörde auch bei den Opferzahlen, über die es bis heute keine genauen Angaben gibt, manipuliert hätten.



Nikolaj Fomin – Dieselbe Strahlung wie bei einem Transatlantikflug nehme ein Besucher an einem Tag in der Sperrzone auf, erklärt der staatlich autorisierte Touristenführer für Tschernobyl-Touren. Ziel der Touren sei es, über das Unglück und die Geschichte von Tschernobyl hautnah aufzuklären. Weil die Strahlung am Reaktor weiterhin hoch und gesundheitsgefährlich ist, müssen Besucher Atemmasken und Handschuhe tragen.

Experiment mit bösen Folgen

Vor 30 Jahren ereignete sich die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl

Vor drei Jahrzehnten ereignete sich im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl der erste und neben Fukishima auch bisher einzige Super-GAU in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Die Auswirkungen dieser Katastrophe sind noch heute zu spüren – selbst in Deutschland.

Das Experiment, das die Techniker im Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 unter der Aufsicht des stellvertretenden Chefingenieurs Anatolij Djatlow starteten, sollte eigentlich der Verbesserung der Betriebssicherheit dienen, endete aber bereits nach weniger als 60 Sekunden im atomaren Inferno. Um herauszufinden, ob die Rotationsenergie der herunterfahrenden Turbinen bei einer Schnellabschaltung des Blocks 4 und gleichzeitigem Stromausfall genügt, die Kühlung des Siedewasser-Druckröhren-Reaktors bis zum Anspringen der Notstromaggregate zu gewährleisten, wurde genau dieser Fall durchgespielt. Allerdings befand sich der Kernreaktor zu Beginn des Tests um 1.23 Uhr und vier Sekunden in einem gefährlich instabilen Zustand. Zum ersten hatten die Operatoren zu viele der Moderatoren-Stäbe, die der Bremsung der nuklearen Kettenreaktion dienten, aus der aktiven Zone herausgezogen und so die unerlässliche Mindestzahl von 28 unterschritten. Und zum zweiten lag die Nennleistung des Bloc ks auch nur bei 200 statt der vorgeschriebenen 640 oder mehr Megawatt.

Deshalb kam es sofort nach der simulierten Notabschaltung zum unkontrollierten Leistungsanstieg. Deswegen wollten Schichtleiter Alexander Akimow und seine rechte Hand Leonid Toptunow den Versuch abbrechen. Das verhinderte Djatlow, der später zu einer Strafe von zehn Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, jedoch mit den barschen Worten: „Noch ein, zwei Minuten, und alles ist vorbei! Etwas beweglicher, meine Herren!" Trotzdem löste Akimow dann um 1.23 Uhr und 40 Sekunden in Eigenverantwortung den manuellen Havarie-Schutz aus. Daraufhin fuhren alle Moderatoren in den Reaktorkern ein. Dabei kam nun freilich ein gravierender Konstruktionsfehler des sowjetischen Reaktortyps RBMK-1000 zum Tragen.

Fehler in Bedienung und in der Reaktorkonstruktion

Zu Beginn des Prozederes sorgten die mit Graphit befüllten Stäbe kurzzeitig für die Beschleunigung des Neutronenflusses, bevor sie dann beim tieferen Eindringen endlich ihre Bremswirkung entfalteten. Doch genau die trat nicht mehr ein, weil sich die Moderatoren bezeiten verklemmten, da die ansteigenden Temperaturen im Reaktor schon zu Verformungen der Leitkanäle geführt hatten.

Infolgedessen überschritt die Anlage innerhalb von nur vier Sekunden nach Akimows panischem Rettungsversuch das zulässige Leistungsmaximum um das 100-fache. Dies löste die erste, kleinere Detonation im Reaktorinneren aus, bei der Wasserstoff freigesetzt wurde, der sich mit dem Luftsauerstoff vermischte, was schließlich um 1.23 Uhr und 58 Sekunden zu einer heftigen Knallgasexplosion mit der Wucht von rund zehn Tonnen TNT-Sprengstoff führte. Letztere schleuderte den überaus massiven Reaktordeckel beiseite und brachte das Dach von Block 4 zum Einsturz.

Durch die so entstandenen Breschen sowie die tagelang aufsteigenden Rauchsäulen aus dem brennenden Atom-Meiler gelangten große Mengen radioaktiven Materials, darunter ganz besonders Cäsium 137, in höhere Luftschichten. Danach verteilte der Wind die strahlenden Isotope über weite Teile Europas, Vorderasiens und Nordafrikas. Schuld hieran war das zweite schwerwiegende Manko des RBMK-1000: das Fehlen eines Sicherheitsbehälters um den Reaktor.

An den Folgetagen warfen Hubschrauber im Verlaufe von rund 1800 Flügen 40 Tonnen Borcarbid, 800 Tonnen Dolomit, 2400 Tonnen Blei und 1800 Tonnen Sand und Lehm über dem zerstörten Reaktorgebäude ab, um den Brand und die radioaktive Verseuchung einzudämmen. Dem schloss sich der Einsatz von bis zu 800 000 sogenannten Liquidatoren an, die unter dem Befehl von Generalleutnant Nikolai Tarakanow standen und das Gelände um den Block 4 dekontaminieren mussten. Parallel hierzu erfolgte bis zum 4. Mai die Einrichtung einer 30-Kilometer-Sperrzone rund um das Kraftwerk, aus der 116 000 Menschen evakuiert wurden. *Wolfgang Kaufmann*



Tschernobyl heute: Bauarbeiten für den zweiten Sarkophag, im Vordergrund ein Denkmal für die Katastrophen-Helfer Bild: action press

Todeszone als Touristen-Attraktion

Jährlich finden Gedenkfeiern für die „Liquidatoren" statt, also denjenigen, die versuchten, der Havarie einigermaßen Herr zu werden, indem sie in selbst gebastelten Schutzanzügen Menschen aus der Gefahrenzone evakuierten oder als Fahrer oder Piloten das Schlimmste zu verhindern versuchten. Vielerorts wurden den „Liquidatoren" Denkmäler gesetzt, wird ihrer als Helden gedacht, doch stallicherseits erhielten sie kaum Unterstützung. Nach dem Zerfall der Sowjetunion fühlten sich weder Russland noch die Ukraine für sie zuständig. Inzwischen lebt kaum noch jemand von denen, die sich der Strahlenbelastung direkt ausgesetzt hatten.

Was lebt, ist die Erinnerung an die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl. Heute leben in der verstrahlten Zone Wissenschaftler. Forscher untersuchen die Auswirkungen der Katastrophe auf die Natur. Ukrainisches Militär sichert die Zone.

Dennoch hat die Sperrzone offenbar eine magische Anziehungskraft auf die Menschen.

Jährlich kommen Tausende Besucher

Seit einigen Jahren hat sich von Kiew aus eine Art „Extremtourismus" gebildet. Das ist nur deshalb möglich, weil Hauptstraßen und größere Plätze, auch vor dem Kernkraftwerk, nahezu strahlungsfrei sind. Jährlich besuchen Tausende Touristen die Todeszone. Touristenführer Nikolaj Fomin begleitet sie mit dem Segen der ukrainischen Regierung in die Gefahrenzone. In Pripjat, einer Stadt im Herzen der Zone, in der damals die Arbeiter des Kernkraftwerks Tschernobyl lebten, werden hingegen nie mehr Menschen leben können. Von der überstürzten Evakuierung zeugen zurückgelassene Alltagsgegenstände, Spielzeug, Bilder an den Wänden. Plakate mit Werbung für das damalige geplante Maifest zieren öffentliche Plätze. Bilder des verlassenen Rummelplatzes, des rostenden Kettenkarussells und Autoscootern zeugen von der einstigen Lebensfreude hier.

Inzwischen kehren Tiere in ihre ursprünglichen Reviere in Tschernobyl zurück, Pflanzen überwuchern von Menschen Geschaffenes. *MRK*

Ukraine trägt die Lasten

Zweiter Sarkophag vonnöten – EU leistet finanzielle Hilfe

Nach Angaben des Tschernobyl-Forums der Vereinten Nationen sowie der Weltgesundheitsorganisation und der Internationalen Atomenergie-Organisation starben während und nach der Havarie um die 50 Menschen durch die Explosionen sowie an den Folgen ihrer Verstrahlung, darunter auch Akimow und Toptunow. Dazu kommen schätzungsweise 4000 bis 8000 Tote durch Krebs- und Leukämie-Erkrankungen in der Ukraine, Weißrussland und Russland.

In Deutschland führte der Reaktorunfall in Südbayern, Franken und einigen Landstrichen zwischen Magdeburg und Schwerin zu einem nachweisbaren Niederschlag von radioaktiven Substanzen – weswegen Pilze und Wildfleisch aus diesen Regionen noch heute mit Vorsicht zu genießen sind. Andererseits lag die mittlere Strahlenbelastung der Einwohner hierzulande deutlich unter den Dosen, die aus der natürlichen Radioaktivität und medizinischen Untersuchungen herrühren. Dennoch bröckelte der gesellschaftliche Konsens über die Verwendung von Kernenergie. Die Zahl der entschiedenen Kernkraftgegner stieg von 13 auf 27 Prozent.

Zahl der Atomgegner rasant gestiegen

Die SPD schloss sich den Forderungen der Grünen nach einem Atomausstieg an, was die Regierung Helmut Kohl nicht daran hinderte, bis 1989 noch sechs neue Nuklear-Meiler in Betrieb zu nehmen. Die UdSSR kostete die Katastrophe von Tschernobyl rund 18 Milliarden Rubel sowie einen großen Teil ihres internationalen Ansehens, das schon unter dem Einmarsch in Afghanistan gelitten hatte. Verantwortlich hierfür war insbesondere die 76-stündige Vertuschung des „Störfalls" auf Anweisung des damaligen KPdSU-Generalsekretärs Michail Gorbatschow.

Nach dem Zerfall des kommunistischen Imperiums landete der Schwarze Peter bezüglich der Bewältigung der Spätfolgen des Super-GAU bei der Ukraine. Diese muss sich um den Sarkophag kümmern, der 1986 eilends errichtet wurde, um die strahlende Ruine des Bloc ks 4 zu versiegeln. Hierbei erhält sie Hilfe von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die den Shelter Implementation Plan finanziert, demzufolge im November 2017 ein gigantischer zweiter Sarkophag aus Stahl, über den maroden Betonklotz aus Sowjetzeiten geschoben werden soll. *W. K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Im Griff der Araber-Klans

Groß-Razzia in Berlin: Wird endlich durchgegriffen – oder war es vor allem Wahlkampf?



Medienwirksam zugeschlagen: Im Zusammenhang mit einer Offensive gegen kriminelle Klans stürmten Berliner Polizisten am 13. April ein Großbordell in der Nähe des Funkturms im Stadtteil Charlottenburg

Bild: pa

Ist es wirklich das lang ersehnte „harte Durchgreifen“ oder bloß Wahlkampf? Mehr als 200 Polizisten waren Mitte April bei einer Razzia in Berlin gegen arabische Klans im Einsatz. Der Großeinsatz der Polizei gegen mutmaßlich kriminelle Mitglieder des arabischen Al-Z.-Klans wird inzwischen als Beginn des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität gefeiert.

Die Polizei durchsuchte 18 Wohnungen, Gaststätten und Firmenräume und verhaftete acht Personen im Alter von 20 bis 56 Jahren. Gesucht wurden die Männer wegen eines versuchten Auftragsmordes und wegen des Raubüberfalls auf das Berliner KaDeWe, bei dem sie Uhren und Schmuck im Wert von über 800000 Euro erbeutet haben sollen.

Nur kurze Zeit später führten mehr als 900 Beamte von Polizei, Zoll und Staatsanwaltschaft eine Razzia in einem Berliner Großbordell durch. Erneut wurden Haftbefehle gegen Angehörige der organisierten Kriminalität vollstreckt, weil Steuern hinterzogen und Frauen zur Prostitution gezwungen worden waren.

In der Bewertung der Aktionen ist sich die Hauptstadtpresse einig: Innensenator Frank Henkel (CDU) wolle den Klans signalisieren, dass er in Berlin keine rechtsfreien Räume dulde. Einiges spricht aber dafür, dass der Innensenator nicht nur die arabischen Großfamilien als Adressat seiner Botschaft im Auge hatte. Offenbar waren vorab auch Medienvertreter informiert worden, sodass für die Berichterstattung über die eigentlich überraschend geführten Polizeieinsätze erstaunlicherweise Fotoaufnahmen bereitstanden. Das legt den Verdacht nahe, dass einige Monate vor den Berliner Landtagswahlen der Bevölkerung Handlungsfähigkeit suggeriert und eine mediale Beruhigungspille verabreicht werden sollte.

Auch sonst ist Skepsis angebracht. Obwohl die beiden Einsätze zu mehreren Festnahmen führten, ist keineswegs sicher, dass es am Ende zu Verurteilungen kommt. Gerade wenn es um die kriminellen Großklans geht, zeigt sich der deutsche Rechtsstaat erfahrungsgemäß hilflos.

> Trotz Beweislage scheitert Abschiebung regelmäßig

Deutlich wird dies am Beispiel des Oberhaupts des kurdisch-libanesischen Klans Al-Z. Wie die „Bild“-Zeitung berichtet, kam Mahmoud Al-Z. bereits im Jahr 1982 nach Deutschland. Obwohl schnell erkennbar war, dass es sich bei ihm um einen Kriminellen handelt, sind alle Versuche, ihn abzuschieben, regelmäßig am Fehlen eines gültigen Passes gescheitert. Ob der Klan-Chef Türke oder Libanese ist, konnte bei Gerichtsverhandlungen nie endgültig geklärt werden. Mittlerweile Jahrzehnte in Deutschland lebend, gilt Mahmoud Al-Z als feste Größe in der Berliner Unterwelt.

Bei dieser Karriere handelt es sich um keinen Einzelfall: In Berlin leben 15 bis 20 arabische Großfamilien, von denen sieben bis neun kriminell auffällig sind. So gab es im Jahr 2014 in Berlin nach Angaben des zuständigen Landeskriminalamts 44 Ermittlungskomplexe im Bereich der organisierten Kriminalität, ein Viertel davon betraf arabischstämmige Gruppierungen.

Neben Drogen- und Menschenhandel geht es dabei vor allem um Schutzgelderpressung, Banküberfälle und Einbrüche. Die Ermittler alarmiert zudem, wie schnell die Erträge krimineller Aktivitäten ins legale Geschäftsleben geschleust werden. Das schmutzige Geld wird oftmals in Mietshäuser, Shisha-Bars, Restaurants, Nachtklubs und inzwischen auch in Asylunterkünfte investiert.

Bislang stehen Polizei und Staatsanwaltschaft dem Treiben und der Ausbreitung der Klans weitgehend hilflos gegenüber. Diese engagieren oft die besten Strafverteidiger, die vor Gericht alle Register der Strafprozessordnung ziehen. Ein Übriges tut die Einschüchterung von Zeugen und die Hilfslosigkeit der Ermittler. Den Klan-Mitgliedern muss bislang nachgewiesen werden, dass ihre Vermögen aus kriminellen Geschäften stammen, statt dass diese belegen müssten, woraus ihr Geld gesprudelt ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass aus den Kreisen der Klans normalerweise niemand eine Aussage macht. Als Folge wächst der Einfluss der Familien immer weiter. Und die unkontrollierte Massenzuwanderung nach Deutschland könnte dafür sorgen, dass die große Stunde dieser Kriminellen erst noch bevorsteht: So hatte man es in den 70er und 80er Jahren eigentlich nur mit einigen wenigen kurdisch-libanesische Großfamilien zu tun, die zumeist aus dem Libanon nach Deutschland eingereist waren. Schon bei diesem, noch relativ begrenzten Problem hat der deutsche Rechtsstaat sich allerdings oft als handlungsunfähig erwiesen.

Selbst wenn sich schnell zeigte, dass es sich bei den Eingewanderten um Schwerkriminelle handelte, konnte deren Staatsangehörigkeit selten geklärt werden, sodass Abschiebungen regelmäßig scheiterten. Geduldet von der etablierten Politik, kommen inzwischen Hunderttausende ohne gültige Papiere aus dem orientalisch-nordafrikanischen Raum nach Deutschland.

Wie die „Berliner Morgenpost“ unter Berufung auf die Bundespolizei berichtet, sind etwa im Januar dieses Jahres 77 Prozent der Immigranten ohne Ausweis nach Deutschland eingereist. Rund zehn Prozent von ihnen tauchen nach Erkenntnissen der Behörden zudem in die Illegalität ab. Der organisierten Kriminalität bietet sich damit ein riesige Rekrutierungspotenzial. Erste Folgen dieser Entwicklung sind schon erkennbar. So wird berichtet, dass die Araber-Klans in Asylbewerberunterkünften bereits aktiv mit der Rekrutierung von kriminellem Nachwuchs begonnen hätten. *Norman Hanert*

Vorwahlkampf

Von Vera Lengsfeld

Die Berliner Abgeordnetenhauswahlen im September werfen bereits ihre Schatten voraus. Die CDU hat ihren Spitzenkandidaten schon nominiert. Innensenator Frank Henkel soll die Union unter dem Motto „Starkes Berlin“ zum Sieg führen. Wenn man den Zustand der SPD in der Stadt betrachtet, sind die Voraussetzungen bestens geeignet, sie abzulösen.

In Berlin wird noch die fragwürdige Finanzierung der Party anlässlich des 60. Geburtstags des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Wowereit diskutiert, da macht sein Nachfolger Müller schon mit der Finanzierung einer privaten Rechtsangelegenheit durch die Senatskanzlei von sich reden.

Ganze 9843 Euro aus öffentlichen Zuschüssen ließ sich die SPD-Fraktion die Sause für „Wowi“ kosten. Nun rügte der Landesrechnungshof diese Ausgabe und verlangte die Hälfte zurück. Allerdings entschied der Verwalter der öffentlichen Zuschüsse, Parlamentspräsident Ralf Wieland (SPD), anders: Er verzichtete großzügig auf eine Rückforderung.

Die SPD verteidigte ihren selbstherrlichen Griff in die öffentliche Kasse mit dem Argument, es habe sich bei der Veranstaltung um die Propagierung der „erfolgreichen Regierungsverantwortung der SPD-Fraktion“ gehandelt. Der Rechnungshof wiest dagegen richtig darauf hin, dass bei einer Geburtstagsfeier der Jubilar, nicht die Arbeit seiner Fraktion, im Mittelpunkt steht.

Der Fall des aktuellen Regierenden Bürgermeisters Müller ist noch ernster. Trotz der Anwälte, die ihm im Rathaus zur Verfügung stehen, hielt es Müller für nötig, einen vom Senat finanzierten Beratervertrag mit dem Promi-Anwalt Christian Schertz abzuschließen und ihn auch privat zu beschäftigen.

In der Sache geht es um die Finanzierung von Müllers Wahlkreisbüro in den Räumlichkeiten einer Druckerei in Tempelhof durch die Wahlkreisbüro-Pauschale, die Müller als Abgeordnetem zusteht. Diese Druckerei gehörte Müllers kürzlich verstorbenem Vater. Die Frage war, ob damit eine Subventionierung per Miete für die Druckerei durch Steuergelder verbunden war. Als sich die „B.Z.“ durch Akteneinsicht Klarheit verschaffen wollte, erhielt die Zeitung einen Brief von Anwalt Schertz, der den Abgeordneten Müller vertrat, in dem vor falscher Berichterstattung gewarnt wurde.

Abgeordnete müssen ihre Anwaltskosten selbst zahlen. Diese Vorfälle erwecken den Eindruck, dass der soziale Markenkern der SPD hauptsächlich in Selbsthilfe für Funktionsträger besteht. Es darf bezweifelt werden, dass dies Wähler überzeugt, ihr Kreuz bei dieser Partei zu machen.

Ob die CDU von der Schwäche der SPD profitieren kann, bleibt offen. Dafür müsste sie mehr Profil zeigen.

Erhabenes Zeugnis von Preußens Größe

Nach drei Jahren Renovierung: Der Marmorsaal im Potsdamer Neuen Palais ist wieder zugänglich

Nach drei Jahren Schließungszeit ist der Marmorsaal im Neuen Palais in Sanssouci seit Mitte April wieder für alle Besucher geöffnet. Nachdem der darunter liegende Grottensaal bereits 2015 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, ist nun auch der zweite Festsaal Friedrichs des Großen „wieder am Netz“, wie der Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Hartmut Dorgerloh, bei der Eröffnung der Presse verkündete.

Der Saal musste schon einmal gesperrt werden. Die Tragfähigkeit der Holzbalkendecke auf Sandstein zwischen Grotten- und Marmorsaal war nicht mehr gegeben. Gründe dafür sind grobe Baufehler zu Lebzeiten Friedrichs II., die sich schon während seiner Regentschaft rächten.

Im prachtvollen Grottensaal wollte der König keine Säulen, die das ganze hätten stützen können. Obwohl ihm seine Baumeister davon abrieten, ließ er den 90 Tonnen schweren Boden des Festsaales auf Holzbalken legen. Diese wurden schnell verbaut, konnten mangels Belüftung nicht genügend austrocknen und so entstanden erhebliche Feuchtigkeitsschäden.



Auch Spenden halfen: Der Marmorsaal im Neuen Palais Bild: SPSG

Bereits 1774 kam es zu einer ersten umfangreichen Sanierung. Wie Schlösserchef Dorgerloh erzählt, zeigten sich zwei Schadensbilder. Einmal die maroden Balken, die durch Fäulnis in Schwingungen gerieten. Darauf schließlich die zentimetergenau verlegte, starre Steinschicht aus kostbarem Marmor, der in Folge der schwingenden Holzbalken an vielen Stellen brach.

Eine große Herausforderung an die Fachleute, diesen in Europa einzigartigen Festsaal historisch korrekt zu restaurieren. Der Marmor konnte nicht in seiner Gänze aufgenommen werden, sondern es musste sich von einer schmalen Seite aus unterirdisch mit Sonden vorgearbeitet werden. Jeder Balken bekam seine ureigenste Behandlung.

Parallel dazu arbeiteten Restauratoren an der Wiederherstellung des Marmorbodens – ein 600 Quadratmeter großer, ornamentaler Teppich des friderizianischen Rokoko aus schlesischem Marmor. Für Besucher ist er jetzt nur noch über einen Steg aus Plexiglas zu betreten, was dem Augenschmaus jedoch keinen Abbruch tut.

Mit der Aktion „Ein Quart Geschichte“ hatte die Schlösserstiftung Bürger dazu aufgerufen, die Restaurierung zu unterstützen. Es kamen 127648 Euro an Spenden zusammen. Die Gesamtsanierungskosten beider Säle betrugen 4,9 Millionen Euro. Möglich geworden sind die aufwendigen Instandsetzungen durch ein Sonderinvestitionsprogramm (Masterplan), mit dem der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg bedeutende preußische Denkmäler retten.

„Wir haben dem Raum seine Würde und seinen Charakter wiedergegeben“, schwärmte Dorgerloh zur Wieder-Eröffnung und löste symbolisch die rote Schleife mit den anwesenden Politikern. Das Neue Palais, nach dem glimpflich überstandenen Siebenjährigen Krieg 1763 von Friedrich dem Großen errichtet, sollte zeigen, dass nun auch Preußen in der ersten europäischen Liga mitspielte. Allein der europaweit einzigartige Marmorsaal ist es wert, Potsdam einen Besuch abzustatten. *Silvia Friedrich*

Fahrrad-Lobby macht mobil

Eine Initiative plant ein Volksbegehren zum Ausbau der Berliner Radwege. Wie aus dem Entwurf eines „Berliner Radfahrgesetzes“ hervorgeht, sollen per Landesgesetz „mindestens 100 Kilometer“ kreuzungsfreier Radschnellwege und 350 Kilometer Fahrradstraßen entstehen. Zu den Forderungen gehören auch Radspuren oder -wege an allen Hauptverkehrsstraßen, 100000 Abstellplätze für Fahrräder und die Einrichtung einer Fahrrad-Diebstahl-Soko bei der Polizei. Die Initiatoren des Volksbegehrens gehen von Kosten in Höhe von 320 Millionen Euro aus, die sich auf sieben Jahre verteilen. Berliner Senat und Wirtschaftsvertreter lehnen den Volksentscheid ab. „Maximalforderungen aufzustellen, die nicht umgesetzt werden können, hilft niemandem“, so Verkehrsstaatssekretär Christian Gaebler (SPD). Voraussichtlich ab Mai sollen Unterschriften für die erste Stufe des Volksbegehrens gesammelt werden. *N.H.*

MELDUNGEN

Österreich rüstet auf

Wien – Bis 2020 will die österreichische Bundesregierung „zwischen einer und 1,3 Milliarden Euro mehr“ für die Streitkräfte ausgeben. Die Verhandlungen mit Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) zum Budget des Bundesheeres befänden sich „in der Zielgerade“, erklärte Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ). 25 bis 30 Prozent des Geldes sollen „direkt in das Personal“ fließen. Zudem soll das finanziell ausgedünnte Bundesheer bessere Schutzausrüstung und moderne Helme bekommen. Desweiteren steht eine Sanierung der maroden Kasernen an. Das Personal soll nicht weiter reduziert, sondern auf dem derzeitigen Stand „eingefroren“ werden. Auch die neben dem Präsenzheer existierende Miliz hat eine Finanzspritze dringend nötig. Denn wie Doskozil einräumt, könne man derzeit nur „mit viel Mühe“ gerade einmal eines der zehn Miliz-Kontingente ausrüsten. *U.M.*

Gewissensappell am Straßenrand

Prag – Mit einem Kunstprojekt will die slowakische Kunstprofessorin Ilona Nemeth die Menschen wachrütteln, mehr Solidarität mit Entrechteten zu zeigen. Auf Plakaten an der Mauer am Hang des Prager Stadtteils Holeschowitz steht oben immer eine Aussage, die mit dem Wort „als“ beginnt und mit den Worten „ich schwieg“ endet. In Anlehnung an den bekannten Ausspruch Martin Niemöllers ist dort unter anderem zu lesen: „Als man die Juden ermordet hat – schwieg ich.“ Oder: „Als man die Roma geschlagen hat – schwieg ich.“ Und schließlich ist zu lesen: „Als man die Deutschen vertrieben hat – schwieg ich.“ Die Installation ist Teil des Kunstprojekts „Artwall“, mit dem seit 2013 in wechselnden Darstellungen unbequeme Themen öffentlich aufgegriffen werden. *J.H.*

Hohe Sympathiewerte für den IS

Jeder dritte bis fünfte junge Moslem Europas steht hinter dem Islamischen Staat

Viele Medien bezeichnen die Dschihadisten von Paris und Brüssel immer noch gerne als verirrte Einzeltäter, die nicht repräsentativ für den Islam seien. Meinungsumfragen belegen jedoch, dass ein Fünftel bis ein Drittel aller jugendlichen Muslime Europas hinter ihnen steht und dass die große Mehrheit von ihnen die Verbrechen des Islamischen Staates (IS) zumindest duldet.

Im letzten und in diesem Jahr haben die Schergen des Islamischen Staates Hunderte von Europäern massakriert. Ihr letzter Anschlag in Brüssel traf das Herz des Westens: den Sitz der Nato und der Europäischen Union. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Pew mit Sitz in Washington liegt die Zustimmung zu Selbstmordanschlägen unter jungen Muslimen bei 22 Prozent in Deutschland, 29 Prozent in Spanien, 35 Prozent in Großbritannien und 42 Prozent in Frankreich. In den Niederlanden brachte eine Umfrage zutage, dass 80 Prozent der dort lebenden Türken „nichts Falsches“ am IS sehen. Millionen von Muslimen zeigen offen Sympathie, Verständnis und Nähe, wenn es um die blutrünstige Ideologie und die steinzeitliche Ziele des IS geht.

In Dutzenden französischen Schulen wurde die „Schweigeminute“ zum Gedenken an die ermordeten „Charlie Hebdo“-Journalisten im letzten Jahr durch muslimische Schüler gestört. Mit Konsequenzen für ihre Proteste brauchten sie nicht zu rechnen. In Belgien, aus dem die meisten der Paris-Attentäter stammten, gehen die Sympathien für den IS noch weiter, und das nicht nur in Molenbeek, der Terrorschmiede Europas. Einer Analyse von arabischsprachigen Facebook- und Twitter-Botschaften zufolge stammen die enthusiastischsten Kommentare zum IS aus Katar (47 Prozent Zustimmung), gefolgt von Pakistan (35 Prozent). Doch schon an dritter Stelle folgt ein europäisches Land: Belgien. 31 Prozent der geposteten Kommentare waren zustimmend. Das sind mehr als in muslimischen Ländern wie Libyen (24 Prozent), Oman (25 Prozent) oder Saudi-Arabien (20 Prozent). Diese schockierenden Daten belegen den durch die mediale Aufarbeitung ihrer Terrortaten erzielten Erfolg des Terror-Netzwerks und wie leicht die Rekrutierung für den IS in Belgien ist. Die entsprechenden Zahlen für einige andere europäischen Staaten: Großbritannien 24 Prozent, Spanien 21 Prozent, Frankreich 20 Prozent.

> Europas Muslime dulden mehrheitlich die IS-Verbrechen

Am höchsten ist die Zustimmung zum IS erwartungsgemäß in der arabischen Welt. Anhand verschiedener Umfragen kommen Meinungsforscher zu dem Ergebnis, dass 42 Millionen Menschen in der arabischen Welt mit dem IS sympathisieren, und dies obwohl die muslimischen Führer dieser Länder gebetsmühlenhaft wiederholen, dass der IS nicht für den Islam stehe. Nach dem Massaker bei „Charlie Hebdo“ lag laut einer Al-Jazeera-Umfrage die Zustimmung für den IS sogar bei 81 Prozent. Auch wenn diese Umfragen und Studien mit Vorsicht behandelt werden müssen, zeigen sie doch einen Trend an.

Vor knapp vier Jahrzehnten, im Jahr des Deutschen Herbstes, unterhielt das Bundeskriminalamt eine Terroristendatenbank, welche die Namen von etwa 4,7 Millionen Verdächtigen und Sympathisanten der Rote Armee Fraktion (RAF) enthielt, viele von ihnen waren Studenten. Der Islamische Staat kann heutzutage in den muslimischen Gemeinschaften Europas auf eine viel höhere Sympathiequote zählen. Während die RAF in ihrem Krieg gezielt bestimmte politische Gegner ins Visier nahm, befinden sich die Freiwilligen des Kalifats in einem Krieg gegen alle „Kuffar“ (Ungläubigen). So schossen die IS-Anhänger in Paris auf Restaurant-, Theater- und Stadionbesucher. Ein Café in Kopenhagen, in dem eine Debatte über Ausdrucksfreiheit und Islam stattfand, westliche Touristen in einem Badeort in Tunesien oder Pendler an der Brüsseler U-Bahnstation Maelbeek waren ebenso Ziele wie Reisende am Brüsseler Flughafen. Für den IS handelt es sich um einen religiös legitimierten Krieg im Namen des Propheten. Die muslimischen Gemeinden tun bislang, außer vorformulierten Lippenbekenntnissen, nichts gegen diesen „Heiligen Krieg“ mitten in den Hauptstädten Europas. *Bodo Bost*



Verirrte Ausnahmen oder repräsentativ für ihre Glaubensbrüder in Europa? Islamisten auf dem Potsdamer Platz Bild: Getty

Rückgriff auf Sowjetvokabeln

»Ausländischer Agent, Fünfte Kolonne, Liberaler« als Schimpfworte

Niemand möchte sich gerne als „ausländischen Agenten“ bezeichnen lassen. In jüngster Zeit wird dieser Begriff scharf kritisiert, nicht zuletzt deshalb, weil in Kürze das russische Justizministerium das Gesetz über „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) überarbeiten will. Im Januar hatte eine Gruppe von Menschenrechtlern die Abschaffung des Gesetzes und des Terminus verlangt. Das Dokument hatten neben anderen bekannten Persönlichkeiten in Russland die Leiterin der Moskauer Helsinkigruppe, Ljudmila Alexejewa, unterschrieben.

Zuvor hatte das russische Justizministerium eine Berichtigung des aus dem Jahr 2012 stammenden Gesetzes angekündigt. Der Begriff der „politischen Tätigkeit“ und wann eine solche vorliege, solle genauer geklärt werden, sagt das Ministerium. Doch die Menschenrechtsorganisation sieht darin den Versuch, „ein totales Verbot der Finanzierung von NGO durch das Ausland durchzusetzen.“ Jede NGO könne als „ausländischer Agent“ gelten. Der Gesetzentwurf des Justizministeriums beinhalte auch ein totales Verbot der Finanzierung durch russische Geschäftsleute, weil russische Firmen keine NGO finanzieren dürfen, die „politisch“ aktiv sind. Zur politischen Tätigkeit zählt laut Gesetz jede öffentliche Diskussion oder Auftritte sowie Handlungen, die auf die Bildung von gesellschaftspolitischen Meinungen und Ansichten gerichtet seien, wozu auch Erhebungen durch Umfragen oder soziologische Untersuchungen zählen.

Im Gesetz heißt es aber ausdrücklich auch, dass Tätigkeiten im Bereich der Wissenschaft, Kultur, Kunst, Gesundheit und Vorsorge sowie im Schutz von Müttern und Kindern, die soziale Unterstützung von Invaliden sowie Aufklärung über gesunde Lebensweise nicht darunter fallen.

> Moskau: Schikanen gegen NGO in der Kritik

In einem Interview hat der Professor der Moskauer Wirtschaftshochschule Hasan Husejnow die Auswirkungen der Gesetzesnovelle auf das Empfinden der Russen erläutert. Da die Gesetzesänderung praktisch jede gesellschaftliche Handlung betreffe, seien die Menschen beunruhigt wegen der negativen Färbung des Begriffs. Wer die Folgen der Gesetzesänderung nicht fürchte oder erkläre, es gebe gar keine Folgen, sei entweder ein Dummkopf oder ein Schurke, so der Professor.

In letzter Zeit hätten Ausdrücke, die an die Zeit der Sowjetunion erinnern, Einzug in die russische Alltagssprache gehalten. Sie würden vor allem in den staatlich gelenkten Medien verbreitet, die so quasi zum leninistisch-stalinistischen Erbe zurückkehrten. Begriffe wie „Fünfte Kolonne“, „objektiv“, oder „kompromisslos“, „die Kader entscheiden alles“, „National-Verräter“ und Dutzende anderer gehörten dazu. Viele dieser Begriffe seien der Bevölkerung nur noch durch alte sowjetische Filme in Erinnerung. So bedeute der Begriff „Fünfte Kolonne“ etwa Verräter, sei allerdings in seiner Bedeutung viel stärker. Selbst das Wort „Liberaler“ werde in ehrabschneidender Bedeutung verwendet, obwohl es eigentlich im russischen Wörterbuch einen ausgeglichenen Menschen bezeichnet.

Zur Verbreitung dieser negativen Konnotation trügen das Staatsfernsehen und die Druckmedien maßgeblich bei, so Husejnow. Allerdings sei vielen jüngeren Russen die Bedeutung dieser in der Sowjetunion benutzen Schimpfwörter nicht mehr bekannt. Darüberhinaus sei eine ganze Reihe von ihnen Modeerscheinungen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Genozid-Opfer unsolidarisch

Armenien wirft dem Judenstaat Mitschuld am Viertagekrieg vor

Zu den verheerendsten Militärschlägen während des aserbaidschanisch-armenischen Viertagekrieges um die Enklave Berg Karabach Anfang April gehörte ein Angriff einer aserbaidschanischen Superdrone, die in einem Bus mit Reservisten mindestens sieben Armenier tötete. Die intelligente Drone, die sich ihr Ziel selbst sucht, stammte aus israelischer Produktion. Es war bekannt, dass Israel solche Waffen an Aserbaidschan geliefert hat, Israel wusste auch, dass sich beide Länder seit ihrer Unabhängigkeit 1991 in einem Krieg befinden, der 1994 durch einen Waffenstillstand lediglich auf Eis gelegt wurde.

Israelis und Armenier teilen als Minderheiten in einem islamischen Umfeld ein jahrhundertelanges gemeinsames Schicksal. Beide Staaaten wurden erst nach langen Kämpfen gegen eine regional feindliche Bevölkerung unabhängig, Israel 1948 und Armenien 1991. Sie teilen vor allem auch ihre Opferrolle in einem Völkermord, die Armenier sogar im Osmanischen Reich, zu dem seinerzeit auch Palästina, das heutige Israel, gehörte. Während Armenien nach seiner Unabhängigkeit den jüdischen Holocaust zwischen 1939 und 1945 sofort anerkannte, verweigert Israel dieselbe Anerkennung dem armenischen Aghet gegenüber, der von 1915-1923 in der heutigen Türkei stattfand. Die wahren Hintergründe, warum Israel den Völkermord an den Armeniern bis heute nicht anerkennt, ist geostrategischer Natur: Israel hatte als jahrzehntelang isolierter Pariastaat im Nahen Osten nur zur Türkei als einzigem islamischen Staat gute Beziehungen. Seit 1991 konnte es auch gute Beziehungen zu dem neuen Staat Aserbaidschan aufbauen, wo es mit den Tats, den Bergjuden, eine große Anzahl einheimischer Juden gibt. Israel hatte den neuen Staat nach der Türkei bereits als zweites Land international anerkannt.

> Israel hat Aserbaidschan massiv aufgerüstet

Aserbaidschan wurde nach 1991 zu einem der Hauptöllieferanten Israels und gewährte dem Judenstaat erstaunliche Privilegien, die es auch gegenüber seinem Hauptfeind in der Region, dem Iran, braucht. Aus diesen Rücksichten hat Israel den Genozid am armenischen Volk noch nicht anerkannt, trotz immensen gesellschaftlichen Drucks und trotz einer starken armenischen Lobby in Israel und international, die sich für diese Anerkennung einsetzt

Im Jahre 2001 sprach der israelische Außenminister Shimon Peres über die „armenische Tragödie“, verneinte aber einen Völkermord. Zwei Jahre später sollte eine israelische Armenierin am nationalen Gedenktag eine Rede halten und musste nach einer türkischen Intervention die Worte „armenischer Genozid“ durch das „armenische Leiden“ ersetzen. Seit 2007 bringt die linke Meretz-Fraktion das Thema jährlich ins israelische Parlament, aber erst 2011 fand im Bildungsausschuss eine Debatte statt. Yair Auron, ein israelischer Historiker und Holocaust-Spezialist, der in der armenischen Hauptstadt Eriwan unterrichtet, war Ehrengast bei den Gedenkveranstaltungen zum 100. Jahrestag des Völkermordes in Armenien. Erstmals lud zu diesem Anlaß 2015 auch Israels Präsident Reuven Rivlin die armenische Gemeinde in seinen Amtssitz in Jerusalem ein und sprach darüber, dass das armenische Volk das erste Opfer eines Massenmordes in der modernen Zeit gewesen sei. Den umstrittenen Begriff „Völkermord“ erwähnte er hingegen nicht. *B.B.*

Was macht so viele Muslime arbeitslos?

Das staatsnahe Institut WZB gibt Antworten, deren politische Inkorrektheit aufhorchen lässt

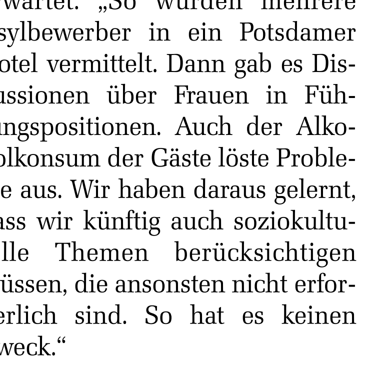
Die hohe Arbeitslosigkeit unter Muslimen ist kaum zu leugnen. Gründe bei den Betroffenen zu suchen gilt als politisch inkorrekt. Am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) tat man es trotzdem und wurde fündig.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird nicht müde zu betonen, dass „eine von Stereotypen geprägte öffentliche Debatte über den Islam“ der Grund für die schlechten Jobchancen von Muslimen sei: „Die Debatte ist von den Aussagen geprägt, dass Muslime angeblich ungebildet und integrationsunwillig sind.“ Es ginge darum, Vorurteile zu beseitigen und die Potenziale der Menschen zu erkennen. Viele Politiker haben die Einschätzung der Behörde in den vergangenen Jahren für ihre Argumentation benutzt.

Zu einer realistischeren Einschätzung kommt eine Studie von Ruud Koopmans, dem Leiter der Forschungsabteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Das Institut ist durchaus etabliert, wurde es doch 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen gegründet. Im WZB arbeiten rund 140 deutsche und ausländische Soziologen, Politologen, Wirtschaftswissenschaftler und Juristen zusammen. Die Studien, die das WZB veröffentlicht, werden in aller Regel gelesen, auch wenn sie – wie in diesem Fall – unbequeme Wahrheiten zutage fördern.

Dass muslimische Zuwanderer überdurchschnittlich oft arbeitslos sind und im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung eher düstere Zukunftsaussichten haben, ist dabei nicht die brisante Erkenntnis, sondern die, dass dies nicht unbedingt mit einer diskriminierenden Haltung der Bevölkerung zu tun habe: „Viel entscheidender auf die Integrationsfähigkeit wirkten sich andere Faktoren wie Sprachkenntnisse, interethnische soziale Kontakte oder aber auch die Stellung der Frau aus“, sagt Koopmans. Denn in vielen Kulturen, insbesondere in solchen, die stark religiös geprägt seien, werde bezahlter Arbeit für Frauen kein hoher Wert beigemessen oder sogar aktiv davon abgeraten. Das Berliner Forscherteam spricht von „soziokulturellen Einflüssen“, die ausschlaggebend für die Situation auf dem Arbeitsmarkt seien. „Man kann als Fazit festhalten, dass solche muslimischen Migranten, die gute deutsche Sprachkenntnisse haben, die über viele interethnische Kontakte zu Personen der Mehrheitsgesellschaft verfügen und die liberale Vorstellungen haben über die Rolle der Frau, dass die genauso wenig arbeitslos sind, als es Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft sind“, so Koopmans.

> Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung wagt es, Ursachen bei den Betroffenen auszumachen



Als großes Problem sieht der WZB-Forscher bis heute die Tatsache, dass Muslime vor allem im eigenen Milieu heiraten. „Für 80 Prozent der hier lebenden Muslime soll der bevorzugte Ehepartner aus dem eigenen Kulturkreis kommen. Das ist eine ungewöhnlich hohe Zahl“, erklärt Koopmans. „Unsere Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass die niedrige Arbeitsmarktpartizipation von muslimischen Frauen und die hohen Arbeitslosigkeitsraten von Muslimen nahezu vollständig auf defizitäre Sprachkenntnisse zurückzuführen sind.“ Im Klartext heißt dies, dass in rein muslimischen Familien Deutsch nach wie vor eine Fremdsprache ist. Die Studie spricht daher von „Startbenachteiligungen“, die Kinder hätten, die in Elternhäusern aufwachsen, in denen kein oder nur unzureichend Deutsch gesprochen wird. Koopman zufolge wurde festgestellt, „dass die Einwanderungsgesellschaften belegen, dass es richtig ist, großen Wert auf den Spracherwerb zu legen. Die Muslime müssen verstehen, dass die kulturelle Abschottung ihren Preis hat.“



Direktor der Forschungsabteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“: Ruud Koopmans Bild: pa

Doch nicht nur mangelnde Sprachkenntnisse stellen sich bei einer derartigen Abschottung als Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt dar. Die Geschäftsführerin der Potsdamer Agentur für Arbeit, Ramona Schröder, berichtet davon, dass es Asylbewerber gebe, die hochmotiviert seien. Doch die Jobvermittlung sei schwieriger als erwartet. „So wurden mehrere Asylbewerber in ein Potsdamer Hotel vermittelt. Dann gab es Diskussionen über Frauen in Führungspositionen. Auch der Alkoholkonsum der Gäste löste Probleme aus. Wir haben daraus gelernt, dass wir künftig auch soziokulturelle Themen berücksichtigen müssen, die ansonsten nicht erforderlich sind. So hat es keinen Zweck.“

Heinz Buschkowsky, langjähriger Bezirksbürgermeister des Berliner Problemviertels Neukölln, teilt diese Einschätzung. Statistiken bewiesen, dass Immigranten mit polnischen, russischen oder vietnamesischen Wurzeln häufiger bessere Schulabschlüsse erzielten als muslimische Schüler: „Offensichtlich gibt es starke Verbindungen zwischen Religion und dem alltäglichen Leben dieser Migranten“, sagte der SPD-Politiker. Auch er betont, dass Einwanderung per se nichts Schlechtes sei, aber es müsse auch immer der Integrationswille der Zuwanderer vorhanden sein. „Einfach nach Deutschland kommen und sagen, ‚dann macht mal‘. Das wird so nicht gehen. Viele Eltern ignorieren westliche Werte, verachten Bildung und erziehen ihre Söhne zu brutalen, hyperreligiösen Taugenichtsen“, schrieb Buschkowsky in seinem Buch „Neukölln ist überall“. Der hoffnungslose Nachwuchs lasse alle resignieren, die sich um zivilisiertes Zusammenleben bemühen. Lehrerinnen, Polizisten, Beamte beugten sich der Gewalt, lautet das bittere Fazit des Ex-Politikers.

Auch die WZB-Forscher glauben, dass Erziehung, Schulbildung und Akzeptanz der einheimischen Gepflogenheiten Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration seien. „Die Regel ist einfach. Je besser die Sprache, desto besser die Noten, desto besser die Chancen“, sagt Koopmans.

Peter Entinger

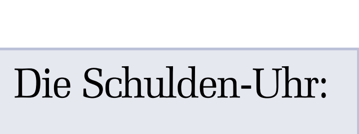
MELDUNGEN

Regierung will mehr Stabilität

Berlin – Das Bundeskabinett hat das Stabilitätsprogramm für das Jahr 2016 beschlossen. Deutschland hat im Jahr 2015 zum vierten Mal in Folge einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen erzielt. Das Stabilitätsprogramm geht davon aus, dass der Staatshaushalt über die gesamte Programmperiode bis zum Jahr 2020 ausgeglichen sein wird. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote ist seit ihrem Höchststand von über 80 Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahr 2010 bis auf 71,2 Prozent zum Jahresende 2015 gesunken. *J.H.*

Preisbindung auch für E-Books

Berlin – Die gesetzliche Buchpreisbindung gilt in Zukunft auch für elektronische Bücher (E-Books). Damit müssen die Verlage für deren Verkauf an Endkunden wie schon bei gedruckten Büchern einen Preis festsetzen, den die Buchhändler einzuhalten haben. Die 18 Monate ab Erscheinungsdatum geltende Preisbindung soll ein breites Buchangebot erhalten und dessen allgemeine Zugänglichkeit sicherstellen. Sie dient nicht nur dem Schutz des Kulturgutes Buch, sondern auch dem von Musiknoten und kartografischen Werken. *U.M.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.694.506.314 €
Vorwoche: 2.026.625.188.309 €

Verschuldung pro Kopf:
24.880 €
Vorwoche: 24.879 €

(Dienstag, 19. April 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

EZB-Kritik wird lauter

Handfeste Eigeninteressen lassen Banken aus der Deckung treten

Kam Kritik am Euro und der Europäischen Zentralbank (EZB) bislang vor allem von Außenseitern in Politik und Wirtschaft, so vollzieht sich nun eine Wende. Die wichtigsten Verbände der Finanzbranche in Deutschland haben damit angefangen, ganz offen die Geldpolitik des EZB-Chefs Mario Draghi zu kritisieren. So hat Hans-Walter Peters seinen ersten offiziellen Auftritt als neuer Präsident des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) dazu genutzt, die EZB scharf zu kritisieren: „Die negativen Zinsen sind für Banken nur schwer auszuhalten“, so Peters bei einer Rede in Berlin. Würden die negativen Zinsen längere Zeit fortbestehen, stellten sie für Banken eine extreme Belastung dar, da die meisten Finanzinstitute 70 Prozent ihrer Erträge im Zinsgeschäft erzielten, so Hans-Walter Peters. Desweiteren würde eine Beibehaltung der extrem niedrigen Zinsen in deutschen Ballungszentren sehr schnell die Immobilienpreise steigen lassen.

Schon zuvor hatte sich der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) mit Kritik an der Nullzinspolitik der EZB zu Wort gemeldet. Der Verband machte in diesem Zusammenhang seine Erwartung deutlich, dass die Politik in der Angelegenheit Einfluss nimmt.

Tatsächlich haben Unionspolitiker wie Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) oder die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus (CDU) und Michael Fuchs (CDU) in Interviews bereits die negativen Auswirkungen der EZB-Geldpolitik zum Thema gemacht. Mit Blick auf die EZB äußerte inzwischen sogar Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Befürchtung, dass „die Auswirkungen der Geldpolitik in Deutschland zunehmend euroskeptische Bestrebungen nähren“.

> Auch das politische Establishment übt nun offene Kritik

Damit hat die Kritik an der EZB aus Deutschland eine völlig neue Qualität angenommen. Im Spiel sind nun nämlich handfeste Interessen einer ganzen Wirtschaftsbranche, der durch die Geldpolitik der EZB langsam die Geschäftsgrundlage entzogen wird.

Offen ist bislang, ob sich der zugrundeliegende Widerspruch im Rahmen des bestehenden Euro-Systems auflösen lässt. Letztendlich wird sich die EZB nämlich entscheiden müssen, ob sie mit Negativzinsen weiter Länder wie Italien vor der Pleite bewahren will und dabei Teile der deutschen Finanzwirtschaft untergehen lässt oder ob der Süden der Euro-Zone fallen gelassen wird.

Auch aus einem anderen Grund wird die EZB in der kommenden Zeit unter einen wachsenden Rechtfertigungsdruck geraten. Begründet wird die Politik der Geldschwemme von der EZB nämlich nicht zuletzt damit, dass die Kreditvergabe in der Euro-Zone angekurbelt werde. Zahlen, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unlängst vorgelegt wurden, sprechen allerdings dafür, dass zumindest in Deutschland die Kreditvergabe trotzdem gesunken ist. So schätzt die KfW in ihrem aktuellen Kreditmarktausblick, dass die Vergabe von neuen Darlehen im ersten Quartal 2016 um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sein dürfte. Wie die „Wirtschaftswoche“ berichtet, ist schon im vierten Quartal des vergangenen Jahres die Kreditvergabe in Deutschland um 2,3 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres geschrumpft, im Vorquartal soll der Rückgang sogar 3,3 Prozent betragen haben.

Norman Hanert

Mahnendes Beispiel

Japan verfolgt schon seit rund 15 Jahren eine Politik à la EZB

Nicht ohne Grund wird Japan inzwischen immer öfter als Modellfall dafür genannt, welches Schicksal überschuldeten und überalterten Industrienationen droht. Das Land hat nicht nur ein massives demographisches Problem, es ist auch – noch weit vor Griechenland und Italien – diejenige Industrienation mit der höchsten Staatsverschuldung. Von Experten wird deshalb auch das Agieren der Zentralbank Japans aufmerksam beobachtet, gibt es doch möglicherweise Aufschluss darüber, was der Euro-Zone künftig droht.

Im Prinzip betreibt Japans Notenbank schon seit rund 15 Jahren die Art von Geldpolitik, welche die EZB und die US-amerikanische Fed im Krisenjahr 2008 begonnen haben. Bislang sind in Japan die wirtschaftlichen Erfolge ausgeblieben, weiter gestiegen ist nur die Staatsverschuldung. Vor diesem Hintergrund wirken die Schritte der Bank of Japan immer öfter wie Verzweiflungstaten.

Besonders pessimistisch hinsichtlich Japan ist Olivier Blanchard, der ehemalige Chefvolkswirt beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Seiner Meinung nach hat die Nullzinspolitik der Bank of Japan bislang die Gefahr kaschiert, die von Japans Staatsverschuldung ausgeht. Es wird damit gerechnet, dass noch in diesem Jahr die aufgelaufene staatliche Verschuldung 250 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Japans erreichen wird.

Aus Sicht von Blanchard droht Japan eine Abwärtsspirale. „Zu unserer Überraschung haben die japanischen Ruheständler an Staatspapieren, auf die keine Zinsen gezahlt werden, festgehalten“, so Blanchard. Demographisch bedingt werden Japans Rentner allerdings künftig immer weniger den typischen Investor darstellen. Blanchard sieht deshalb die Gefahr, dass sich Japans Finanzministerium in der Zukunft im Ausland um Käufer für Staatsanleihen bemühen muss. Anders als die genügsamen japanischen Rentner werden Hedgefonds und Banken allerdings nicht auf Zinsen verzichten wollen. Vor diesem Hintergrund vermutet Blanchard, dass der Druck der Politik auf die Notenbank steigen wird, dass diese als Käufer für neue Staatsschulden einspringt.

> Japan droht bis 2018 zum gescheiterten Staat zu werden

Die Anzeichen dafür sind längst vorhanden. Ähnlich wie die Europäische Zentralbank betreibt nämlich die Bank of Japan bereits einen massiven Ankauf von Staatsanleihen. Nach Berechnungen von Takuji Okubo, dem Chefvolkswirt von Japan Macro Advisors, ist die Schuldenmonetarisierung durch die Zentralbank so umfangreich, dass die Bank of Japan bis 2018 die Hälfte des entsprechenden Marktes leer gekauft haben könnte. Aus Sicht des ehemaligen IWF-Ökonomen Blanchard ist diese Entwicklung hin zu einem illiquiden Markt bei japanischen Staatsanleihen, der von der Zentralbank beherrscht wird, brandgefährlich. Zunehmend steigt nämlich die Gefahr abrupter Preisbewegungen bei den Papieren samt der Gefahr, dass bei Investoren Panik aufkommt, die sich auf die Finanzmärkte der Welt ausbreitet. Nicht zu Unrecht warnt der Volkswirt Takuji Okubo deshalb, dass bis 2018 eine Lösung gefunden werden muss, wenn Japan nicht riskieren will, als „failed state“ zu enden. *N.H.*

Bevormundung

Von Jan Heitmann

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will Werbung, in der ein Geschlecht diskriminiert wird, unterbinden. Ziel der Gesetzesinitiative ist ein „moderneres Geschlechterbild in Deutschland“. Geht es nach Maas, sind Plakate oder Anzeigen künftig unzulässig, die Frauen oder Männer auf Sexualobjekte reduzieren.

Darüber, was im Einzelfall diskriminierend und sexistisch ist, werden die Meinungen naturgemäß auseinandergehen. Grundsätzlicher Konsens dürfte jedoch sein, dass es geschmacklos ist, wenn Werbung Menschen auf herabwürdigende Weise darstellt. Insofern ist die Initiative des Justizministers nachvollziehbar. Doch wer Maas kennt, der weiß, dass es ihm nur vordergründig um den Schutz vor geschlechtlicher Diskriminierung geht. Tatsächlich will er uns seine Vorstellungen von der gesellschaftlichen Rolle von Mann und Frau aufzwingen, indem er davon abweichende Vorstellungen per Gesetz unterdrückt.

Um sein eigenes Weltbild durchzusetzen, sollen nur noch die von Maas festgelegten Rollenmuster erlaubt sein. Das ist ein schwerwiegender Eingriff in die Kunst- und Pressefreiheit und eine unzulässige Bevormundung der Bürger.

Abgestürzt

Von Bodo Bost

Auf einer Japanreise erreichten den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gleich zwei Hiobsbotschaften. Sein Name wurde im Zusammenhang mit den Enthüllungen der sogenannten Panama-Papers genannt. Gleich darauf folgte das Referendum, mit dem eine große Mehrheit der Niederländer sich gegen ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine aussprach und damit die Annäherung Kiews an die EU, das große Projekt von Poroschenko, zu Fall bringen könnte.

In den Papieren finden sich Beweise dafür, dass Poroschenko Kunde der Kanzlei Mossack Fonseca war und er im August 2014 die Firma Prime Asset Partners Limited gründen ließ. Die Briefkastenfirma, so steht es in den Dokumenten, war gedacht als „Holding für zypriotische und ukrainische Firmen der Roshen-Gruppe“, einer der größten europäischen Hersteller von Süßigkeiten, mit der Poroschenko nach dem Zerfall der Sowjetunion in kürzester Zeit ein Riesenvermögen erwirtschaftet hatte. Nach seiner Wahl hatte Poroschenko erklärt, seinen Süßwarenkonzern Roshen verkaufen zu wollen. Bis jetzt hat er das jedoch nicht getan. Das Verkaufsversprechen war nicht juristisch bindend – aus politischer Sicht bleibt es ein gebrochenes Versprechen.

Der Skandal trifft Poroschenko in schwieriger Zeit. Seine Regierung steckt tief in der Krise. Der Premier Arsenij Jazeniuk und mehrere Minister haben hingeworfen und beschuldigen Poroschenko der Reform-Sabotage. Seinen europäischen Partnern droht der Geduldsfaden zu reißen. Der einstige Hoffnungsträger des Westens ist abgestürzt.

Putins Enthüllungen

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Dass die sogenannten Panama Papers überdeutliche Hinweise auf führende Kreise Russlands beinhalten, vermag eigentlich nicht zu überraschen. Im Zeichen der heutigen Medien-Möglichkeiten lässt sich dieses auch nicht vor der dortigen Bevölkerung totschweigen. Wladimir Putin ist also gezwungen, dazu Stellung zu nehmen, und er wäre nicht der alte Fuchs, wenn er die Enthüllungen nicht für seine politischen Propaganda-Zwecke ausnutzen würde. Es war daher zu erwarten, dass nach Moskauer Version hinter den Papieren die USA stünden, die mit ihrer „Informationsattacke“ versuchten, „uns gefügiger zu machen“ und in der russischen Bevölkerung „Misstrauen gegenüber ihrem Staat zu erzeugen“.

Natürlich wird man den Namen Putin in den Panama Papers vergeblich suchen, dafür aber recht häufig auf den des Cellisten Sergej Roldugin stoßen: Er gilt seit vielen Jahren als sein bester Freund, nicht nur, weil er Taufpate von Putins erster Tochter ist. Dazu behauptet Russlands Präsident hingegen, dieser hätte sein verdientes Geld im Ausland in Musikinstrumente investiert, die er musikalischen Institutionen in Russland schenke – also ein Vorbild für Putins gegenwärtige Patriotismus-Propaganda.

Die anderen engen Vertrauten stehen mehr im Hintergrund, dazu zählt der Millionär Gennadij Timtschenko, der einen bekannten Judoclub finanziert, dessen Ehrenpräsident Putin ist. Erwartungsgemäß weist jener jeden Verdacht auf Korruption zurück.

> Was ist seine Einstellung zu Stalin und Gorbatschow?

Nicht ungeschickt benutzt der russische Präsident die Panama-Unterlagen zugleich als Angriffswaffe: Einmal ist das Ziel der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, den er im Zuge des dortigen Konflikts als korrupt, verlogen und unzuverlässig hinstellt. Wichtiger ist die Diffamierung des britische Premierministers David Cameron mit seinem Pro-EU-Kurs. Diesen zu durchkreuzen, Zwietracht unter den Westeuropäern zu säen und damit die EU in jeder Weise zu schwächen, ist eines der wichtigsten Ziele der Kreml-Führung. Ganz bewusst schüren diese Destabilisierungsaktionen den Antikapitalismus, den überspitzten Nationalismus und antiwestliche Ressentiments, primär gegen die USA, aber auch gerade gegen Deutschland.

Recht geheimnisvoll hat der Präsident Russlands Enthüllungen über die Zeit bis hin zum Kalten Krieg angekündigt, die indes bis zum letzten Wochenende immer noch nicht erfolgten. Man bezweifelt allerdings auch, dass sie tatsächlich Neues ans politische Tageslicht bringen werden. Die Geschichten über die damalige sowjetische Spionage sind zumeist bekannt. Aufschlussreich könnte indes Putins heutige Einstellung zu Josef Stalin, aber ebenfalls zu Michail Gorbatschow sein. Die Erfolge der westlichen Spionage wird er niemals zugeben. Garantiert verschweigt er seine Geliebte in Dresden, die Mitarbeiterin des Bundesnachrichtendienstes (BND) war. Als erste Quelle in Europa hatte die *PAZ* schon vor Jahren darüber berichtet.



Gelten als beste Freunde: Cellist Sergej Roldugin (l.) und Staatschef Wladimir Putin (m.)

Bild: imago

Gegenwind



Warum Glyphosat ein Politikum ist

Von Florian Stumfall

Die Bundesregierung will die weitere Verwendung des Unkrautgifts Glyphosat weiterhin erlauben. Einem Schreiben des Landwirtschaftsministeriums an die EU-Kommission ist zu entnehmen, dass die Agrarpolitiker nach einer Abstimmung mit dem Umweltministerium die Wiederzulassung befürworten. Deutschland, so heißt es, folge damit der fachlichen Einschätzung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa), die befunden hatte, Glyphosat sei für den Menschen wahrscheinlich nicht krebserregend.

Im Europäischen Parlament ließ man sich das nicht zweimal sagen, und eine Mehrheit aus Europäischer Volkspartei und Sozialisten stimmte für die Wiederzulassung des Gifts. Dabei hatte der Fachausschuß des Parlaments Einwände dagegen erhoben. Der führte eine Warnung der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) ins Feld, wonach Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft wird. Die Genehmigung gilt allerdings nur für sieben Jahre, die EU-Kommission hatte 15 Jahre befürwortet. Dagegen waren unter anderen die Grünen, dagegen ist, einer aktuellen Umfrage zufolge, auch die Mehrheit der EU-Bürger.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Damit haben sich die Bundesregierung, das EU-Parlament und die EU-Kommission in übler Gemeinschaft den Interessen eines Multis ergeben, wie das gern geschieht, wenn dieser Multi in den USA zuhause ist. Jetzt fragt für sieben Jahre niemand mehr: Was ist Glyphosat? Und: Wer ist Monsanto? Dabei wäre gerade das so wichtig, denn dieser Konzern bestimmt das Leben ganzer Völker.

Gegründet wurde er im Jahr 1901, und 1927 ging er an die Börse. Sitz des Konzerns ist St. Louis, Missouri, er hat Niederlassungen in 61 Ländern. Saatgut und Unkrautgift sowie Biotechnologien und transgene Pflanzen sind der Schwerpunkt der Produktion, mit der im Jahr 2011 ein Umsatz von fast zwölf Milliarden US-Dollar erwirtschaftet wurde. Seit den 70er Jahren gehört der Wirkstoff Glyphosat unter dem Produktnamen Roundup zu den Rennern beim Verkauf. Kein Wunder, dass man ungern darauf verzichtet hätte, das Zeug weiterhin auch in Europa zu verbreiten.

Wie aber kann es geschehen, dass Glyphosat, das wahrscheinlich nicht nur krebserregend ist, sondern auch mit anderen Krankheiten wie Allergien, Unfruchtbarkeit, Missbildungen bei Neugeborenen, Schäden des Nervensystems und Nierenerkrankungen in Zusammenhang gebracht wird, weiterhin eine Zulassung durch die EU und europäische Nationalstaaten erhält? Das erklärt sich aus der sprichwörtlich aggressiven Politik des Konzerns. Wenn einer seiner Chefs in Europa von staatlicher oder EU-Seite Schwierigkeiten erwartet oder gar schon erfahren hat, kommt er alsbald in Begleitung des US-Botschafters wieder und rückt das Geschäft in den Bereich der Politik. Damit ist das Problem gelöst, denn die Zahl der europäischen Volksvertreter, die den Mut haben, sich mit US-Offiziellen anzulegen, ist begrenzt.

Diese und andere Methoden, die Monsanto anwendet, sind äußerst erfolgreich, wie gerade das Beispiel des Verkaufsschlagers Glyphosat zeigt. Dessen Verbrauch ist weltweit von 3200 Tonnen im Jahr 1974 auf 825 000 Tonnen im Jahr 2014 angestiegen. In Deutschland werden bereits 40 Prozent der Anbaufläche damit behandelt.

Auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Produktion zeigt sich Monsanto nicht weniger konsequent. Ein herausstechendes Beispiel dafür ist Indien. Dort hat der US-Moloch Stück für Stück fast die gesamten Hersteller von Saatgut aufgekauft. Bei der Baumwolle beträgt der Anteil von Monsanto 95 Prozent, was bei anderen landwirtschaftlichen Produkten an dieser Quote fehlt, wird mit Knebel-Verträgen und Lizenz-Vereinbarungen abgedeckt.

Monsanto profitierte dabei – rein zufällig – von einer Neuregelung, mit der die Weltbank anno 1988 die Saatgut-Politik verändert hatte. Bis dahin bauten indische Bauern Baumwolle mit Saatgut aus eigener Zucht ebenso wie andere Agrar-Produkte an. Das Saatgut kam aus eigenem Anbau, daher konnten die Bauern die neue Saat ausbringen, ohne Lizenzgebühren zahlen zu müssen.

Die Philosophin, Physikerin und Umweltaktivistin Vandana Shiva schreibt: „Durch Patente auf Saatgut ist Monsanto zum ‚Gott des Lebens‘ auf unserem Planeten geworden, der für die Erneuerung des Lebens von Bauern, den ursprünglichen Züchtern, Abgaben kassiert. Es sind betrügerische Samen – des Betrugs, Monsanto sei der Schöpfer von Samen und Leben, des Betrugs, dass Monsanto Bauern verklagt und in die Verschuldung treibt.“

Die indische Zentralstelle für die Erfassung von Verbrechen (National Crime Records Bureau, NCRB) legte einen Bericht vor, wonach es von 1995 bis 2011 in Indien 290740 Selbstmorde von Bauern gab, die durch die Einführung von genveränderten Organismen in den wirtschaftlichen Ruin und die Armut getrieben wurden.

Während in Indien die Bauern in den Ruin getrieben werden, kaufen Monsanto und andere in der Ukraine das Agrarland auf, die legendäre schwarze Erde. In der Stellungnahme auf eine Anfrage im Bundestag antwortete die Bundesregierung: „Die Ukraine zählt zu den vielversprechenden Wachstumsmärkten für die Saatgutproduzenten Monsanto und DuPont. Befürchtet wird, dass Monsanto großen Druck auf die Behörden in der Ukraine ausübt, um seine Forderungen nach einem Ausbau der Biotechnologie und genetisch veränderte Organismen (GVO) durchzusetzen. Bereits im vergangenen Jahr hat Monsanto 140 Millionen Euro investiert, um das Potenzial für die zukünftige Produktion zu steigern.“ Mittlerweile gehören in der Ukraine den ausländischen Multis 1,6 Millionen Hektar Ackerland, dessen Erwerb von der EU über Subventionen mitfinanziert wird.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

In vier Ländern Südamerikas baut Monsanto auf 40 Millionen Hektar Sojabohnen an. Nicht bekannt ist die Zahl der Kleinbauern, die von diesen Flächen vertrieben wurden. Tomas Palau, Soziologe der Universität Asuncion, Paraguay, spricht von einem „Projekt der politischen Hegemonie“, das Monsanto verfolgt. Die Organisation Global Exchange führt auf der Liste „Meistgesuchte kriminelle Unternehmen“ Monsanto auf gutem Platz. Das Unternehmen wurde beschuldigt, „mit der Missachtung des Rechts auf Nahrung, Land und Gesundheit einer der schlimmsten Menschenrechtsverletzer zu sein“.

Doch das dürfte in St Louis niemanden bekümmern, ebenso wenig wie die vielen Klagen, die gegen Monsanto angestrengt werden. Da sind, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Schlagzeilen gemacht haben, ehemalige GI, die im Vietnamkrieg Schäden durch das Entlaubungsmittel Agent Orange davongetragen haben. Dieses Mittel, das die US-Luftwaffe versprühte, wird ebenso von Monsanto hergestellt wie das Giftgas Sarin, das der IS im Syrien eingesetzt hat. Überhaupt dürfen die Manager des Saatgut/Chemie-Riesen nicht dünnhäutig sein – nicht nur dass die Akten der Klagen, die gegen das Unternehmen gerichtet sind, Bibliotheken füllen, es gehört auch zu den meistgehassten Firmen weltweit.

Nur die maßgeblichen Politiker in der EU und ihren Mitgliedsländern teilen diese Abneigung nicht. Schließlich gilt es, auf die Querverbindungen Rücksicht zu nehmen. Nicht nur, dass Monsanto zur Rockefeller-Gruppe gehört und damit einen politischen Sonderstatus genießt, es wird auch eines der aktivsten Unternehmen sein, wenn TTIP Wirklichkeit wird, woran nicht zuletzt die EU-Kommission mit Hochdruck arbeitet.

Komik des Scheiterns

Cervantes-Fluch und -Segen – Vor einem halben Jahrtausend starb der Autor des »Don Quijote«

„Don Quijote“ gilt als größter Roman der Weltliteratur. Er ist zugleich das größte Buch über das Scheitern, was sich auch im Leben seines Autors widerspiegelt: des vor 500 Jahren gestorbenen Miguel de Cervantes Saavedra.

Was vor einem Jahr spanische Archäologen verkündeten, klang nach einer Sensation: Das Grab von Cervantes sei gefunden. Tatsächlich fand man auf dem Gelände des Madrider Klosters der Trinitarierinnen einen Sarg mit den Initialen „M. C.“, doch ob die darin enthaltenen Gebeine tatsächlich von Miguel de Cervantes stammen, ließ sich nicht mit Sicherheit bestimmen. Da von dem weltberühmten Autor keine lebenden Nachfahren bekannt sind, hätte auch eine DNA-Analyse keine Gewissheit gebracht. Noch posthum bringt der Autor viele Vorhaben zum Scheitern. Es ist ein Motiv, das schon sein Leben prägte, wenngleich er das Beste daraus gemacht hat.

Es geht schon damit los, dass der Vater, ein dem niederen Adel der Hidalgos angehöriger Wundarzt, wenig auf die Beine stellte. Als sein Sohn Miguel drei Jahre alt war, musste der bankrotte Vater mehrere Monate in einem Schuldturm verbringen. War er Vorbild des „Ritters von der traurigen Gestalt“, wie der Romantiker Ludwig Tieck Don Quijotes Beinamen übersetzte? Einer, der an der Realität des Lebens ständig scheiterte?

„Sogleich empfahl er sich aus tiefster Seele seiner Herrin Dulcinea, mit der Bitte, ihm in dieser Schicksalsstunde beizustehen, und in vollem Galopp sprengte er auf Rocinante, gewappnet mit seinem Rundschild und eingelegter Lanze, gegen die erste Windmühle an. Ein Flügel bekam einen Lanzenhieb ab, doch der Wind trieb sie so heftig an, dass die Lanze in Stücken davonflog und Ross und Reiter hinterher. Sancho Panza eilte ihm zur Seite.“ So heißt es in der jüngsten Übersetzung von Susanne Lange über den berühmten Kampf Don Quijotes gegen die Windmühlen, die er für Riesen hält. Gegen die riesige Übermacht des spanischen Staates ließ sich wenig ausrichten. Es ging dem Vater so wie dem ihm wie ein Sancho Panza treu zur Seite stehenden Sohn.

Der wahrscheinlich am 29. September 1547 „an einem Ort in der Mancha“, wie es zu Beginn des „Don Quijote“ heißt, geborene Cervantes – tatsächlich stammt er aus der südlich von Madrid in der Mancha gelegenen Stadt Alcalá de Henares – hatte gegen ähnliche juristische Windmühlen zu kämpfen. Kaum die höhere Schule beendet, um die Dichter-Laufbahn einzuschlagen, flieht er nach Rom. In einem Streit hatte er einen Gegner schwer verwundet. In Abwesenheit wird er zum Abhacken der rechten Hand verurteilt. Tatsächlich verliert er eine Hand, aber die linke. In der Seeschlacht von Lepanto 1571, wo er von Neapel aus als Soldat der „Liga Santa“ war, einer spanisch-venezianisch-vatikanischen Koalition gegen osmanische Großmachtträume, kommt es zu dieser Kriegsverstümmelung.

Es wird noch schlimmer kommen. Auf dem Rückweg nach Spanien wird der inzwischen rehabilitierte Kriegsheld mit seinem Bruder von Seeräubern nach Algier entführt. Fast fünf Jahre verbringt er bei seinen algerischen Geiselnehmern, ehe die Mutter ihn für 500 Taler freikaufen kann. Zurück in Madrid besinnt er sich seines Dichtertalents und schreibt 1585 den Schäferroman „Galatea“. In den nächsten 20 Jahren wird er kein weiteres Werk mehr veröffentlichen. Denn er muss Geld verdienen. Als königlicher Kommissar treibt er Getreide und Öl für die Armada ein, die 1588 von den Engländern vernichtet wird. Ein Scheitern auf höchster staatlicher Ebene.

Spaniens „Goldenes Zeitalter“ nähert sich dem Ende. Es ist ebenso angestaubt, wie es die trockene, gottverlassene und verarmte Hochebene der Mancha ist, durch die Don Quijote mit Sancho Panza nach deprimierenden Begegnungen mit Gastwirten, die ihn zum Ritter schlagen, und verlorenen Prügeleien mit Räubern wie ein geprügelter Hund streicht. Die öde Landschaft wird zum Spiegelbild des Staates. Gewalt und Niederlage werden zu Lehrjahren des Lebens.

Cervantes selbst misslingt wieder so einiges, diesmal als Steuereintreiber. Wegen falscher Überweisungen landet er im Gefängnis von Sevilla. Wahrscheinlich keimt hier die Idee, mit dem „Don Quijote“ eine Parodie auf Ritterromane wie die in zahlreichen Variationen zirkulierenden „Amadis“-Epen zu schreiben. In Madrid vollendet er 1505 den „Don Quijote“. Doch vom Erfolg hat er nicht viel. Zahlreiche Raubdrucke verderben ihm das Geschäft. Der damals strahlend im Rampenlicht stehende Dramatiker Lope de Vega stiehlt im die Schau. In einem Sonett höhnt er: „Und dein blöder Don Quijote zieht ärschlings durch die Welt ... und wird auf dem Misthaufen landen.“ Eine Fehleinschätzung, die Cervantes nicht mehr erleben durfte.

Außerdem schreibt ein anonymer Autor eine erfolgreiche Fortsetzungsgeschichte, was Cervantes dazu antreibt, 1615 einen zweiten Teil von „Don Quijote“ erscheinen zu lassen, in dem er den Titelhelden sterben lässt. Es ist das finale Scheitern. Der von Trunksucht und Armut gezeichnete Autor selbst liefert sich ein Wettrennen mit dem Tod. Fast mit dem letzten Atemhauch schließt er den Roman „Persiles und Segismunda“ ab. Dann stirbt auch er.

Es ist bekannt, dass der in der Nacht auf den 23. April 1616 in Madrid möglicherweise an einer Leberzirrhose gestorbene Cervantes umhüllt in einer Franziskaner-Kutte in dem Kloster des Trinitarier Ordens beigesetzt wurde. Unbekannt blieb bislang, in welchem Grab. Vielleicht haben die Forscher im vergangenen Jahr dieses Geheimnis gelüftet. Vielleicht auch nicht. Spuren einer Verstümmelung der linken Hand und ein mangelhaftes Gebiss mit sechs Zähnen (siehe links) sind bis heute nicht nachgewiesen.

Auferstanden ist Cervantes aber schon längst. Nach seinem Tod begann der Triumphzug seines „Scheiterns“. Sein „Don Quijote“ ist nach der Bibel das meistübersetzte Werk der Welt. Es war das Lieblingsbuch der deutschen Romantiker. Jean Pauls Humor speiste sich aus Cervantes' Ironie. Thomas Mann schwamm „in dem Meer von Erzählung“ des Spaniers. Das auch ein platonisch-idealistisches und ein aristotelisch-praktisches Prinzip verkörpernde Duo Don Quijote und Sancho Panza wurde Vorbild solcher Komikerpaare wie Laurel und Hardy, Pat & Patachon, Karl Valentin und Liesl Karlstadt oder Walter Matthau und Jack Lemmon als „Seltsames Paar“.

Es gibt zahlreiche Verfilmungen, wobei zwei Großprojekte an dem Cervantes-Fluch scheiterten: Dem Regisseur Orson Welles starben zweimal nacheinander die Titelhelden weg, und Terry Gilliams Großproduktion aus den frühen 2000er Jahren misslang auch deswegen, weil Quijote-Darsteller Jean Rochefort wegen eines Hexenschusses nicht reiten konnte. Diese Komik des Scheiterns hätte auch von Cervantes stammen können. *Harald Tews*

Zum Jubiläum ist von Uwe Neumahr die Biografie „Miguel de Cervantes – Ein wildes Leben“ erschienen (Verlag C. H. Beck 394 Seiten, 26,95 Euro). Die 2008 erschienene Neuübersetzung des „Don Quijote“ von Susanne Lange gibt es erstmals als Taschenbuch (dtv, 1488 Seiten, 19,90 Euro).



Bilder (2): Archiv

Sah Cervantes so aus? Experten vermuten, dass dieses Porträt von 1600 den Autor darstellt. Es existiert kein Bild von ihm, dessen Authentizität eindeutig gesichert ist. Im Vorwort zu seinen „Exemplarischen Novellen“ (1613) beschreibt sich der alternde Autor auf ironische Weise so: Ein Mann mit einem „langen, schmalen Gesicht, dem kastanienbraunen Haar, ... den silberweißen Haaren, die vor kaum 20 Jahren noch golden waren, dem Knebelbart, den nicht zu großen Zähnen und nicht zu kleinen Zähnen – er hat deren nur noch sechs in argem Zustand und noch schlechterer Anordnung – ... dem leicht gekrümmten Rücken und nicht sonderlich gut zu Fuß.“



Ein seltsames Komiker-Paar: Don Quijote und Sancho Panza, illustriert von G. Doré

Rastlos, atemlos, ausgebrannt

Burnout im Fernsehen – ZDF zeigt den Film »Brief an mein Leben«

Eben noch ein Leben im Schnelldurchlauf mit allen Beigaben der modernen Nomadin: Weltweite Konferenzen, Reisen, Mobiltelefon und Klapprechner im Dauerbetrieb. Die Ozeanografin Toni ist das, was man eine Karrierefrau nennt. Rastlos, atemlos, getrieben.

Für persönliche Kontakte zu den alten Eltern und der Lebensgefährtin Maria (Christina Hecke) bleiben nur mühsam erkämpfte Nischen. Dann aber gerät das durchgetaktete Leben unvermittelt in Schieflage. Morgens wird sie von Panikattacken geschüttelt, das Kofferpacken wird zur Qual, irgendwann verliert sie in einem Waschraum das Bewusstsein. „Burnout“ diagnostiziert der Arzt und verschreibt einen Klinikaufenthalt. „Ist das nicht diese modische Krankheit, die jetzt alle haben?“, fragt sie noch.

„Brief an mein Leben“ (ZDF, 25. April, 20.15 Uhr) nach dem Buch von Miriam Meckel, einst Deutschlands jüngste Professorin und Lebenspartnerin von Moderatorin Anne Will, führt hinter die Kulissen der Leistungsgesellschaft. Der Film beschreibt, was passiert, wenn ein Mensch die Signale seines Körpers leugnet, wenn das Diktat des Erfolgs alles übertrumpft. Toni findet sich unvermittelt in einem Kreis von Patienten wieder, in Jogginghosen, T-Shirt, ungeschminkt. Eben noch ein Leben im Erfolgstakt, nun der Rückzug. „Meisenklinik nennen die das hier“, erläutern die neuen Mitbewohner und tippen sich vielsagend an die Stirn.

Der Mensch wird eins mit seiner Diagnose: "Ich ritze mich“, sagt die Nachbarin im Stuhlkreis. „Adipositas“, knurrt ihr beleibter Nachbar zur rechten. In der Klinik lernt die Leistungsträgerin loszulassen. Das Mobiltelefon muss draußen bleiben, der Tag besteht aus Meditation, Töpfern, Partnerschaftsübungen und Gängen durch die Natur.

Der Einblick in die Abläufe einer psychosomatischen Klinik könnte zur Nabelschau geraten, wird aber eine faszinierende Reise ins Innere der Seele. Hauptdarstellerin Marie Bäumer spielt die ausgebrannte Karrierefrau, die sich hartnäckig weigert, die eigene Verletzlichkeit anzunehmen, mit einer fast selbstzerstörerischen Hingabe. Wie ihr Gesicht im Laufe der Therapie immer nackter und schutzloser wird, wie sich ihr anfänglicher Sarkasmus auflöst und die Rüstung, die sie sich aufgebaut hat, bröckelt – das ist großes Kino. Ihre Figur durchläuft alle Etappen einer Krise bis hin zum Tief- und Wendepunkt, wo sie nur noch zusammengerollt im Bett liegt und weint.

„Solch extreme Emotionen zu spielen ist eine Art Hochleistungssport. Wenn du 20 Minuten geweint hast, kannst du nicht mehr“, sagt Bäumer. Mehrfach hat sie sich mit Miriam Meckel, heute Chefredakteurin der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“, getroffen. Nach diesen Dreharbeiten weiß sie mehr über die angebliche Zeitgeist-Diagnose. „Burnout ist eine Krankheit, die eine Depression deckelt. Die meisten Menschen, die in so eine Klinik gehen, sind an einer Lebensgrenze.“ *Anne Martin*



Bild: Conny Klein/SPKS

Tiefer Fall: Marie Bäumer als depressive Karrierefrau

Im Land der Grübler

Madame de Staël und ihr Deutschlandbild

Kein Werk hat das Deutschlandbild der Franzosen so stark geprägt wie das Buch „Über Deutschland“ von Madame de Staël. Der Begriff „Land der Dichter und Denker“ geht maßgeblich auf dieses 1813 erschienene Kultur- und Sittengemälde zurück, in dem sie trotz mancher kritischer Sottisen – „in Frankreich studiert man die Menschen, in Deutschland die Bücher“ – voller Hochachtung über das Nachbarland östlich des Rheins spricht.

In der Vorrede schreibt Anne Louise Germaine de Staël-Holstein, wie die Madame eigentlich heißt: „Deutschland kann, seiner geografischen Lage nach, für das Herz von Europa gelten, und der große Bund des Kontinents allein durch dieses Landes Unabhängigkeit die eigne wiedererlangen.“ Sie hoffte, dass von Deutschland aus ein neuer Geist auf das nach der Revolution gespaltene Frankreich wehen würde. Gerade aber diese Botschaft war Napoleon ein solcher Dorn im Auge, dass er die in Frankreich gedruckte Auflage einstampfen ließ. Dank ihres Freundes, des Romantikers August Wilhelm Schlegel, gelangten Fahnenabzüge ins Londoner Exil der Staël, wo das Buch erscheinen konnte. Erst nach Napoleons Niederlage bei Belle-Alliance (Waterloo) kehrte sie nach Paris zurück.

Goethe kam bei ihr nicht zu Wort

In der Hauptstadt wurde sie vor 250 Jahren, am 22. April 1766, als Tochter des Schweizer Bankiers Jacques Necker, der unter Ludwig XVI. Finanzminister war, geboren. Mit 20 Jahren heiratete die hochintelligente Frau den schwedischen Botschafter Baron Erik Staël von Holstein. Nach der Französischen Revolution floh sie erst vor den Jakobinern und dann vor Napoleon ins Ausland. 1803/04 unternahm sie eine erste und 1807/08 eine zweite Deutschlandreise. Beim ersten Mal kam sie bis nach Berlin, das sie in guter Erinnerung behielt: „Preußen“, schreibt sie, „gehörte zu den Ländern Europas, wo man die Aufklärung am meisten in Ehren hielt, wo die Freiheit, wenn nicht im Recht, doch in der Tat, am sorgsamsten geachtet wurde.“

Ihr eigentliches Ziel waren aber die Dichterhochburgen Jena und Weimar. Ihre Treffen mit den grüblerischen Romantikern und Klassikern stehen im Zentrum ihres Interesses. Umgekehrt sprach man voller Ehrfurcht von ihr: Das „außerordentlichste Wesen in weiblicher Gestalt“ nannte sie Christoph Martin Wieland, ihren „seltenen Ernst und die Tiefe ihres Geistes“ rühmte Friedrich Schiller. Nur Johann Wolfgang Goethe hielt nicht viel von der redseligen Dame: Er sei bei ihr nicht zu Wort gekommen, beklagte er sich. *H. Tews*

MELDUNGEN

Die Pracht der Ernestiner

Gotha – Unter dem Titel „Die Ernestiner. Eine Dynastie prägt Europa“ widmet sich eine kulturhistorische Landesausstellung jener Dynastie, welche die letzten Thüringer Landesherren gestellt hat. Vom 24. April bis 28. August wird in Gotha im Schloss Friedenstein und im Herzöglichen Museum sowie in Weimar im Stadtschloss und im Neuen Museum die ganze Pracht des auf Ernst von Sachsen zurückgehenden Adelshauses präsentiert, das durch seinen Einsatz für die Reformation und seine Heiratspolitik die europäische Politik mitprägte. Die englische Queen ist übrigens Nachfahrin der Dynastie. www.ernestiner2016.de *tws*

Was die Sisi von Heine hielt

Hamburg – Vom 24. April bis zum 23. Oktober läuft im Hamburger Jenisch-Haus (Baron-Voght-Straße 50) die Ausstellung „Salonfähig – Frauen in der Heine-Zeit“. Vorgestellt werden Frauen, die mit dem Dichter Heinrich Heine in Beziehung standen wie die Schriftstellerinnen Rahel Varnhagen, George Sand, Madame de Staël, Fanny Lewald oder seine Verehrerin Kaiserin Sisi. www.jenisch-haus.de *tws*

Was aus dem Zentralorgan der SED wurde

Das »Neue Deutschland« überlebte das Ende der DDR und hat heute noch eine verkaufte Auflage von 28 669 Exemplaren

Das vor 70 Jahren erstmals erschienene „Neue Deutschland" war das offizielle Sprachrohr der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und damit eines der wichtigsten Propagandainstrumente des Regimes in Ost-Berlin. Nichtsdestotrotz überlebte es dessen Sturz, musste danach aber einen gravierenden Bedeutungsverlust hinnehmen.

Über kein Massenmedium wurde in der DDR mehr gelästert als über das „Organ des Zentralkomitees" der SED: Ob man im „Neuen Deutschland" auch Elefanten einwickeln könne? Selbstverständlich – wenn eine Rede von Erich Honecker darin abgedruckt sei. Und tatsächlich kannte das Blatt keine Grenzen bei der Zelebrierung des Personenkultes um den geltungssüchtigen Staats- und Parteichef. So enthielt alleine die Nummer vom 16. März 1987 über 40 Fotos von Honecker. Dabei sollte das „Neue Deutschland", das überwiegend unter der Kurzbezeichnung „ND" firmierte, eigentlich das Ansehen der SED „blank und sauber" halten, wie es im Geleitwort der SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl zur ersten Ausgabe hieß.

Die erschien vor nunmehr 70 Jahren, also am 23. April 1946, unter der Lizenznummer 74 der Sowjetischen Militäradministration, nachdem sich am Tage zuvor KPD und SPD zur SED zusammengeschlossen hatten. Seitdem unterstützte die Zeitung, deren Name übrigens der in Mexiko produzierten kommunistischen Exil-Gazette „Nueva Alemania" entlehnt war, die Bemühungen der SED beim Aufbau eines „antifaschistischen und demokratischen Systems" mit propagandistischen Mitteln. Aufgrund der Wichtigkeit dieser Aufgabe kamen die Chefredakteure, darunter Hermann Axen, Joachim Herrmann und Günther Schabowski, stets aus der Riege der obersten SED-Führung. Und über mangelnde materielle und personelle Ressourcen konnte sich beim „ND" auch niemand beklagen. In dem repräsentativen Redaktionsgebäude am Franz-Mehring-Platz in Berlin-Friedrichshain arbeiteten bald an die 500 Menschen, deren Beschäftigung darin bestand, die rund zehn Seiten jeder Ausgabe zu füllen. Allerdings wurde die Auflage von 1,1 Millionen Stück pro Tag noch von der „Jungen Welt" übertroffen. Sie erfreute sich deutlich größerer Beliebtheit. Von ihr gelangten sogar 1,5 Millionen Exemplare in Umlauf.

Das „ND" spielte bis zuletzt die Rolle des nibelungentreuen Erfüllungsgehilfen der SED und brachte in diesem Zusammenhang oftmals extrem scharfmacherische Artikel, die andere Zeitungen des „Arbeiter- und Bauernstaates" so nicht publizierten. Beispielsweise wurde die Erschießung eines jungen „Republikflüchtlings" an der Berliner Mauer durch DDR-Grenzsoldaten dergestalt zynisch kommentiert: „Wir begnügen uns keineswegs mit der Feststellung, Peter Fechter und andere seien selbst schuld an ihrem Tod. Sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen; sie haben die gesetzlich festgelegte Ordnung verletzt. Nein, wir klagen an! Auch das Blut dieser Toten kommt auf das Haupt jener Besessenen in Bonn und West-Berlin, denen zwei Weltkriege nicht genug sind."



Das ehemalige Osthafen-Kraftwerksgebäude an der Elsenbrücke in Berlin: Sitz der „ND"-Redaktion von 1993 bis 2005 Bild: Archiv

Und als im Sommer 1989 die große Fluchtwelle via Ungarn und die Botschaften der Bundesrepublik im Ostblock einsetzte, erfand man beim „ND" die Mär von den „kaltblütigen, berufsmäßigen Menschenhändlern", die arglose DDR-Bürger wie den Mitropa-Koch Hartmut Ferworn mit präparierten Menthol-Zigaretten betäubten und gegen ihren Willen in den Westen verschleppten.

> 75 Jahre nach ihrer Gründung vertritt die »sozialistische Tageszeitung« eher konformistische Positionen

Infolge des Zusammenbruchs der DDR und der nachfolgenden Wiedervereinigung geriet das „Neue Deutschland" in massive Turbulenzen. Zum ersten fiel die Zahl der verkauften Exemplare ins Bodenlose. Aktuell liegt sie bei gerade noch 28 669. Zum zweiten kam die Zeitung als Bestandteil des SED-Parteivermögens trotz heftiger Gegenwehr und lautstarker Berufung auf den Artikel 5 des Grundgesetzes (Pressefreiheit) in die Obhut der Treuhandanstalt, in der sie bis 1995 verblieb. Und zum dritten gab es diverse Skandale. So wurde beispielsweise verschwiegen, dass Artikel in der Beilage „ND Extra" von Werbekunden stammten.

Die Eigentumsverhältnisse sind mittlerweile reichlich undurchsichtig geworden. Nachdem das Blatt zunächst wieder in den alleinigen Besitz der PDS beziehungsweise Linkspartei übergangen war, wurde Ende 2006 die Hälfte der Anteile an der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH an die Communio Beteiligungsgenossenschaft e.G. veräußert, die wiederum zu 96 Prozent Matthias Schindler gehört, einem ehemaligen Referatsleiter in der Auslandsspionage-Abteilung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit. Der hatte sich vertraglich verpflichtet, den Kaufpreis von 1,6 Millionen Euro in 16 Jahresraten abzustottern, die dann jeweils in die Parteikasse der Linken fließen sollten. Aber Schindler zahlte offenbar nur dreimal. Deshalb wird seit einiger Zeit von einem Scheingeschäft gemunkelt, mit dem die Ostgenossen verhindern wollten, dass ihre neuen, aber nicht unbedingt wohlgelittenen Parteifreunde aus dem Westen um den früheren SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine das „ND" in ein Instrument der „Diktatur des Oskariats" verwandeln.

Nachdem das Blatt zwischenzeitlich dem Bundesfamilienministerium als „linksextremistisch" galt, ist das jetzt nicht mehr der Fall. Und in der Tat vertritt das „ND" eher konformistische Positionen, womit es sich auch und gerade unter radikalen Linken Feinde gemacht hat. Der neue Chefredakteur Tom Strohschneider – übrigens der erste „Nicht-Wessi", der diesen Posten seit der sogenannten Wende bekleidet – verfolgt die Linie, statt auf plumper politischer Agitation künftig lieber auf „Heimatpflege" zu setzen, also die Bewahrung mitteldeutscher Identität. Ob das freilich ausreicht, um das „Neue Deutschland" langfristig aus dem Auflagentief herauszuführen, muss sich erst noch erweisen. Bislang ging es jedenfalls immer nur bergab, wie die Zahlen der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) Quartal für Quartal belegen. *Wolfgang Kaufmann*

In 20 Jahren könnte es zu spät sein

Die westlichen und die baltischen Staaten sind an einem »Europäischen Haus« unter Einschluss Russlands nicht interessiert

Solange sie existierte, ist die Sowjetunion vom Westen missverstanden worden, obwohl man in manchen Ländern sogar Sowjetologie studieren konnte. Das Imperium schien aus einem Guss, sodass die Vielfalt unter dem eisernen Deckel nicht wahrgenommen wurde. Sehr oft war selbst in Politikerkreisen von den „Russen" die Rede, obwohl die beiden Leitgestalten Wladimir Iljitsch Lenin und Josef Stalin keine Russen waren. Lenin hatte eine deutsche Mutter und eine kalmückische Großmutter, Stalin war Georgier. Russland war nur, wie Alexander Solschenizyn sagte, das erste Opfer der Bolschewiki.

Im sowjetischen Riesenreich wurden über 200 Sprachen gesprochen, darunter 130 allein in Russland. Zwar wurden alle unter die Knute der Sowjets gezwungenen Länder und Gebiete sowjetisiert, darunter lebten aber die alten Traditionen, Kulturen, Lebensweisen und Animositäten fort. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zerfiel auch die Sowjetunion, zur Überraschung des Westens, in ihre Bestandteile. Die meisten der 15 Republiken, die aus der Sowjetunion hervorgingen, sind im Westen bis heute weitgehend unbekannt. Wo um Himmelswillen befindet sich in Europa Moldawien? Nicht an der Moldau? Was bitte sind Tadschikistan, Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan?

> Kohls und Gorbatschows Vision eines Europas von Lissabon bis Wladiwostok ist im Ukraine-Konflikt verbrannt

Wissen die Politiker, die glauben, den ehemaligen mittelasiatischen Sowjetrepubliken mit Ignoranz begegnen zu können, dass Kirgistan, Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan bislang noch ein Bollwerk bilden, das Europa vor dem aus Afghanistan und dem Iran herandrängenden Islamismus schützt? Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 realisierten die US-Amerikaner, wie wichtig diese Länder sind, und sei es nur als unverzichtbare Standorte für Militärbasen bei der Terrorbekämpfung.

Ist den Politikern, die, wie unsere Kanzlerin, auf die „territoriale Integrität" der Ukraine pochen, klar, dass dieser Staat so nie existiert hat? Die Ostukraine gehörte, wie die Krim, zu Russland. Kiew ist die Mutter aller russischen Städte seit der Gründung der Kiewer Rus. Als im September 2001 Wladimir Putin als erster russischer Präsident im Deutschen Bundestag sprach, lagen ihm Politik und Medien zu Füßen. Nicht nur, weil er die Rede auf Deutsch gehalten hatte, sondern auch, weil sie „ein einziges Werben für eine engere Zusammenarbeit Deutschlands und der Europäischen Union mit Russland" war. Damals war die Vision eines Europas von Lissabon bis Wladiwostok von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow noch lebendig. Heute ist sie zu Asche geworden, verbrannt im Ukraine-Konflikt, der die potenziellen Bündnispartner scheinbar unüberwindlich getrennt hat. Präsident Dmitrij Medwedjew hat 2008 mit seiner Rede in Berlin versucht, an Putin anzuknüpfen: „Durch die Beendigung des Kalten Krieges wurden Bedingungen geschaffen, die eine wirklich gleichberechtigte Zusammenarbeit von Russland, der Europäischen Union und Nordamerika als den drei Pfeilern der europäischen Zivilisation ermöglichen ... heute geht es um einen einheitlichen euroatlantischen Raum von Vancouver bis Wladiwostok." Die westlichen Staaten und aus anderen Gründen die baltischen Länder waren an so einem neuen Bund nicht interessiert.

Die Ängste des Baltikums sind verständlich, betrachtet man die Geschichte ihrer gewaltsamen Annexion und die anschließende Sowjetisierung, die eine Vernichtung der baltischen Eliten beinhaltete. Aber die Zeiten haben sich grundlegend geändert. Die Sowjetunion wird es nie wieder geben. Die Welt des 20. Jahrhunderts ist untergegangen. Die neue Welt kann nicht mit den alten Denkweisen, Mitteln und Methoden aufgebaut werden. Der Westen hat die fundamentale Bedrohung, der er ausgesetzt ist, noch nicht verstanden.

> Ist den Politikern, die, wie Merkel auf die »territoriale Integrität« der Ukraine pochen, klar, dass dieser Staat so nie existiert hat?

Die wirklichen Probleme werden nicht wahrgenommen. Das wird besonders deutlich an der Indifferenz gegenüber der ökologischen Katastrophe, die sich am Aralsee abspielt. Ausgelöst durch einen Befehl Stalins, den Amur-Darja und den Syr-Darja, die beiden Zuflüsse des Aralsees, umzuleiten, um Baumwolle in der Wüste anbauen zu können, begann einer der größten Binnenseen der Welt einzutrocknen. Heute ist der See um 75 Prozent geschrumpft und hat eine Salzwüste hinterlassen. Das Salz wird durch die Wüstenstürme über das anliegende Land verteilt. Felder müssen dreimal im Jahr „gewaschen" werden, um noch bebaut werden zu können. In und um Nukus, der Provinzhauptstadt von Karakalpakistan, liegt das Salz wie Schnee auf den Straßen. Es hat sich inzwischen in die Lebern der dort lebenden Menschen gefressen. Zwar war Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon entsetzt, als er die Region 2010 besuchte, und sprach „von einer der schockierendsten Katastrophen des Planeten", aber Konsequenzen hatte das keine. Der Westen verbrennt lieber milliardenfach Geld im Kampf gegen die lediglich in Computerberechnungen stattfindende „Klimakatastrophe", als bei wirklichen Katastrophen aktiv zu werden. Mit einem Bruchteil des Geldes könnte der Aralsee regeneriert werden. Dazu gehört freilich auch die Erkenntnis, dass der Mensch eben nicht der „Beherrscher der Natur" ist und Baumwolle in der Wüste nichts zu suchen hat. Das setzte die Überwindung der noch vitalen Reste stalinschen Denkens voraus, in Ost und West.

Thomas Kunze, ein Leipziger, und Thomas Vogel, ein Schweizer, geben sich im Nachwort ihres vergangenes Jahr im Berliner Ch. Links Verlag erschienenen Buches „Das Ende des Imperiums. Was aus den Staaten der Sowjetunion wurde" vorsichtig optimistisch: „Russland, das untrennbar mit der europäischen Kultur und Zivilisation verbunden ist, könnte in 20 Jahren zu einem europäischen Haus gehören, das größer ist als die Europäische Union und eigene Strukturen ausgebildet hat. Dieses Europäische Haus hat dann die sicherheitspolitische Kraft entwickelt, sich den größer werdenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen. Die sich abzeichnende Allianz des Westens mit Russland bei der Bekämpfung der Terrormiliz ‚Islamischer Staat' könnte zur ersten Nagelprobe für den Beginn dieses Prozesses werden." Bleibt nur zu hoffen, dass es keine 20 Jahre dauern wird, denn dann könnte es zu spät sein. *Vera Lengsfeld*

Bismarcks militärisches Pendant

Vor 125 Jahren starb der Chef des Generalstabs der preußischen Armee in den Einigungskriegen, Helmuth von Moltke

Helmuth Karl Bernhard von Moltke war in gewisser Hinsicht das militärische Pendant zu Otto von Bismarck. Während der Ministerpräsident dafür sorgte, dass sich bei den deutschen Einigungskriegen die Zahl der Gegner in Grenzen hielt, sorgte der Chef des Generalstabs dafür, dass Entscheidungsschlachten gegen diese gewonnen wurden.

Genauso wie Bismarck war Moltke zwar von Adel, aber das Kind einer geborenen Bürgerlichen. Und wie viele preußische Reformer war Moltke kein geborener Preuße. Während jedoch viele preußische Reformer sich in der napoleonischen Zeit als glühende deutsche Patrioten erwiesen, startete Moltke in jenen Jahren seine militärische Karriere im Ausland, und zwar ausgerechnet in jenem Land, gegen das er sich im ersten Einigungskrieg erstmals als Generalstabschef profilieren konnte.

Wie sein späterer Quasi-Nachfolger Hans von Seeckt (s. *PAZ* 15/16) war Moltke zwar ein Offizierssohn, entstammte aber nicht einer Offiziersfamilie. Sein bürgerlicher Großvater mütterlicherseits war Gutsbesitzer, aber sein adeliger Vater war nicht in der Lage, die vom Schwiegervater erworbenen Güter zu halten. Ähnlich einem Zivilversarger suchte Friedrich Philipp Victor von Moltke deshalb sein Heil in der Armee. Die Bedeutung der Streitkräfte Mecklenburgs, in dessen Stadt Parchim Hans von Moltke am 26. Oktober 1800 zur Welt kam, hielten sich in Grenzen, und sein Vater trat 1806 in die dänische Armee ein.

Der Vater zog Hans und Bruder Fritz nach und brachte sie ohne Rücksicht auf deren Neigungen 1811 in dänischen Kadettenanstalten unter. Ähnlich wie Seeckt war Moltke kein sturer Kommisskopf, sondern ein Mann von Bildung. Die Freundschaft von ihm und seinem Bruder zu Söhnen eines Generals, in dessen Haus er verkehrte, ermöglichte ihm in frühen Jahren trotz des stumpfen, entbehrungsreichens Dienstes in der Kadettenanstalt eine Erweiterung des Horizonts.



Im Innen- wie im Ausland hoch geehrt: Helmuth von Moltke — Bild: bpk

Der Verlust Norwegens im Kieler Vertrag von 1814 stufte Dänemark endgültig zur unbedeutenden Mittelmacht ab. In dessen Streitkräften sah Moltke bereits als junger Offizier keine hinlänglichen Karriereaussichten für sich. 1819 gerade Leutnant geworden, wechselte er 1822 in die Dienste der Großmacht Preußen.

Bereits bei der Offizierprüfung attestierten ihm die Preußen „eine nicht gewöhnliche Bildung und eine auffallende Reife des Verstandes“. Nach kurzer Bewährung in der Praxis in Frankfurt an der Oder wurde er bereits 1823 zur Allgemeinen Kriegsschule in die Hauptstadt kommandiert. Dort nutzte Moltke auch das breite zivile Bildungs- und Kulturangebot. Er besuchte Universitätsvorlesungen und Theateraufführungen ebenso wie Konzerte und Museen. Um seine schmalen Bezüge aufzubessern, verfasste er mit Erfolg Novellen für Zeitschriften. Auch beim Zeichnen von Karten sowie Landschaften und Stadtbildern zeigte er Talent. Nachdem er 1828 bereits zum Topographischen Büro des Großen Generalstabs kommandiert worden war, wurde er 1833 in den Großen Generalstab berufen. Dort hatte er einen der größten militärischen Köpfe seiner Zeit sowie Preußens und Deutschlands zum Mentor: Carl von Clausewitz.

Preußens Armee gab Moltke weitgehende Möglichkeiten, seinen Bildungshunger zu befriedigen. Ihm wurde ein Bildungsurlaub gewährt, der ihn nach Südosteuropa führte. Den Osmanen diente er als militärischer Berater. Die dortigen Erlebnisse setzte er literarisch um in den „Briefen über Zustände und Begebenheiten in der Türkei aus den Jahren 1835 bis 1839“.

Die Bildung, die Sensibilität, das Taktgefühl, die Diskretion, der geschliffene Stil und das bescheidene Auftreten des Mannes, als dessen Wahlspruch „Mehr sein als scheinen – viel leisten und wenig hervortreten“ gilt, prädestinierten den „großen Schweiger“ zum Adjutanten von Mitgliedern des Königshauses. 1845 wurde er Adjutant des Prinzen Heinrich von Preußen und nach dessen Tod schließlich 1855 von Prinz Friedrich Wilhelm, dem späteren Kronprinzen, König und Kaiser.

Nachdem Moltke bereits zwischen seinen beiden Adjutantentätigkeiten den Generalstab des Prinzen Carl geführt hatte, erhielt er den Posten, auf dem er berühmt wurde und Geschichte schrieb: 1857 wurde er im Range eines Generalmajors Chef des Generalstabs der Armee.

Seine erste große Aufgabe war ab 1862 die Planung eines Krieges gegen Dänemark. Dafür war er als vormaliger dänischer Offizier prädestiniert. Trotzdem trug der erste der drei Einigungskriege noch kaum die Handschrift des Chefs des Generalstabs. Noch hatte er sich nicht das fast grenzenlose Vertrauen seines Königs erarbeiten können, das ihre spätere Zusammenarbeit prägte.

Seine legendäre Bedeutung gewann der Generalstab erst im zweiten Einigungskrieg gegen Österreich. Dort zeigte sich ein Grund für Moltkes Erfolge: der Sinn und die Phantasie dafür, zivile Erfindungen und Errungenschaften der Technik und der Industrialisierung militärisch zu nutzen. Beispielhaft ist Moltkes Nutzung der Eisenbahn und des Telegrafen. Die Eisenbahn ermöglichte es ihm, Truppen schnell zu verschieben ohne aufreibende Gewaltmärsche. Und der Telegraf erleichterte konzertierte Aktionen geografisch getrennter Truppenteile unter einem Kommando. So war es möglich, Moltkes Forderung „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ umzusetzen. Das erleichterte die Logistik. Es mussten sich nicht mehr riesige Soldatenmassen auf verstopften Wegen dahinwälzen. Und die Rekrutierungen für die Deckung des täglichen Bedarfs brauchte auch nicht mehr aus einer einzigen Region zu erfolgen.

> »Mehr sein als scheinen – viel leisten und wenig hervortreten«

Mit dieser Strategie gewann Moltke seine erste kriegsentscheidende Schlacht, die von Königgrätz. Der Sieg war aufsehenerregend, aber er war nicht vollkommen. Moltke strebte nämlich die militärische Vernichtung, Neutralisierung, Ausschaltung des Gegners an. Eine Einkesselung des österreichischen Gegners, um ihn anschließend aufzureiben, gelang den Preußen nämlich nicht. Die Österreicher konnten sich zurückziehen. Der Kampf wurde nicht bis zum bitteren Ende ausgefochten. Bismarcks Konzessionsbereitschaft ermöglichte dem bei Königgrätz geschlagenen Kaiserstaat einen Verständigungsfrieden.

Der zweite Einigungskrieg war zwar insofern modern, als hier anders als beim ersten Massenheere mit denen ihnen eigenen logistischen Herausforderungen aufeinander stießen. Wie der Deutsch-Dänische war der Deutsche jedoch noch ein Kabinettskrieg mit beschränkten Zielen und Emotionen. Das war beim dritten und letzten Einigungskrieg, dem gegen Frankreich, anders. Deshalb ließen Moltkes Siege in diesem Kräfteringen den Ausnahmestrategen auch zum Nationalhelden werden. Zudem gelang es Moltke diesmal, dem Gegner in Kesselschlachten vernichtende Niederlagen beizubringen. Die berühmteste ist die von Sedan, derer im Kaiserreich jedes Jahr am Sedantag gedacht wurde. Vor diesem Hintergrund wurde abgesehen vom Souverän Moltke gleich nach, wenn nicht sogar neben Bismarck der Große, dem Deutschland seine Einheit dankte.

Es spricht für Moltkes Bescheidenheit, wie gering der militärische Chefplaner der für ihre Planung und Organisation so berühmten Preußen die Planbarkeit eines Feldzuges und eines Krieges einschätzte: „Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus.“ Aus dieser ernüchternden Analyse zog er die Konsequenz, in Preußen, dem so gerne Kadavergehorsam nachgesagt wird, bei der Führung statt auf konkrete detaillierte Handlungsanweisungen auf das Erteilen von Aufträgen mit weitgehender Gewährung von Handlungsfreiheit zu setzen. Diese sogenannte Auftragstaktik hat sich insbesondere bei Streitkräften, in denen auch untere Führungschargen sowohl gut ausgebildet als auch gut motiviert sind, sehr bewährt. Die beiden Weltkriege seien in diesem Zusammenhang erwähnt.

In letzteren stand Preußen und Deutschland Helmuth Karl Bernhard von Moltke nicht mehr zur Verfügung. Moltke, seit 1870 Graf und seit 1871 Generalfeldmarschall, starb hochgeehrt am 24. April 1891 in Berlin. Anders als Bismarck polarisierte er nicht, und auch ein Bruch mit seinem Souverän blieb ihm erspart.

Moltke war zwar verheiratet, mit der Bürgerlichen Marie Burt, die Ehe blieb aber kinderlos. Und so wurde sein Neffe Helmuth Johannes Ludwig von Moltke zum Hoffnungsträger. Mit ihm als Chef des Großen Generalstabes zogen Preußen und Reich in den Ersten Weltkrieg.

Manuel Ruoff

Was Dänen und Sorben mit Holländern verband

Angehörige unterschiedlichster europäischer Nationen wurden seit den napoleonischen Kriegen zu Preußen

Infolge der territorialen Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress wuchs Preußen, das unter anderem den Nordteil Sachsens, Jülich-Kleve-Berg, Westfalen sowie das Herzogtum Niederrhein erhielt, ein großes Stück weit nach Westen, das heißt nach Deutschland hinein, während es auf die Rückgabe der im Vertrag von Tilsit abgetretenen polnischen Gebiete weitgehend verzichtete. Trotzdem mutierte das Königreich damit nicht zu einem national homogenen Staat. In gewisser Hinsicht verstärkten die Gebietsveränderungen den traditionellen übernationalen Charakter sogar noch. So existierten 1815 in allen der nunmehr zehn preußischen Provinzen nationale Minderheiten, die in ihrer Gesamtheit immerhin um die 13 Prozent der Einwohnerschaft ausmachten.

Die Polen bildeten die mit Abstand größte nationale Minderheit, waren in einigen Gebieten sogar in der Mehrheit, wie beispielsweise in den westpreußischen Landkreisen Karthaus und Putzig sowie in den meisten Regionen der Provinz Posen. Ihre Zahl wuchs von zwei Millionen im Jahre 1815 auf über vier Millionen zu Beginn des Ersten Weltkriegs.

Eine weitere beachtenswerte nichtdeutsche Bevölkerungsgruppe bildeten die rund 160 000 Litauer. Sie waren vor allem in Ostpreußen ansässig. Insbesondere in den Landkreisen Heydekrug, Tilsit und Memel.

Durch den Gewinn von Nordsachsen auf dem Wiener Kongress gehörten außerdem rund 190 000 Sorben zu Preußen. Das waren etwa 80 Prozent dieses slawischen Volkes, dessen Siedlungsgebiete zumeist in den Regierungsbezirken Liegnitz und Frankfurt an der Oder lagen. Desgleichen gab es in Oberschlesien, und da insbesondere im Raum Oppeln und Breslau, zirka 110 000 Tschechen. Darüber hinaus wurden aufgrund der Einverleibung Schleswig-Holsteins nach den ersten beiden Einigungskriegen 1864/66 auch noch über 140 000 Dänen zu Untertanen der preußischen Krone.

Andere nationale Minderheiten existierten im Rheinland (110 000 Holländer) und Westfalen (38 000 Italiener) sowie in den Regierungsbezirken Aurich beziehungsweise Schleswig (50 000 Friesen) und im Kreis Malmédy (13 000 Wallonen). Ebenso siedelten sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts jeweils zwischen 12 000 und 14 000 Russen, Engländer, Franzosen und Ungarn in Preußen an – gefolgt von 4000 Amerikanern.

Ansonsten registrierten die preußischen Statistiker, die 1817 mit der kreisweisen Erfassung von Minderheiten begonnen hatten und dann zwischen 1861 und 1910 mehrere Volkszählungen im ganzen Königreich durchführten, noch einige hundert oder gar tausend Slowenen, Kroaten, Serben, Rumänen, Schweden, Norweger, Finnen, Spanier, Portugiesen, Griechen, Türken, Mexikaner und Brasilianer. Insofern kann man hier also von einem multinationalen Staat sprechen.

> Dank preußischer Gründlichkeit liegt aussagekräftiges Zahlenmaterial vor

Zunächst verhielt sich Preußen seinen Minderheiten gegenüber recht tolerant. So versprach Friedrich Wilhelm III. den Polen die uneingeschränkte Respektierung von Sprache und Brauchtum – gemäß der liberalen Tradition seiner Vorgänger, die zwar Loyalität gegenüber der Krone und dem preußischen Staat eingefordert hatten, aber keine Assimilation oder Eindeutschung. Damit stand Preußen im deutlichen Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten damals, die von ihren Minoritäten verlangten, sich der jeweiligen nationalen Einheitskultur zu unterwerfen beziehungsweise anzupassen. Besonders stark fiel dieser Druck dabei in Frankreich aus, wo 1790 das Französische zur einzigen Sprache der Republik, Freiheit und Vernunft erklärt worden war, während in Österreich die Minderheiten noch etwas größere Freiheiten genossen, weil sie eine Stütze von Kirche und Kaiserhaus darstellten.

Aber letztendlich erfasste die Idee des Nationalstaates, die während der Französischen Revolution aufkam und fast überall auf dem Kontinent zu einem Erstarken des Nationalismus führte, auch Preußen. Das resultierte zum einen aus dem Vorbild der übrigen Länder, nicht zuletzt Frankreichs, zum anderen aber auch aus der Weckung des Nationalgefühls anlässlich der Befreiungskriege gegen Napoleon – und natürlich bewirkte die Gründung des Deutschen Reiches unter Führung Preußens das Ihre.

Nach der Reichsgründung kam es zu einem deutlichen Umschwung in der preußischen Minderheitenpolitik. Der erste Markstein hierbei war das Geschäftssprachen-Gesetz von 1876, das Deutsch zur alleinigen Amtssprache erklärte. Dem folgten ab 1886 massive Aufkäufe polnischen Grundbesitzes mit Unterstützung des Staates, um den Boden zu germanisieren, wie es hieß. Ab 1908 verbot der sogenannte Sprachen- und Maulkorbparagraph den polnischen Sprachunterricht sowie den Gebrauch der polnischen Sprache bei öffentlichen Veranstaltungen.

Damit bildete Preußen jedoch keine unrühmliche Ausnahme sondern lag voll im allgemeinen Trend der Zeit. Außerdem bestätigte das Reichs- und Staatsangehörigengesetz von 1913 nochmals, dass sämtliche Angehörige nationaler Minderheiten preußische Staatsbürger und damit zugleich Reichsbürger mit allen politischen und wirtschaftlichen Rechten seien. Desgleichen garantierte der aus der Novemberrevolution hervorgegangene Freistaat Preußen im Artikel 73 seiner Verfassung vom 30. November 1920 den Minderheiten weiterhin bestimmte Gruppenrechte. Hieraus resultierte unter anderem die Wiederaufnahme des muttersprachlichen Schulunterrichts für Friesen, Dänen, Sorben und Polen – das heißt, Preußen knüpfte an die liberale Praxis der Jahre vor 1871 an. Diese Politik endete dann allerdings mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Nunmehr stand die allgemeine „Gleichschaltung“ auf dem Programm, die keinen Spielraum für die Gewährung von Privilegien für Minderheiten ließ.

Wolfgang Kaufmann

Schweizer Skepsis

Zu: So dumm sind wir nun nicht! (Nr. 12)

Den Inhalt des dankenswerten Artikels möchte ich mit Äußerungen von Bundespräsident Joachim Gauck ergänzen, die dieser aus Anlass seines Staatsbesuchs in der Schweiz vor einem Jahr äußerte:

Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative und ebenso das Nein zum grenzenlosen Personenverkehr in der Schweiz bedauerte der ehemalige Bürgerrechtler zutiefst: „Der Volksentscheid hat für Irritationen gesorgt.“ Zugleich äußerte Gauck auch seine Skepsis gegen das Instrument der direkten Demokratie: „Die direkte Demokratie kann Gefahren bergen, wenn die Bürger über hochkomplexe Themen abstimmen“, meinte Gauck.

Allerdings galt diese Botschaft weniger der Schweiz, als vielmehr Deutschland. Möglicherweise fürchtete die Regierung in Berlin, dass bei heiklen Abstimmungen wie zur Zuwanderung das Volk ebenfalls anders entscheiden würde, als es die Politiker und die wirtschaftliche Elite empfehlen. Gauck betonte jedenfalls, er sei ein überzeugter Unterstützer der repräsentativen Demokratie, mit der der deutsche Bundespräsident „sehr gut“ fahre.

Der Schweizer Außenminister Didier Burkhalter verteidigte als damaliger Bundespräsident die direkte Demokratie: Die Schweiz ohne direkte Demokratie wäre wie ein Körper ohne Blut. Es sei zu akzeptieren, wenn die Bevölkerung gegen die Empfehlungen der Behörden stimme. Er mahnte zur Bescheidenheit: Die Entscheide der Behörden seien nicht automatisch richtig. In Richtung zu Gauck und der EU fügte er hinzu: „Die EU kanndurchaus etwas mehr Schweiz vertragen.“

Zugleich kritisierte er die Reaktion der EU auf das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar 2014: „Wir verstehen nicht ganz, weshalb die EU wegen des Volksentscheids die Forschungsabkommen mit der Schweiz gestoppt hat ... Wir brauchen mehr Verständnis und Pragmatismus seitens der EU.“

Helmut Panzer, Locarno/Schweiz

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de



Einer gegen alle: Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump könnte im Falle eines Wahlsieges zum Schrecken des Establishments werden Bild: action press

Trump gegen den Rest der geheimen Welt

Zu: Staatslenker mit Augenmaß? (Nr. 9)

„Bullerkopp“ Trump ist auf dem internationalen politischen und diplomatischen Parkett als Vertreter der Weltmacht USA schwer vorstellbar; dann schon eher als ein neuer eiserner Besen, der im eigenen Land die Korruption und Vetternwirtschaft der sogenannten „Elite“ ausmistet. Das gefällt dem Bürger, der ihm jetzt dafür seine Stimme gibt, und das missfällt dem Establishment, das den eigenen Platz an den Fleischtöpfen schwinden sieht.

Trump will etwas Ungeheuerliches: Er will die Staatsverschuldung abbauen, anstatt sie, wie seine Vorgänger, von Jahr zu Jahr in Riesenschritten zu erhöhen. Das bedeutet, dass dann die Steuereinnahmen des Staates nicht mehr an Gläubigerbanken fließen, sondern vom Staat sinnvoll zum Vorteil der Bürger eingesetzt werden. Das muss das Establishment mit allen Mitteln verhindern. Man kann doch die Bürger nicht aus der Zinsknechtschaft entlassen, in die man sie seit 100 Jahren mit viel Geschick und bösen Tricks hineinmanövriert hat.

Und im Kampf der geschlossenen Front der (bürgerfernen) „Elite“ (bestehend aus Banken, Industrie, Presse, Regierungsspitze, ausgewählten Vereinen und Klubs) kommt auch ein Argument auf den Tisch, das uns umerzogenen Deutschen den Atem verschlägt. Trump sei als Präsident ungeeignet, weil er keiner Geheimorganisation angehöre.

Diesen Satz muss man mindestens dreimal lesen: Es kommt also nicht auf den durch die Stimmabgabe geäußerten Willen des Volkes an, wer Präsident wird, sondern darauf, dass „man“ ihn als Mitglied einer Organisation in der Hand hat, worauf dies alles letzten Endes hinausläuft.

Wer die Tragweite dieser Ungeheuerlichkeit versteht, wird erkennen, dass alles, was uns die Umerzieher im Rahmen der von den Besatzern verordneten „Reeducation“ über die Demokratie mit dem gesamten dazu gehörigen Gedöhns beigebracht haben, nichts anderes ist, als eine niederträchtige Lüge. Nach außen hin soll es wie eine Demokratie glänzen, der Wille des Volkes möge geschehen, und in Wahrheit darf das Volk nur eine Person zum Präsidenten wählen, die unter dem Einfluss einer absolut undemokratischen Gruppe steht. Und der Präsident darf dann auch nur das tun, was ihm diese Geheimgesellschaft vorschreibt. Der Präsident spielt die Rolle des Hans Wurst im Kasperle-Theater der (verlogenen) westlichen Wertegemeinschaft.

Sehen Sie einmal im Internet nach, was dort über diese Geheimgesellschaften steht, die letzten Endes das Sagen haben. Die vielgepriesene „Demokratie“ ist nichts anderes als ein Schleier, hinter dem sich ein Ausbeutungssystem verbirgt.

Von 1945 bis heute, 2016, also 71 Jahre, wurden wir von der US-Regierung belogen. Alle Schulbücher müssen umgeschrieben und offensichtlich ganze Bibliotheken als Makulatur eingestampft werden, wenn diese Dauerlüge von den Historikern aufgearbeitet wird. Aber wahrscheinlich wird diese entlarvende Tatsache als Nebenerscheinung des vorbereiteten Wahlkampfes heruntergespielt, damit nur keiner hierzulande, als US-gläubiger Politiker, Journalist, Historiker und so weiter (wie in den USA) seinen begehrten Platz an der Wärme spendenden Sonne verliert, also seine Arbeitsstelle nicht einbüßt. So betrachtet, verkauft die „Elite“, oder die, die sich dafür hält, auch in Deutschland die Wahrheit und die Freiheit der Bürger gegen einen Judaslohn.

Dies alles ist zwar einigen zehntausend politisch Interessierten längst bekannt und wir können nur hoffen, dass das ganze Volk endlich die Wahrheit erfährt.

Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen

Ab in den Urwald

Zu: King Kong im indischen Urwald (Nr. 14)

Ob die neue Fassung des Dschungelbuch-Films aus den Disney-Studios tatsächlich unsehenswert ist, ist für Nichtjournalisten erst ab dem 14. April und daher zum Zeitpunkt des Erscheinens seiner kritischen Betrachtung noch nicht feststellbar.

Geirrt hat sich der Autor dennoch in zweierlei Hinsicht: Erstens ist dieser Film ganz sicher nicht nach jahrzehntelangem „Ausquetschen“ des wirtschaftlichen Erfolges der unbestritten hervorragenden Zeichentrickausgabe von 1967 eine Neuauflage für die heutige Kinder-/Jugendgeneration. Der Film ist nämlich vielmehr dazu gedacht, die inzwischen 50plus und Doppelplus-Liebhaber der Zeichentrickausgabe erneut – sicherlich als Vorwand mit ihren Kindern oder Enkeln – in die Kinos zu locken und gegen reichlich Eintrittskartengeld, durchaus tricktechnisch und dramaturgisch angepasst, in Erinnerungen schwelgen zu lassen. Daher auch die Wiederkehr der alten Ohrwürmer in dem jetzigen Realmix-Spektakel. Mogli & Co ist nicht für die Harry-Potter-Generation und auch nicht mit Bushido-Songs gedacht. Übrigens: Genau aus diesem Grunde und für diese Zielgruppe arbeiten derzeit zwei weitere Studios an Neuverfilmungen, deren Veröffentlichung sich aber noch hinzieht.

Zweiter Irrtum: Das legendäre „Probier's mal mit Gemütlichkeit“-Lied des liebenswerten „Papa Bärs“ Balu wurde in der deutschen Synchronisation von Edgar Ott gesungen. Nicht von Klaus Havenstein. Der war für Affenkönig King Louis' „Ich wär' so gern wie Du“ die deutsche Stimme.

Und keine Sorge: Die Klassiker-Zeichentrick-Version ist in den Erinnerungen der entsprechenden Generation für immer unauslöschlich. Diese Menschen haben nämlich, als deren Kinder Benjamin Blümchen-Kassetten hörten, bei der Elefanten-Stimme (auch Edgar Ott) auch immer nur „Balu“ in Gedanken durch den Dschungel schaukeln gesehen.

Vor dem Hintergrund lohnt sich die andersartige Neuauflage bestimmt doch anzusehen. Wobei das ja lediglich eine Frage des Geschmacks wäre, und der ist in der Tat jedem in unterschiedlicher Ausprägung gegönnt.

Andreas Winkelmann, Kasbach-Ohlenberg

Epischer Wandel

Zu: In eine dunkle Zukunft (Nr. 14)

Selbst in einem Land mit einer etablierten islamischen Bevölkerung wie Großbritannien stagniert die muslimische Arbeitslosigkeit um 50 Prozent bei Männern und 75 Prozent bei Frauen. Das Anwachsen von Deutschlands muslimischer Bevölkerung – angetrieben von einer Einwanderungswelle, die in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist – bedeutet einen demografischen Wandel epischen Ausmaßes, von dem Kritiker der Einwanderungspolitik der offenen Tür sagen, dass er Deutschlands Gesicht für immer verändern werde.

In Deutschland finden in diesem Jahr mehrere Wahlen statt, mal sehen wie die Ergebnisse sind. Die Politik ignoriert das fundamentalistische Wiedererwachen, das seit mehr als einem Jahrzehnt im Gang ist. Das Wegsehen bei der Polygamie in Großbritannien wie auch in Frankreich, Belgien und Deutschland stellt sicher, dass einige muslimische Männer mehr als 20 Kinder von mehreren Frauen haben, und das fast immer zulasten staatlicher Ausgaben.

Rainer Redeker, Offenbach/Main

Kein Respekt

Zu: Handschlag verweigert (Nr. 15)

Ein Schüler einer Schweizer Sekundarschule weigert sich, der Lehrerin – bei der Begrüßung oder nach Schulschluss – die Hand zu reichen. Eine Bagatelle? Ein unartiges Kind? Der muslimische Vater jedoch will bei der Schulleitung mit einem Dispens durchsetzen, dass sein Sohn und auch der Klassenkamerad von der hier üblichen Begrüßungsform befreit werden. Wo bleibt hierbei die Achtung gegenüber der weiblichen Lehrperson, der Frau im Allgemeinen, wenn bereits ein Schüler hier im Westen sich weigern darf, einer Frau die Hand zu geben. Sieht so Integration aus?

Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 22. April 2016

MELDUNGEN

Von Schiemanen nach München

Allenstein – Der erst vor Kurzem eingeweihte Regionalflughafen „Olsztyn-Mazury" hat offiziell die neue Fluglinie nach München und das Flug-Unternehmen Adria Airways vorgestellt, das Verbindungen mit 23 Ländern, hauptsächlich in Europa, bedient. Es gehört der Star-Alliance, dem größten Flugreise-Verbund der Welt, an. Die Verbindung von Schiemanen nach München ist dem „code-share" der Lufthansa zu finden. Das bedeutet, dass man mit einem Tikket jeden Flughafen auf der Welt mit Umsteigen in München erreichen kann. Flugzeuge fliegen ab Schiemanen dreimal pro Woche nach Krakau, mittwochs, freitags und sonntags, und nach Berlin, am Dienstag, Donnerstag und Sonntag. Den Flughafen in Schiemanen können auch Privat-Flieger nutzen. *PAZ*

Enten füttern erlaubt

Lötzen – An Lötzener Kanal ist ein Entenfutter-Automat aufgestellt worden. „Die Ente lebt nicht vom Brot allein, füttere sie nicht damit, sondern mit etwas Besserem" – so lautet die Aufschrift, die man auf einem Behälter am Kanal lesen kann. Der Automat enthält spezielle Körner, deren Zusammensetzung Wissenschaftler bestimmt haben. Man könne die Körner für einen Zloty (umgerechnet zirka 23 Euro-Cent) kaufen und mit ihnen die Vögel kontrolliert füttern, damit sie keinen Schaden erleiden, erläuterte die Vertreterin des Lötzener Rathauses, Malgorzata Kulas-Szyrmer. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle, Nikoleiken [Mikołajki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Roggenhausen [Rogóz] – Markeim [Markajmy], baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Brückeumbau. Straße Nr. 63: Lötzen [Gizycko] Groß Konopken [Konopki Wielkie], Baustelle; Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Treuburg [Olecko], Brückenbau. *E.G.*

Deutsche Vereine suchen neue Wege

Teilnehmer der LO-Arbeitstagung in Sensburg diskutierten über Vergangenes und Zukünftiges

Vom 9. bis 10. April veranstaltete die Landsmannschaft Ostpreußen in Sensburg die diesjährige Arbeitstagung der Vorsitzenden der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen. Sie war dem Thema „Identität der Deutschen Minderheit" gewidmet.

An der Konferenz nahmen 45 Personen teil, darunter Vertreter der 19 deutschen Gesellschaften sowie der Landsmannschaft Ostpreußen und des Dachverbandes.

Magdalena Lemanczyk aus dem Kaschubischen Institut in Danzig hielt ein Referat zum Thema „Zur nationalen Identität der Deutschen Minderheit in Nordpolen". Sie erläuterte die Definitionen, was nationale Identität eigentlich sei, und leitete folgende Thesen aus ihrem Untersuchungsergebnis ab:

„Die Aufbruchsstimmung und die Dynamik, die Anfang der 90er Jahre bei der Gründung der Deutschen Vereine herrschten, sind weitgehend verloren gegangen.

Die Organisationsstrukturen der Deutschen Vereine erwecken den Eindruck, als könnten sie den zivilisatorischen Anforderungen und bewussten Veränderungen nicht standhalten.

Aufgrund einer verhältnismäßig schwachen Sprachkompetenz ist die Entwicklung der deutschen Kultur in der Sprache der Minderheit hinsichtlich Umfang, Form und Inhalt beschränkt.

Die Konzeption des Bauens einer ‚Kulturbrücke' zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk kann der Konfrontation mit dem reichhaltigen Kultur- und Bildungsangebot von außen sowie der Öffnung der Grenzen nicht standhalten.

Es fehlt den deutschen Vereinen an gebildeten Personen mit der nötigen Ausstrahlung, die fähig sind, die Tätigkeit der Verbände in eine neue Richtung zu leiten.

Das weitere Funktionieren der deutschen Vereine hängt ab von der Erarbeitung einer neuen Formel, die Personen auch außerhalb der Vereine, insbesondere aber die Jugend, anspricht und auf deren Basis Personen rekrutiert werden, die eine entsprechende Bildung sowie die nötigen Sprach- und Organisationskompetenzen besitzen."



Während der Konferenz in Sensburg: Gottfried Hufenbach und Magdalena Lemanszyk Bild: E.G.

Diese Thesen wurden während der Podiumsdiskussion von den Vertretern der Deutschen Minderheit erörtert. An der Runde nahm der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft in Sensburg, Karol Czerwinski, die Vorsitzende der deutschen Gesellschaft in Neidenburg, Sabine Wylengowski, das Mitglied des Sensburger Vereins Monika Hafen, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida, der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Gesellschaft in Allenstein, Alexander Bauknecht, und der Seelsorger der deutschen Volksgruppe in der Archidiözese Ermland, André Schmeier, teil. Gottfried Hufenbach, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, moderierte die Diskussion.

Insgesamt zu wenig Deutschunterricht

Am Abend wurde der Film „Wolfskinder" von Rick Ostermann gezeigt. Die Handlung beginnt in Ostpreußen im Frühjahr 1947, als die Mutter von Hans und dessen kleinem Bruder Karl stirbt. Im Sterben fordert sie Hans auf, sich um seinen kleineren Bruder zu kümmern. Die Kinder versuchen, sich zu einer befreundeten Bauernfamilie nach Litauen durchzuschlagen.

Es beginnt eine Odyssee, auf der sie andere Flüchtlingskinder treffen und wieder verlieren. Karl wird gleich zu Beginn bei der Durchquerung der Memel abgetrieben und verschwindet. Luises letzte Puppe muss gegen Nahrung eingetauscht werden. Christel wird in einem Lager litauischer Partisanen beinahe vergewaltigt, doch den Kindern gelingt in letzter Sekunde die Flucht. Ein krankes Kind, das die anderen Kinder bei ihrer Flucht behindert, wird bei einem Bauern für drei Äpfel eingetauscht. Alexej stirbt, weil Hans – um nicht von russischen Soldaten entdeckt zu werden – ihm im Schilf Mund und Nase zuhält. Am Ende findet Hans Karl wieder, doch die Begegnung endet nicht wie gewünscht.

Am zweiten Tag berichtete Leszek Chaburski von „Genese, Struktur und Aktivität deutscher Landsmannschaften".

Zum Schluss der Veranstaltung wurde die Situation der Kreisgemeinschaften und der deutschen Vereine von Gottfried Hufenbach dargestellt. Es wurde noch über den Deutschunterricht in den deutschen Vereinen diskutiert. Zurzeit erteilen nur sechs von den 22 deutschen Gesellschaften im südlichen Ostpreußen Deutschunterricht.

Zu weiteren Themen gehörte die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen sowie die Vorhaben und Veranstaltungen des Verbindungsbüros in Allenstein, unter anderem das am 18. Juni in Allenstein stattfindende Ostpreußische Sommerfest und die vom 24. bis 26. Juni organisierte 4. Sommerolympiade der deutschen Jugend in Sensburg. Das Schlusswort hielt der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat.

Edyta Gladkowska

Wasserturm erhält ein Museum

Königsberger Gebäude wird 140 Jahre alt – »Kaliningrader Wasserwerke« feiern 70. Jubiläum

In diesem Jahr wird der Wasserturm in der Jensenstraße [Sowjetskij Prospekt] 140 Jahre alt. Das Gebäude ist nicht nur ein Architekturdenkmal und eine Sehenswürdigkeit, sondern auch ein wichtiges Objekt der Stadtwerke, das bis zur heutigen Zeit trotz seines vorangeschrittenen Alters der Wasserversorgung der Bürger dient.

Fliesen nach deutschen Originalen

Der zentrale Königsberger Wasserturm wurde im Jahr 1876 gebaut. Unterirdische Wasserreservoirs hatte es schon ein paar Jahre vorher gegeben. 1904 wurde das Gebäude umgebaut, angesichts der wachsenden Stadt musste es vergrößert werden. Beim Sturm auf Königsberg wurde der Wasserturm erheblich beschädigt. Auf den Metalltanks sind noch heute die Spuren der Geschosse zu sehen. Trotzdem erfüllt der Wasserturm auch heute zuverlässig seine Dienste.

Das zweite runde Datum in diesem Jahr betrifft die „Kaliningrader Wasserwerke", die ihr 70. Jubiläum feiern. Aus diesem Anlass soll im Wasserturm in der Jensenstraße, der auch offizielles Symbol des Unternehmens ist, ein Museum der Geschichte der Wasserversorgung eröffnet werden. Das Monopolunternehmen „Wodokanal Königsberg", das später in ein kommunales Unternehmen mit dem schlichten Namen „Wodokanal" (Wasserkanal) umbenannt wurde, ist im Mai 1946 gegründet worden. Zum Jubiläumsjahr werden Restaurierungsarbeiten am Gebäude durchgeführt.

Als Sehenswürdigkeit beliebt: Wasserturm in der Jensenstraße Bild: J.T.

Besucher können sich mit der Geschichte der Wasserversorgung in Königsberg vertraut machen. Die Ausstellung des Museums ist in drei Teile aufgeteilt: Geschichte des Wassersystems, die Wiederherstellung der Wasserversorgung nach dem Krieg und aktuelle Entwicklungen. Kunden des Unternehmens „Wodokanal" sind fast alle Bürger der Stadt, Industrieunternehmen und sämtliche soziale Einrichtungen. Neben der historischen Sehenswürdigkeit gibt es jetzt auch ein neues Bürogebäude.

Zurzeit sind die Bauarbeiten noch im Gange. Für das Museum wurden spezielle Bodenfliesen verwendet. Sie werden immer noch in der deutschen Anlage produziert, die während des Krieges aus Königsberg evakuiert wurde. Das Mosaik ist eine exakte Kopie eines Bodenbelags, der in vielen deutschen Vorkriegs-Gebäuden verwendet wurde.

Das Museum beherbergt etwa 1000 Exponate, darunter historische Dokumente, alte Pläne, Zeichnungen und Fotografien. Die Ausstellung umfasst die Entwicklung der Wasserversorgung vom Mittelalter bis zur Neuzeit.

Jurij Tschernyschew



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon erstaunlich, wie manche Vorgänge aus der Geschichte Ostpreußens in unserer Kolumne einen aktuellen Bezug bekommen. Da haben wir schon manche Überraschung erlebt – auch jetzt scheint sich eine anzubahnen, und es ist faszinierend, neue Spuren zu längst Vergangenem zu entdecken, die man nie vermutet hätte. Es geht um die von uns vermittelten alten Gesangbücher, die uns in letzter Zeit sehr beschäftigen, um Nr. 4 und 5, also um das deutsche und das litauische Gesangbuch, beide im Besitz von Herrn **Manfred Hofer** aus Leichlingen, der sie uns überlassen hat, damit sie in gute Hände kommen. Die sind auch gefunden, denn beide Bücher werden in der alten Patronatskirche von Coadjuthen einen Ehrenplatz erhalten, wie mir Herr **Günter Uschtrin** versichert. Der Chronist des Kirchspiels bemüht sich mit anderen ehemaligen Coadjuthern um die Erhaltung und kulturelle Belebung des Gotteshauses und trägt damit zu einer ständig fester werdenden Brücke zwischen den alten und neuen Bewohnern des memelländischen Ortes bei. Aber nun scheint sich ein weiterer Brückenschlag zu ergeben, nämlich zwischen Vergangenheit und Gegenwart, und er führt sogar zu einer berühmten Figur der deutschen Theatergeschichte, dem Hauptmann von Köpenick. Denn das teilte uns jetzt Günter Uschtrin in einem Schreiben mit, dem man die freudige Erregung über die Entdeckung anmerkt, die er aufgrund der in unserer Kolumne übermittelten Informationen machen konnte:

„Die Ostpreußische Familie in Folge 14 hat es mal wieder in sich. Es scheint so, als ob in das Schicksal der beiden alten Gesangbücher von Manfred Hofer immer mehr Licht eindringt. Sie berichten davon, dass beide Gesangbücher aus dem Flucht-Nachlass der Großmutter von Herrn Hofer stammen. Diese Großmutter hieß **Auguste Ussat**, *1857. Sie hat im November 1944 aus dem Dorf Weidenfließ, 21 Kilometer südlich von Tilsit, die Flucht nach Westen angetreten. Die Mutter von **Wilhelm Voigt** – dem späteren Hauptmann von Köpenick – hieß **Helene** Ussat und wurde 1822 in Coadjuthen geboren. Im Februar 1849 heiratete sie den Schuhmachergesellen **Friedrich Wilhelm Voigt** aus Kallkappen, einem Vorort von Tilsit. Vier Monate später wurde in Tilsit ihr erster Sohn, Wilhelm Voigt geboren, der das Handwerk seines Vaters ergriff ...“ und der sich dann selber vom Schuster Voigt zum Hauptmann von Köpenick erhob und mit seiner „Köpenickiade“ ganz Preußen erheiterte. Sogar Majestät sollen laut gelacht haben. Reichlich Stoff für **Carl Zuckmayer**, der daraus ein Theaterstück machte, das mehrmals mit hervorragenden Schauspielern wie **Heinz Rühmann, Rudolf Platte** und **Harald Juhnke** verfilmt wurde. Günter Uschtrin widmet dieser tragischkomischen Figur, die in Bronze gegossen vor dem Rathaus von Köpenick steht, ein kleines Kapitel, in dem auch erwähnt wird, dass Mutter Helene diese Posse nicht mehr erlebte, sie verstarb bereits im Alter von 56 Jahren an Gehirnschlag.



So war das damals in Paleiten: Gisela und Lola blättern in einem alten Fotoalbum (v.l.) Bild: privat

Ob und wie diese Frau mit den von Auguste Ussat geretteten Gesangbüchern in Verbindung gebracht werden kann, ist aus den vorliegenden Angaben nicht ersichtlich, könnte aber vermutet werden. Wenn tatsächlich die Spur zu Helene Ussat zurückführen sollte, würde das litauische Gesangbuch in Coadjuthen den ihm angestammten Platz finden. Günter Uschtrin will da weiter am Ball bleiben. Er wird in der nächsten Woche zusammen mit seinem Freund **Bernd Dauskardt** – da haben sich zwei nachgeborene Ostpreußen gefunden – die Gesangbücher selber abholen. Soviel ist sich aber der Empfänger sicher: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen unter Bischof Dr. **Mindaugas Sabutis** wird seine Bemühungen um eine würdevolle Aufbewahrung fördern und unterstützen. Auch für den jetzigen Coadjuther Pfarrer dürfte das litauische Gesangbuch interessant sein, da unter den verzeichneten Liedern manche sein werden, die heute in Litauen nicht mehr bekannt sind.

Er ist nun einmal der Mann für besondere Fälle, unser Mitstreiter gegen das Vergessen, Bernd Dauskardt, und einen hat er besonders in Erinnerung, obgleich der schon einige Jahre zurück liegt. Auch dieser spielt im Memelland unweit des Russstromes. Dauskardt stieß beim Erforschen dieses Gebietes auf die südlich von Heydekrug gelegene ehemalige Försterei Paleiten. Er konnte zwei Kinder des letzten dort wirkenden Försters **Hermann Gebennus** ausfindig machen, **Lola** und **Dietrich**, beide bereits hoch betagt. Sie lebten in Kalbe/Altmark und Kanada. Der Schriftverkehr mit den beiden brachte interessante Dinge zu Tage: Zwischen 1942 und 1944 waren immer wieder Kinder aus den von Bombenangriffen bedrohten Gebieten nach Paleiten gebracht worden, um dort – noch – in Sicherheit leben zu können. An ein Mädchen konnte sich Lola gut erinnern, es sei aus dem Rheinland gekommen und habe **Gisela** Zimmerberg geheißen – oder so ähnlich. „Da läuteten bei mir die Glocken“, schreibt Bernd Dauskardt, „und ich beschloss, der Sache nachzugehen.“ Aber wie und wo sollte man beginnen, wenn weder der ehemalige Wohnort des Mädchens noch sein richtiger Name bekannt war? Dauskardt rief die „Rheinische Post“ an und fand dort sofort Gehör. Eine Redakteurin nahm sich der Sache an und brachte in der Ausgabe Hilden/Haan einen großen Suchartikel mit einem Foto, das die kleine Gisela in Paleiten zeigt. Das Wunder geschah: Giselas Tochter **Cordula** las den Artikel und rief sofort ihre Eltern an: Mama wird gesucht! Es handelte sich bei ihrer Mutter tatsächlich um Gisela, ihr Mädchenname lautete allerdings **Silberberg**, nach ihrer Heirat hieß sie **Titze**. Und nun überrollten sie die Erinnerungen an jene Kriegsjahre: Als sie im Frühjahr 1943 in Hilden in den Zug nach Ostpreußen gesetzt wurde, voll banger Erwartung auf das Leben im fernen Memelland. Und wie sie dann in der Försterei Paleiten ein wohlbehütetes Zuhause fand, in dem die 19 Jahre ältere Förstertochter Lola zu ihrer „zweiten Mutter“ wurde. Heimwehgedanken kamen gar nicht erst auf, dazu war das Leben in der Försterei zu aufregend, sogar ein zahmes Reh gehörte zu ihren Spielkameraden. Besonders eindrucksvoll war die Begegnung mit einem Elch. „Der schoss aus dem Wald auf mich zu, ich habe geschrien und bin gerannt, so schnell ich konnte“, erzählte Gisela, als es dann zu einem für beide Seiten beglückenden Wiedersehen nach über 60 Jahren mit ihrer „Pflegemutter“ kam. In Kalbe an der Saale, wo Lola Gebennus nach langer Tätigkeit bei der Post ihren Altersruhepunkt gefunden hatte. Im Oktober 1944 hatte sie ihre Heimat am Russstrom verlassen müssen und war nach langer Irrfahrt in Sachsen-Anhalt gelandet. Ihr „Pflegekind“ Gisela war schon rechtzeitig in seine rheinische Heimat zurückgebracht worden und hat dort das Kriegsende überlebt. Das Wiederfinden brachte aber noch weitere Überraschungen mit: In Hilden lebten zwei ehemalige Mitschülerinnen von Lola Gebennus, sodass die Vergangenheit noch transparenter wurde.

Ja, das ist, wie gesagt, einige Jahre her, aber Bernd Dauskardt meint, solche Geschichten sollten nicht in die Vergessenheit geraten und andere Leserinnen und Leser ermutigen, sie zu dokumentieren. Sie können das Bemühen vieler Mithelfer verstärken, trotz oft aussichtslos erscheinender Lage weiter zu forschen, auch wenn sie nicht direkt in die Angelegenheit involviert sind. Das erhoffen wir uns auch für den folgenden Fall, der insofern ähnlich gelagert ist, als nur wenige Angaben Ostpreußen betreffen, die sich auch nicht auf die heutigen Gegebenheiten beziehen. Trotzdem hat sich Herr **Eckehard Tschacher** an uns gewandt, denn als langjähriger Leser ist er auch bestens mit unserer Kolumne vertraut. Und so hofft er, einige Hinweise aus unserem Familienkreis zu erhalten, die ihm helfen, eine ehemalige Studienkameradin zu finden, von der er seit über einem halben Jahrhundert nichts mehr gehört hat, die ihm aber aufgrund ihrer Unterstützung während der Studienzeit unvergessen blieb.

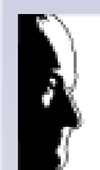
Sie waren gemeinsam von September 1958 bis Juli 1961 auf der Ingenieurschule für Bekleidungsindustrie in Berlin-Ost, der junge Ekkehard Tschacher und die wohl etwas ältere **Gisela Kollossa**, denn sie half ihm während der ersten Semester über viele Schwierigkeiten im Studium hinweg. Gisela war mit ihren Eltern aus Ostpreußen geflohen und in Zschopau im Erzgebirge gelandet. Ihr Vater soll in Königsberg Schneider gewesen sein, das könnte ihren Berufswunsch, in die Bekleidungsindustrie zu gehen, beeinflusst haben. Es gibt keine Daten oder andere Angaben über ihre Kindheit, sie müsste etwa 1937/38 geboren sein, dann wäre sie noch in Königsberg zur Schule gegangen. Auch die Angaben über ihren weiteren Lebensweg sind ungenau. Gisela soll nach Beendigung des Studiums eine Stelle als Ingenieurin der Bekleidungsindustrie im Großraum Berlin bekommen und einen Physiker geheiratet haben. Ihr von Herrn Tschacher angegebener Ehename – **Wagner** – ist mit einem Fragezeichen versehen. Ja, wo setzt man nun bei diesen wenigen und dazu vagen Angaben bei der Suche an? Zuerst in Königsberg: Wer hat eine Familie Kollossa gekannt, der Vater müsste Schneider gewesen sein, ob er selbständig war oder in einem Bekleidungsunternehmen gearbeitet hat, ist nicht bekannt. Wer kannte in Zschopau die Familie Kolossa und stand mit ihr in Verbindung? Wer war mit Gisela Kollossa auf der an der Warschauer Brücke gelegenen Ingenieurschule für die Bekleidungsindustrie zusammen und kann Hinweise über ihren späteren Lebensweg geben? Hoffen wir mit Herrn Tschacher, dass sich irgendwelche brauchbaren Hinweise ergeben, auch als kleinen Steinchen lässt sich ein Mosaik zusammensetzen. (Eckehard Tschacher, Wintersheide 10 in 33689 Bielefeld, Telefon 05205/21220.)

Unsere Ostpreußische Familie ist immer für einen Anfang gut – das hatte die letzte Folge bewiesen. Aber sie ist es auch für einen Abgang, und so will ich heute Frau **Regina Gronau** aus Bad Schwartau dafür danken, dass sie mir mit ihren liebevollen Geburtstagsgrüßen und dem wunderschönen Blumenstrauß auch diesen Hölderlinspruch schickte, der den Älteren aus unserem Familienkreis, die mir ihre Sorgen mitteilen, einen kleinen Trost spenden möge:

Wie mit den Lebenszeiten so ist es auch mit den Tagen
Keiner ist ganz schön, und jeder hat – wo nicht seine Plagen –
doch seine Unvollkommenheit.
Aber rechne sie zusammen:
es kommt eine Summe Freuden und Leben heraus.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Verschlimmbesserung am Oppelner Hauptbahnhof

Die Deutsche Minderheit in der Republik Polen hat mit einer neuen Gedenktafel einen Pyrrhussieg errungen

Am Hauptbahnhof in Oppeln ist eine Gedenktafel von 1993 ausgetauscht worden, auf welcher der Eisenbahnanschluss der Stadt vor 150 Jahren thematisiert wurde. Die 1843 eröffnete Strecke aus der oberschlesischen Hauptstadt ins niederschlesische Brieg wurde darin als erste Eisenbahn in Polen bezeichnet. Gegen diese „Geschichtsklitterung“ intervenierte der Regionalvorsitzende der Deutschen Minderheit, Rafal Bartek, nun erfolgreich. 2012 hatte er – damals noch als Direktor des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit – entsprechende Bemühungen aufgenommen. „Ich habe von so vielen Menschen gehört, dass sie sich über die Tafel morgens auf dem Weg zur Arbeit und abends noch einmal auf dem Heimweg geärgert haben, doch scheinbar hatte nie jemand wirklich sein Wort gegen diese Geschichtsverfälschung erhoben“, sagt Bartek, dessen damaliger Arbeitsplatz sich in Sichtweite des Eingangsportals des Hauptbahnhofes befand.

Die Bemühungen zogen sich bis diesen März hin. Zunächst suchte Bartek die Unterstützung der Leiterin des Oppelner Museums, Urszula Zajaczkowska, die ihn ermunterte den Denkmalschutz einzuschalten. Doch dieser verwies an den Eigentümer, die Polnische Staatsbahnen AG“ (PKP). Auch dort wollte man jedoch den Schwarzen Peter einer Entscheidung weitergeben. Die Bahn erklärte, dass die Stadt 1993 Urheber gewesen sei und entscheiden solle. Diese wollte sich den Schuh, Urheber zu sein, jedoch nicht anziehen. Nachdem der Bahnhof 2014 jedoch im Rahmen einer umfassenden Sanierung historisch getreu renoviert worden war, fand Bartek letztlich in der PKP-Immobilienverwaltung Unterstützung. Diese ließ sich von einer von Krzysztof Ruchniewicz vom Willy-Brandt-Zentrum der Breslauer Universität erstellten Expertise zur Anfertigung einer neuen Tafel überzeugen.

Auf der neuen Tafel wird die Trasse nun jedoch als die erste Strecke „auf schlesischem Gebiet“ bezeichnet, was sowohl der Aufmerksamkeit der Deutschen Minderheit als auch dem Geschichtsprofessor Ruchniewicz kein gutes Zeugnis attestiert. Denn der westlichere Abschnitt der Strecke von Breslau bis Ohlau wurde schon am 1. April 1842 eröffnet und das Jubiläum an sich ist somit historisch einfach falsch. In der polnischen Sprache unterscheidet man heute zwischen „Schlesien“, womit nur Oberschlesien gemeint ist, und Niederschlesien. In Übernahme polnischer Terminologie ist die Deutsche Minderheit nun selbst in die Falle der Geschichtsklitterung getreten.

> Es handelt sich weder um die erste Strecke Polens, wie erst behauptet, noch um die erste »auf schlesischem Gebiet«, wie es jetzt heißt

Dies ist umso bedauerlicher, als bei der Renovierung des Oppelner Hauptbahnhofes 2014 die geschichtliche Wahrheit weitgehend gewonnen hatte. Zwar konnten auf den Bahnsteigen nicht alle Gullydeckel mit dem deutschen Schriftzug „Oppeln“ gerettet werden, doch in der Schalterhalle sieht sich der Reisende über den Fahrkartenschaltern nun mit den neun wiederhergestellten deutschen Länderwappen konfrontiert. Der Pressesprecher der PKP-Direktion Breslau Bartlomiej Sarna hatte 2014 erklärt, dass zu den Wappen stratigrafische Untersuchungen durchgeführt wurden, um die Farbgebungen des bemalten Holzes zu ergründen. Am Ende zeichnete sich ab, dass die Wappenschilde die deutschen Länder repräsentierten, die beim Bau des Bahnhofes über eigene Länderbahnverwaltungen verfügten.

Die Wappen in der Schalterhalle zeigen die Farben von Mecklenburg, Sachsen, Baden, Bayern, Württemberg und dem Großherzogtum Oldenburg. Ein rot-weiß schräg geteilter Schild steht vermutlich für die Preußisch-Hessische Eisenbahngemeinschaft, die Preußen mit dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt (Rot-Weiß-Rot) von Mainz aus (Rot-Weiß) betrieb. Schwarz-Grün-Gelb dürfte das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach repräsentieren, das beim Oppelner Bahnhofsbau zwar keine echte Länderbahn hatte, in der Rhön dennoch eine kleine Nebenbahnstrecke betrieb. Ganz in der Mitte findet sich natürlich in Schwarz und Weiß ein Schild für das „heimische“ Preußen. Lediglich die „Kaiserliche Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen“ ist nicht vertreten, doch diese war die einzige Bahnverwaltung, die sich damals in Verwaltung des Reiches und keines Bundesstaates befand. Allerdings fehlt zu diesen Wappen eine erklärende Tafel.

Edmund Pander



Zum 100. Geburtstag

Geruschkat, Grete, geb. **Widdrat**, aus Tilsit und Mohrungen, am 28. April

Zum 97. Geburtstag

Ragoszat, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. April

Zum 96. Geburtstag

Czwikla, Liesbeth, geb. **Drubba**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 22. April
Kowalzik, Erwin, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. April
Pellny, Elfriede, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. April
Schneider, Ingeborg, geb. **Soergel**, aus Lyck, am 27. April

Zum 95. Geburtstag

Rohde, Carla, geb. **Schween**, aus Wehlau, am 26. April

Zum 94. Geburtstag

Fahres, Christel, geb. **Langanke**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April
Martzian, Edith, geb. **Urban**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. April
Schmidtke, Ernst, aus Treuburg, am 27. April
Zachau, Marianne, geb. **Verbrüggen**, aus Wehlau, am 27. April

Zum 93. Geburtstag

Biallowons, Erika, geb. **Tanski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 26. April
Fröhlich, Edith, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April
Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, von Mackensen-Str. 2, am 25. April
Kelch, Gerda, geb. **Wollgramm**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 25. April
Montro, Hildegard, geb. **Slembeck**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April
Onusseit, Ruth, aus Ebenrode, am 26. April
Schnoor, Edeltraut, geb. **Massat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 25. April
Siese, Margarete, geb. **Nowotzin**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Weiß, Anna, geb. **Kuczewski**, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Wenk, Renate, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 28. April

Zum 92. Geburtstag

Babst, Erna, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. April
Bald, Irmgard, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 25. April
Bodo, Barbara, geb. **Skopnik**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 14, am 28. April
Buchholz, Werner, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. April
Eybe, Egon, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 27. April
Gorray, Johanna, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Gruhn, Auguste, aus Lyck, am 28. April
Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April
Nicklaus, Ursula, geb. **Smolinski**, aus Ebenrode, am 25. April
Peter, Anneliese, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 22. April
Pick, Ludwig, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 24. April
Rohde, Waltraud, geb. **Stabaginski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 28. April
Sondermann, Else, geb. **Lusga**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April
Weber, Hildegard, aus Talken, Kreis Lyck, am 24. April

Zum 91. Geburtstag

Benner, Eva-Maria, geb. **Desens**, aus Damerau Försterei, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Bork, Waltraud, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 27. April
Diestel, Inge, geb. **Wittke**, aus Wehlau, am 28. April
Eggers, Erna, geb. **Domnick**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 28. April
Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April
Herrmann, Albert, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. April
Koslowski, Ernst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. April
Lendzian, Willi, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Pogoda, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 28. April
Salamon, Hildegard, aus Lyck, am 24. April
Schnobel, Irmgard, geb. **Dennig**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. April

Zum 90. Geburtstag

Brey, Hedwig, geb. **Czichowski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 26. April
Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. April
Burba, Egon, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April
Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. April
Heiland, Erika, geb. **Fraude**, aus Plompen, Kreis Wehlau, am 28. April
Herrmann, Ruth, geb. **Metzdorf**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 26. April
Hühn, Jutta, geb. **Kroehnert**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 22. April
Kamienke, Ursula, geb. **Surek**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. April
Kammholz, Ursula, geb. **Preuß**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 24. April
Kuske, Gertrud, geb. **Kliewer**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 22. April
Müller, Waltraud, geb. **Goetzie**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 27. April
Neumann, Gertrud, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. April
Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. April
Pottkämper, Elfriede, geb. **Bodemann**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Rapski, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 22. April
Richter, Maria, geb. **Hill**, aus Rostken, am 26. April
Riedel, Emma, geb. **Gusek**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Woller, Erika, geb. **Presszenk**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 25. April

Zum 85. Geburtstag

Bartsch, Willi, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 25. April
Böhnke, Inge, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Böttcher, Werner, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 28. April
Brandt, Margarete, geb. **Floetenmeyer**, aus Ebenrode, am 26. April
Buyny, Ruth, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 22. April
Fechner, Elisabeth, geb. **Ramien**, aus Ortelsburg, am 24. April
Gaude, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Grabhorn, Edelgard, geb. **Boehm**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. April
Heiser, Margot, geb. **Hermenau**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. April
Ilsinitz, Lieselotte, geb. **Kappus**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Kluck, Gerda, geb. **Wellsand**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 25. April
Kostina, Elli, geb. **Ehlert**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. April
Kurzrock, Rosel, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 25. April
Labodda, Helmut, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Lewitzki, Horst, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. April
Mader, Gerda, geb. **Bilda**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 24. April
Maida, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. April
Müller, Klaus Herbert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. April
Müller, Max, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. April
Neumann, Hans, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 25. April
Nierenz, Regina, geb. **Lange**, aus Lütkenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 24. April
Noruschat, Hans-Georg, aus Wehlau, am 22. April
Riederer-Herdtfelder, Gisela, geb. **Herdtfelder**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 28. April
Riesewick, Elly, geb. **Rehberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. April
Rudat, Joachim, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 22. April
Schiffers, Irmgard, geb. **Lawischus**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 25. April
Tanski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Vulp, Gisela, geb. **Ludorf**, aus Königsberg, am 23. April
Ziemba, Horst, aus Lyck, Abbau Funk, am 27. April

Zum 80. Geburtstag

Bokel, Wally, geb. **Boy**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 23. April
Greszik, Selma, geb. **Gonscherowski**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 24. April
Hempel, Wilfried, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 25. April
Heydemann, Renate, geb. **Trzaska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Kairies, Hans, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 23. April
Kleipödszus, Willi, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 27. April
Konietzko, Renate, aus Treuburg, am 23. April
Konstanti, Brigitte, aus Brödau, Kreis Johannisburg, am 24. April
Krenkel, Lydia, geb. **Meyhöfer**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 23. April
Kunze, Ilse, geb. **Niesalla**, Vorfahren aus Senwalde, am 26. April
Marschewski, Ingrid, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 27. April
Marski, Heinz, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 23. April
Nasner, Klaus, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. April
Neumann, Gertrud, geb. **Karrasch**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Praetorius, Werner, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 24. April
Quatowitz, Hans, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. April
Rolshoven, Inge, geb. **Dawert**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 23. April
Roth, Sigrid, geb. **Stanko**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 24. April
Sabatin, Elsbeth, geb. **Haß**, aus Wehlau, am 28. April
Sadowski-Dworak, Anorte, aus Lyck, am 28. April
Schade, Lieselotte, geb. **Weller**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 23. April
Schauwecker, Christel, aus Großlenkau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April
Schlaeger, Gisela, geb. **Tolksdorf**, aus Ebenrode, am 23. April
Schülke, Doris, geb. **Donner**, aus Ebenrode, am 28. April
Söckneck, Manfred, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 26. April
Thiel, Kurt, aus Wehlau, am 28. April
Töppler, Waltraud, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 26. April
Worff, Manfred, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Zuch, Gertrud, geb. **Rhode**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. April

Zum 75. Geburtstag

Behrendt, Christel, geb. **Simmat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 23. April
Blank, Günther, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 24. April
Dzubiella, Hartmut, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. April
Hempel, Herta, geb. **Gollub**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 26. April
Ingwersen, Christa, geb. **Hein**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 24. April
Klenner, Annemarie, aus Groß Warnau, Kreis Lötzen, am 23. April
Kowalewski, Helmut, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. April
Krause, Manfred, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 22. April
Meyer, Brigitte, geb. **Hoffmann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 25. April
Richter, Helga, geb. **Hilpert**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 22. April
Schnabel, Manfred, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 28. April
Schröder, Renate, geb. **Strauß**, aus Loyde, Kreis Bartenstein, am 26. April
Springer, Renate, geb. **Gorray**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Thorun, Rita, geb. **Tiltack**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. April
Wagner, Elli, geb. **Zimmermann**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 24. April
Werlich, Irmgard, geb. **Czelustek**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Zilas, Karin, geb. **Kraska**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 25. April



Prothmann, Franz, aus Pettelkau, Kreis Braunsberg, und Ehefrau Elly, geb. **Müller**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 28. April

Termine der LO

2016
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. bis 16. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

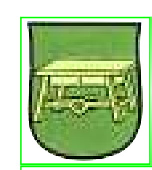
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 23. April, 15.45 Uhr, ZDFinfo: Die geheimen Bunker der DDR und der Schweiz.
Sonnabend, 23. April, 18.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Die Rebellion im Hauptpostamt.
Sonnabend, 23. April, 20.15 Uhr, Vox: Polizei am Limit. Dokumentation, D 2016.
Sonnabend, 23. April, 20.15 Uhr, Arte: Wilhelm der Eroberer. Dokumentation, D 2013.
Sonnabend, 23. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Der Kanzlerspion – Das Doppelleben des Günter Guillaume.
Sonnabend, 23. April, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Ausgerechnet Bananen.
Sonnabend, 23. April, 21.50 Uhr, SWR/SR: Grzimek. TV-Porträt, D 2015.
Sonnabend, 23. April, 22.05 Uhr, n-tv: Die Wolfsschanze – Hitlers geheimes Hauptquartier.
Sonntag, 24. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 100 Jahren: In Dublin beginnt der Osteraufstand gegen Großbritannien.
Sonntag, 24. April, 14 Uhr, 3sat: Die Trapp-Familie. Familiensaga, D 1956.
Sonntag, 24. April, 23.55 Uhr, Arte: Romeo und Julia. TV-Liebestragödie, F 2014.
Montag, 25. April, 16.20 Uhr, Arte: Die Ermitage – Ein Palast für die Kunst. Dokumentation, GB 2014.
Montag, 25. April, 20.15 Uhr, ZDF: Brief an mein Leben. TV-Psychodrama, D 2016.
Montag, 25. April, 20.15 Uhr, Arte: Ein Sommernachtstraum. Komödie, U/GB/USA 1999.
Montag, 25. April, 0.50 Uhr, HR: Challenger – Ein Man kämpft für die Wahrheit. TV-Drama über Richard Feynman, USA 2013.
Dienstag, 26. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 30 Jahren: Im Kernkraftwerk Tschernobyl kommt es zum Super-Gau.
Dienstag, 26. April, 22.10 Uhr, WDR: Thirteen Days. Politthriller über die Kubakrise aus der Sicht von Kenneth O'Donnell, USA 2000.
Mittwoch, 27. April, 20.15 Uhr, Arte: Viel Lärm um Nichts. Kostümkomödie, GB/USA 1993.
Mittwoch, 27. April, 0.05 Uhr, n-tv: Der Silberpfeil – Geburt einer Legende. Dokumentation, D 2014.
Mittwoch, 27. April, 1.20 Uhr, Arte: Richard III. Aufführung der Berliner Schaubühne 2015.
Donnerstag, 28. April, 15 Uhr, ZDFinfo: Auf der Spur des Prussia-Schatzes.
Donnerstag, 28. April, 23.15 Uhr, Arte: Othello. Tragödie, USA/F/I/MA 1952/91.
Freitag, 29. April, 20.15 Uhr, 3sat: Windiges Geld. Dokumentation über die Windkraftbranche, D 2015.
Freitag, 29. April, 20.15 Uhr, WDR: Der Computerkönig aus Paderborn – Heinz Nixdorf. Dokumentation, D 2015.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Eydtkuhnen

1. bis 8. Mai, Bad Staffelstein: 47. Eydtkuhner Treffen im Hotel Augustin, Schwabthal 3, 96231 Bad Staffelstein. Informationen bei Wolfgang und Gisela Raeder, Brunebeckerstraße 54, 58484 Witten, Telefon (2302) 800931.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de.

Neukuhren

Sonnabend, 23. April, Timmendorfer Strand: 24. Ortstreffen Neukuhren im Hotel Gorch Fock, Strandallee 152, 23669 Timmendorfer Strand. Telefon (04503) 899111.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

Montag, 25., bis Freitag, 29. April, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Gästehaus Maria Friedensthal, Im Friedensthal 46.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Köln: Mittwoch, 27. April, Restaurant Em Kappeseng, Aachener Straße 1332: Gemeinsames Treffen. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de

Heimatgruppe Hamburg: Mittwoch, 4. Mai, 12 Uhr, Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Monatstreffen mit buntem Programm. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistreffen in Düsseldorf

1. Mai, Düsseldorf: Johannisburger Kreistreffen im Gasthof „Im goldenen Ring", Burgplatz 21 (Altstadt, direkt am Rhein). Beginn: 12 Uhr (Einlass ab 11.15 Uhr). Anmeldung und Information bei: Paul Sobotta, An der Wardtpumpe 22, 46562 Voerde, Telefon (0281) 45657.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Den Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft") ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen
Buchtstr. 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Günther Vogel †

Am 12. April verstarb Günther Vogel im Alter von 70 Jahren. Günther Vogel war im Jahre 2003 Mitbegründer des Arbeitskreises „Mittlere Generation" der Kreisgemeinschaft Lyck. In den Jahren 2004 bis 2012 leitete er den Arbeitskreis. Mitglied des Kreisausschusses war er in den Jahren 2004 bis 2013. Darüber hinaus war er in den Jahren 2010 bis 2013 für den Buchversand innerhalb der Kreisgemeinschaft zuständig. Am 31. August erhielt er das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen.

Die Kreisgemeinschaft Lyck wird Günther Vogel und insbesondere seinen freundliches und ausgleichendes Wesen in guter Erinnerung behalten.

Regionaltreffen Nord

24. April, Lübeck: Regionaltreffen-Nord im Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1, 23568 Lübeck. Beginn: 11 Uhr. Kontakt: Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Terminänderung Sommerfest

Das Sommerfest der Deutschen Bevölkerungsgruppe „Herder" findet am 28. Mai in Simnau mit Gottesdienst um 11 Uhr in der Kirche statt und nicht wie bereits angekündigt am 17. Juni statt.



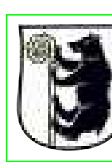
ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Landbezirke und Kirchspiele

Sonntag, 24 April, Kulturzentrum Herne: Treffen der Landbezirke 01 (Altkirchen, Klein Jeruttten), 02 (Deutschheide, Wilhelmsthal), 03 (Erben, Rheinswein, Wildenau), 04 (Farienen, Friedrichshof), 05 (Fürstenwalde, Lindenort/Liebenberg).

7. Mai, Herne: Kirchspieltreffen Willenberg sowie der Landbezirke 06 (Großalbrechtsort, Groß Dankheim), 07 (Großheidenau, Kannwiesen), 08 (Kobulten, Steinhöhe), 11 (Malschöwen, Mensguth, Rummau) im Kulturzentrum Herne.



RÖSSEL

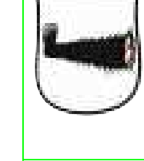
Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Tag der offenen Tür

28. April, Neuss: Ab 15 Uhr Tag der offenen Tür in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

Wallfahrt

5. Mai: Christi-Himmelfahrt-Wallfahrt der Ermländer nach Werl. 9.30 Uhr: Rosenkranz / 10 Uhr: Hochamt / 15 Uhr: Ermländische Vesper.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Warpuhnen

Sonnabend, 23. April, Bad Sassendorf: Treffen des Kirchspiels Warpuhnen im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer", Wilhelmstraße 1, 69505 Bad Sassendorf ab 9.30 Uhr. Vom ursprünglichen Zweijahresturnus des Treffens wird abgesehen und der Termin dem jährlichen Treffen des Kirchspiels Sorquitten angepasst. Aus organisatorischen Gründen wird um rechtzeitige schriftliche oder telefonische Ankündigung der Teilnahme gebeten. Anmeldungen: Alfred Thiel, Halstenbeker Straße 91, 22457 Hamburg, Telefon (040) 5503181 oder Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 603634.

Sorquitten

Sonnabend, 23. April, Bad Sassendorf: 21. Treffen des Kirchspiels Sorquitten ab 9.30 Uhr im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer", Wilhelmstraße 1. Damit während der Feierstunde keine Unruhe aufkommt, wird dringend um pünktliches Erscheinen gebeten. Die Meldung der Teilnahme ist unbedingt erforderlich. Weitere Informationen: Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 60363. Herzlich eingeladen sind alle Landsleute aus dem Sorquitter Kirchspiel und deren Angehörige. Auch neue Gäste sind willkommen.

Oberschule Sensburg

Dienstag, 26. April, Willingen: 64. Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg im Hotel „Waldecker Hof", Korbacher Straße 24, 34508 Willingen, Telefon (05632) 79880. Weitere Informationen: Renate Pasternak, In den Birken 50, 42113 Wuppertal, Telefon (0202) 722846.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Regionaltreffen

23. April, Gera: Regionaltreffen zusammen mit Tilsit-Ragnit und der Elchniederung im Penta-Hotel. Beginn ist um 10 Uhr (Einlass ab 9 Uhr), Ende gegen 17 Uhr. Die Teilnehmer erwartet ein vielfältiges Programm.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 19. Juni: Kleines Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg bei Solingen. Der BJO nimmt mit einem Infostand teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/

Sonnabend, 8. Oktober: 21. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg. Informationen: www.facebook.com/events/875847179173086/

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Frauengruppe – Die Landesfrauentagung findet nicht, wie angekündigt, am Sonnabend, 23. April, statt, sondern am Sonnabend, 28. Mai. Von 10 bis 17 Uhr treffen sich die Teilnehmer im Hotel Wartburg. Um 14 Uhr beginnt der kulturelle Teil der Tagung, zu dem die Mitglieder der Kreisgruppe der Ostpreußen und der Westpreußen sowie Gäste herzlich eingeladen sind. Am Sonnabend, 23. April, wird im Haus der Heimat der Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen (BdV) stattfinden. BdV-Präsident Bernd Fabritius wird zu den Festrednern gehören.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Buchen – Sonntag, 24. April, 15 Uhr, Gasthaus Reichsadler: „Meine Kindheit in Masuren“ – Helene Staffeldt aus Osterburken erzählt aus ihren Kindertagen in einem Dorf in Masuren.



„Wir verlieren einen echten Ostpreußen“ – Trauer um Günter F. Rudat. Bild: privat

Göppingen – Die Landsmannschaft der Ost & Westpreußen, Kreisgruppe Göppingen, trauert um Ihren langjährigen Vorsitzenden Günter F. Rudat.

Er verstarb am vergangenen Wochenende im Alter von 92 Jahren. Günter F. Rudat wurde am 23. September 1923 im ostpreußischen Memel geboren. Nach Schule und Lehrjahren (Chemielaborant) kam er mit 18 Jahren zur Wehrmacht. Dann, in Folge einer Kriegsverletzung, führte Ihn sein Weg 1945 nach Göppingen. Durch die Heirat mit einer „Einheimischen“ und seiner beruflichen Laufbahn in der Göppinger „Gelantinefabrik“, unter anderem auch als Betriebsratsvorsitzender, wurde er nun hier sesshaft. Als 1949 in Göppingen die Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen gegründet wurde, war er von Anfang an dabei.

1981 übernahm er den Vorsitz, und konnte so auch 1999 das 50-jährige Jubiläum mit der Gruppe feiern. Von 1954 bis 1970 hatte Günter F. Rudat auch am Sozialgericht in Ulm ein Mandat als Sozialrichter. Privat war er Mitglied in der Göppinger Fotogilde, wo er sich sehr ausdauernd seinem Hobby, der Fotografie, widmete.

Günter F. Rudats Lebenswerke sind vielfach gewürdigt worden: 1986 erhielt er die Ehrennadel des Landes Baden Württembergs. 1989 wurde ihm von der Landsmannschaft der Ost & Westpreußen das silberne, und 2005 das goldene Ehrenabzeichen verliehen. 1992 erhielt er vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV) die Ernst-Moritz-Arndt Medaille für seine hervorragenden Verdienste um die Erhaltung der Brauchtumspflege. Als Höhepunkt der Würdigungen bekam Günter F. Rudat im Jahre 2002 für sein ehrenamtliches Lebenswerk in beruflicher, gewerkschaftlicher, sowie sozialer und uneigennütziger Arbeit die Bundesverdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Seit 2004 war er auch Mitglied im Ältestenrat des Landesverbandes der Ost & Westpreußen von Baden-Württemberg.

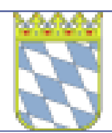
Er selber bezeichnete sich als ostpreußisches Urgestein, und hat sich stets sich mit viel Liebe zur alten Heimat, zur Pflege der Mundart und des ostpreußischen Brauchtums bekannt. Auch sagte er einmal: „Mein Leben hatte einen Anfang, das Alpha, das habe ich nun hinter mir gelassen, und das Ende, das Omega, das ist mir jetzt schon viel näher, daher habe ich als ein guter Mann mein Haus auch vortrefflich bestellt!“

Mit Günter F. Rudat verlieren wir einen echten Ostpreußen, der uns mit seiner Liebe und Überzeugung zur verlorenen Heimat immer ein Vorbild war und bleiben wird. Wir trauern um Ihn, unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Der Vorstand der Landsmannschaft der Ost & Westpreußen, Kreisgruppe Göppingen, i. V. M. Korn, V. Pallas und I. Meister,

Stuttgart – Sonnabend, 30. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen. Die Mitglieder der ostpreußischen Kreisgruppe sind herzlich eingeladen.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 7. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 29. April, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen mit Lachs aus der Ostsee. Anschließend Vortrag zum Thema „Knigge – was wir schon immer wussten“ von Barbara Danowski, Trainerin für Business-Etikette.

Hof – Sonnabend, 7. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Gemeinsames Treffen

– Bericht –

Die Kreisgruppe Hof hatte zu ihrer Zusammenkunft im April eingeladen und viele Mitglieder und Gäste waren an diesem schönen Frühlingstag erschienen. Der Erste Vorsitzende Christian Joachim betonte in seinen Begrüßungsworten, dass er darüber sehr erfreut sei und versprach einen vollgepackten, inhaltsreichen Nachmittag.

Besonders herzliche Geburtstagsglückwünsche galten unserem treuen Mitglied Waltraut Hahn, die ihren 90. Geburtstag feiern konnte. Unvergesslich für uns alle ist ihre jahrelange Flüchtlingshilfe für Ostpreußen. Seien es die unzähligen Paketsendungen oder der Erlös aus Verkaufsaktionen. Noch heute besteht herzlicher Kontakt.

Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied stellte Kulturreferent Bernd Hüttner den Prominenten des Nachmittags vor. Sie ist die älteste noch aktive Journalistin der Welt, Ruth Geede, die am 13. Februar 2016 ihren einhundertsten Geburtstag begehen konnte. Geboren in Königsberg, hat sie ihr Leben bis zum heutigen Tag in den Dienst der 800 Jahre alten Heimat gestellt und wurde dafür 1985 mit dem Bundesverdienstkreuz, 1991 mit dem Ostpreußischen Kulturpreis für Publizistik und im Jahr 2001 mit der Verleihung des Preußenschildes geehrt. Prägend für die damals junge Ruth Geede waren vor allem auch die Begegnungen mit der bekannten ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel, die für sie Mentorin und Freundin wurde. In ihrer eigenen Rubrik „Die ostpreußische Familie sucht sie noch heute Antworten auf schwere Schicksale der Vertriebenen und ihren Nachkommen. Auch wir verneigen uns in Dankbarkeit und Anerkennung vor dieser Lebensleistung. „100 Jahre gelebtes Ostpreußen“ Großer Applaus für diesen besonderen Vortrag. Auch an den ostpreußischen Dichter Siegfried Lenz wurde gedacht, aus seinen Buch „So zärtlich war Suleyken“ verlas Christian Joachim eine heitere Ostergeschichte.

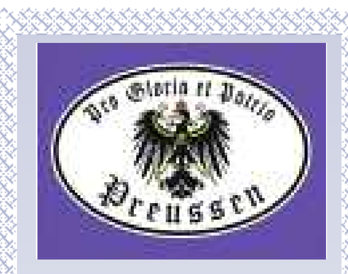
Auch ein Film über eine Reise nach Ostpreußen zu sehen. Während der Schulferien in Bayern war über die Osterfeiertage die BDV-Volkstanzgruppe Hof-Rehau mit ihrer Leiterin Jutta Starosta und dem Vorsitzenden Christian Joachim in Ostpreußen unterwegs. Das Ziel war Heilsberg. Dort trafen sich die Reisenden mit der Heimatgruppe aus Bartenstein. Der Film zeigte der dortigen und unserer Jugendgruppe beim Tanzen und bei der Freizeitgestaltung. Besonders herzlich war die Begegnung mit der ostpreußischen Minderheit dort. Besichtigungt wurden unter anderem in Heilsberg das Schloss und die Orangerie, in Gnesen die Kathedrale, in Rastenburg die alte Schäferei und das Museum. Als wären wir alle dabei gewesen, so wirkte der Film auf uns. Er erhielt viel Applaus!

Mit gemeinsam gesungenen Liedern und heimatlichem Plausch ging dieser Nachmittag voll ausgefüllt zu Ende.

Renate Pfaff, Schriftführerin

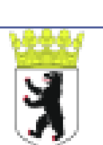
Landshut – Dienstag, 3. Mai, Ausflug mit privaten PKW.

Nürnberg – Dienstag, 26. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (gegenüber Endstation der U1): Heimat Ostpreußen mit anschließender Jahreshauptversammlung. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.



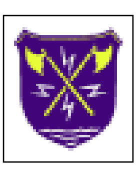
Preußische Gesellschaft

Mittwoch, 4. Mai., 19 Uhr, Hilton-Hotel, Gendarmenmarkt: Nariman Reinke, deutsche Soldatin mit marokkanischen Wurzeln, Vorsitzende des Vereins „Deutscher Soldat e.V.“ spricht bei der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg über Integration, die Flüchtlingskrise und die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



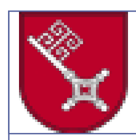
Bartenstein – Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Königsberg – 29. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



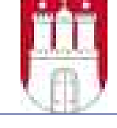
Frauengruppe – Mittwoch, 11. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Muttertag. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

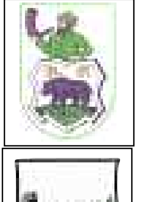
Bremerhaven – Freitag, 29. April, 14.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8: Kulturnachmittag. Die Vorsitzende betont aus diesem Anlass, dass die Vereinsarbeit trotz eines reduzierten Vorstandes weitergehen wird.



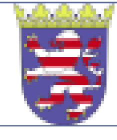
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISKGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Fried-rich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Wetzlar – Montag, 9. Mai, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Der ehemalige hessische Kultus- und Justizminister Christean Wagner spricht beim Treffen der Kreisgruppe Wetzlar. Er wird er zum Thema „Begegnungen mit meiner Geburtsstadt Königsberg“ einen Vortrag halten. Wagner, bis 2014 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag in Wiesbaden, wurde 1931 in Ostpreußen geboren. Noch heute ist er mit Königsberg verbunden. Von seinen Reisen in die alte Heimat wird Wagner mit Lichtbildern berichten. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Tel. 06441 770559.

– Bericht –

Das kulturelle Erbe Ost- und Westpreußens wollen die Mitglieder der Landsmannschaft, Kreisgruppe Wetzlar, erhalten und an künftige Generationen weitergeben. Der Vorsitzende Kuno Kutz konnte beim monatlichen Treffen in den Grillstuben an der Stoppelberger Hohl dazu wieder zahlreiche Interessenten begrüßen. Die Kulturbeauftragte der Landsmannschaften, Karla Weyland, führte in eine fast vergessene Zeit von 1918 bis 1923 ein. Nur wenigen Menschen dürfte er vergönnt sein, heute noch als Zeitzeugen zu leben. Anhand von zahlreichen Aufnahmen jedoch konnte die Referentin an die Zeit erinnern, als in Deutschland Notgeld in großen Mengen herausgegeben wurde. Weil im Krieg Edelmetall wie Gold und Silber von den öffentlichen Kassen eingezogen und an die Reichsbank abgegeben werden musste, kam es zu einer spürbaren Münzverknappung, so die Referentin. Stattdessen wurden Darlehnskassenscheine eingeführt.

„In Ostpreußen kam hinzu, dass der zivile Verkehr wegen des Krieges völlig ruhte und somit kaum Geldtransporte möglich waren“, schilderte Frau Weyland die Situation in der ehemaligen Heimat. In die von den russischen Armeen besetzten Landesteile kam überhaupt kein Geldnachschub mehr. Aus diesen Gründen griffen die Kommunen mit stillschweigender Duldung der Finanzbehörden zu der schon alten Erfindung des Notgeldes. Die erste Ausgabe im Deutschen Reich wurde vom Kreis Preußisch Holland im Regierungsbezirk Königsberg in Auftrag gegeben. Ausgabestellen waren im Wesentlichen die Stadt- und Landgemeinden. Die Bekanntmachung, dass Notgeld ausgegeben worden ist, erfolgte in kleineren Orten oftmals noch durch den mit der Schelle auf den Straßen klingelnden Ortsdiener. In Städten kamen schon eher gedruckte Bekanntmachungen in Zeitungen oder Wandanschlägen zum Einsatz.

Vielerorts sei die Ausgabe der Scheine in Verhandlung mit den Kaufleuten und Gewerbetreibenden erfolgt, um die Inzahlungnahme gewährleisten zu können. Auch Firmen gingen dazu über Notgeld herzustellen. Manche „Banknote“ wurde handgezeichnet oder mit dem Kopierer vervielfältigt. 1918/1919 sei es zu einer Periode des Großgeldmangels gekommen. Es fehlte nicht nur an Münzgeld sondern auch Scheine zwischen zehn und 100 Mark waren nicht mehr zu bekommen. Die Inflation, eine um sich greifende Geldentwertung, führte zu einer wahren Papierflut. Die Notgeld-Scheine trugen astronomische Zahlen bis in den Billion-Mark-Bereich.

Das Notgeld fand ein Ende mit der Einführung der Rentenmark, von 1923 bis 1948 eine grundschuldgestützte Übergangswährung. Weyland zeigte mehr als 60 Notgeld-Scheine aus der Zeit



Wetzlar, Montag, 9. Mai: Der ehemalige Staatsminister Christean Wagner spricht zum Thema „Begegnungen mit meiner Geburtsstadt Königsberg“ Bild: Rühl



»Das schöne Preußen«

Duisburg – Sonnabend, 14. Mai, ab 10:30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens (Prussia) lädt zu einer Vortragsveranstaltung sowie zur jährlichen Mitgliederversammlung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind stets willkommen. Ab 10.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bücherstand aufzusuchen. Um 11 Uhr Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung. Anschließend wird Professor Ingo Sommer aus Berlin, zum Thema „Friedrich Wilhelm IV., er wollte das schöne Preussen“ referieren. Eingegangen wird dabei auch auf das Wirken und den Einfluss von Karl Friedrich Schinkel und Friedrich August Stüler in Ost- und Westpreußen.

Zwischen 13 bis 14 Uhr ist ein Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss vorgesehen. Danach wird die Veranstaltung mit Beiträgen von Mitgliedern fortgesetzt. Joachim Ruhnau informiert über aktuelle Entwicklungen und persönliche Erfahrungen in Königsberg. Reinhard Grunenberg spricht über die Aktivitäten der Prußen-Stiftung Tolkemita. Im Anschluss an die Vorträge besteht die Möglichkeit zur Aussprache. Um15 Uhr beginnt die jährliche Mitgliederversammlung.Hier die vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung, Totenehrung
2. Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung
3. Tätigkeitsbericht des Vorstands
4. Bericht des Schatzmeisters, Jahresrechnung
5. Bericht der Rechnungsprüfer
6. Aussprache, Entlastung des Vorstands
7. Wahlen
   7.1 Wahlleiter und Wahlhelfer
   7.2 Vorstand (Vorsitzender, stv. Vorsitzender, Schriftführer, Schatzmeister)
   7.3 Kassenprüfer
8. Vorhaben im Jahr 2016 und Perspektiven für die Folgejahre
9. Verschiedenes

Die Veranstaltung endet etwa gegen 16.30 Uhr. Fragen an: prussia.gesellschaft @ googlemail.com

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

nach dem Ersten Weltkrieg. So war zu lesen „Geld-Ersatzschein Nr. 215080“, Stadt Königsberg in Preußen, 10. Dezember 1918, und der aufgedruckte Wert „50 Pfennig“. Zudem trug das Notgeld die Aufschrift „Dieser Geldschein wird von allen staatlichen und kommunalen Kassen, sowie von allen Reichsbankanstalten in Zahlung genommen“. Notgeld der Städte Alleinstein und Angerburg waren ebenso zu sehen wie aus Domnau oder Arys. Bei einem Schein aus Tilsit, auf dem das Rathaus und der Tilsiter Käse abgebildet waren, bemerkt Weyland, dass der Schein die Geschichte der Stadt widergebe. Ein schwarz-rot-goldener Grenzposten in der Memel war zu sehen. Die Silhouette der Luisenbrücke ebenso, dazu die Deutsch-Ordenskirche und die Schlote der Zellstofffrabrik. Die abgebildete Kuh auf fetten Weiden symbolisiere die agrarische Überproduktion des Memelgebietes. Zu dieser Zeit war Tilsit Grenzstadt zu Polen geworden. Immer wieder wurde die politische Situation auf den Scheinen thematisiert. etwa auf dem 50-Pfennig-Schein aus Domnau: „Die alte Stadt zerstörte Russenhand. Die neue Stadt beschütze Gottes Hand.“ Ein 50-Pfennig-Schein aus Tilsit trägt die Aufschrift: „50 Pfennig gilt der Zettel, heute ist das ein Bettel. Früher gab’s dafür – man lese: Ein Pfund Tilsit’s fetten Käse.

Unterhaltsam und lehrreich führte Weyland durch den Vortrag, der so mache Geschichte zu Land und Leuten hervorbrachte.

Lothar Rühl



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 12. Mai, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen.

Oldenburg – Königsberg stand auf dem Programm der Versammlung am 13. April der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen: Der wissenschaftliche Mitarbeiter am Ostpreußischen Landesmuseum Christoph Hinkelmann zeigte uns die „russische Stadt mit deutscher Seele“. Er zeigte an vielen bekannten Orten und Bauten, wie sich die heutigen Bewohner damit befassen, beschäftigen oder wie sie die deutsche Vergangenheit angenommen haben. Zentraler Erinnerungsort ist der Dom mit seiner neuen Ausstattung, dann Kant als wichtigste Verortung Königsberger Geistesgeschichte und die erhaltenen, jetzt restaurierten Stadttore als Fixpunkte der Königsberger Geschichte. Hinkelmann konnte viele Bezugspunkte im öffentlichen Leben zu Königsberg zeigen, die zu sowjetischen Zeiten undenkbar waren. Ein großer Zuhörerkreis verfolgte seine Ausführungen, die viel Neues beleuchteten, obgleich viele selber schon in Königsberg gewesen waren.

Im Mai machen wir eine Kulturfahrt und treffen uns wieder am 8. Juni zu „Agnes Miegel - Leben und Werk“, einem Vortrag illustriert mit Textpassagen von Annemete von Vogel, aus Wunstorf. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft.

Gisela Borchers, Vorsitzende.

Osnabrück – Donnerstag, 28. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis: – Dienstag, 3. Mai, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.





Bonn, Dienstag, 26. April: Vortrag über Ostpreußens große Dichterin Agnes Miegel

Bild: PAZ



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.

Bonn – Dienstag, 26. April, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises. – Dienstag, 3. Mai, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: „Agnes Miegel, eine große deutsche Dichterin – Balladen und Heimatlyrik“ – Vortrag von Marita Lanfer.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 23. April, 14 Uhr, Konferenzraum im Parterre, GHH: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf. Zum Abschluss wird der Ostpreußenfilm „Land, Leute und ihre Verhältnisse 1913 bis 1945“ gezeigt. – Mittwoch, 27, April, 19 Uhr, Raum 412, GHH: „Polen in NRW – Projekt Porta Polonica“ – Vortrag von Jacek Barski. – Donnerstag, 28, April, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Ein deutsches Tagesbuch“ – Lesung mit Stefan Chwin. – Dienstag, 10. Mai, 19 Uhr, GHH: „Mythos Stalin“ – Vortrag von Anna Kim.

Gütersloh – Sonnabend, 30. April, 21 Uhr (Einlass ab 20 Uhr), Haus Heitmann, Gütersloher Straße 63, Herzebrock-Clarholz (Pixel): Tanz in dem Mai. Es gibt Livemusik mit dem Duo „Robertos Musikexpress“.– Donnerstag, 5. Mai, 8 Uhr (Abfahrt): Zum Ermlandtreffen nach Werl. Anmeldungen bei Josef Block, Telefon 34841. Der Fahrpreis beträgt 12 Euro pro Person. Zusteigemöglichkeiten: 8. Uhr: Kahlertstraße/Ecke Magnolienweg, 8.05 Uhr: Marktplatz/ Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 8.10 Uhr: B 61 / Ecke Grenzweg, 8.15 Uhr: Café Raschke, 8.20 Uhr: Gaststätte Roggenkamp, 8.25 Uhr: Verler Straße / Markant Supermarkt.

Münster – Der Vorsitzende und Ratsherr Stefan Leschniok konnte am 21. Februar erfreut neben zahlreichen Mitgliedern auch wieder Gäste zur Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe mit Vorstandswahlen im historischen Lambertuszimmer bei Stuhlmacher begrüßen. Im ausführlichen Rechenschaftsbericht für 2015 nannte er zunächst die gelungenen und gut besuchten Feiern anlässlich des Erntedanks, erstmals unter dem Dach des Bundes der Vertriebenen (BdV), und zu Weihnachten, beide im Friedenskrug in Münster–Gremmendorf. Doch im Mittelpunkt des Rückblickes auf das Jahr 2015 standen die Veranstaltungen und Aktionen unserer Kreisgruppe im Hinblick auf das Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren in Europa, das für die Bewohner Westpreußens, Ostpreußens, Pommerns, Ostbrandenburgs und Schlesiens sowie für die deutschen Einwohner unter anderem in den Siedlungsgebieten Südosteuropas durch Flucht und Vertreibung eine besonders tragische und grausame Seite hatte.

Hier erwähnte Leschniok zuerst die persönlich geprägten und bewegenden Fluchtberichte unserer Vorstandsmitglieder Martin Holland (Westpreuße) und Heinz Frick (Ostpreuße) aus den unterschiedlichen Perspektiven eines Jugendlichen und eines Kindes bei der Jahreshauptversammlung im Februar vergangenen Jahres. Im gleichen Zusammenhang wurde die anschauliche und bewegende Darstellung der leidvollen und bitteren Fluchtereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges durch Ursula Dropmann, gebürtig aus Stettin und langjährige ehemalige Vorsitzende der Kreisgruppe der Pommern in Münster, vom Vorsitzenden herausgestellt.

Ebenso würdigte er den Vortrag des Referenten Harald Dierig bei der Veranstaltung in Münster am 17. Mai. Dierig sprach über das Thema: „Der leidvolle Weg zu einem neuen Zuhause: Ostdeutsche Heimatvertriebene im Landkreis Münster nach 1945“. Auch die Teilnahme von zahlreichen Mitgliedern unserer Gruppe am erstmals in Deutschland begangenen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2015 hob er hervor. Die Veranstaltung in Münster wurde von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) und dem BdV gemeinsam auf dem Haus der KDStV-Winfridia zu Münster durchgeführt. Erwähnung fand auch der Besuch im Westpreußischen Landesmuseum am 29. August 2015 in Warendorf.

Nach den Berichten des Schatzmeisters, der Kassenprüfer und der Entlastung des Gesamtvorstandes folgte die zügige Neuwahl des Vorstandes mit folgendem Ergebnis: Stefan Leschniok Vorsitzender, Irmgard Bludau Stellvertretende Vorsitzende, Georg Kopka Schriftführer, Dieter Zank Schatzmeister, Martin Holland und Heinz Frick Beisitzer. Monika Prothmann. und Günter Kunick wurden erneut als Kassenprüfer benannt. Der zweite Teil der Jahreshauptversammlung war geprägt von einem hervorragenden Diavortrag unseres in

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Der frischgewählte Vorstand der Kreisgruppe Münster (v.l.): Heinz Frick, Martin Holland, Stefan Leschniok, Irmgard Bludau, Georg Kopka und Dieter Zank

Bild: LMO-W

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Preußisch-Mark in Westpreußen geborenen Mitgliedes Martin Holland mit dem Titel „Interessante Bilder aus der Heimat Ost- und Westpreußen“.

Martin Holland besitzt die Gabe, historische Fakten auf dem Hintergrund von Fotos mit persönlichen Erlebnissen aus Vergangenheit und Gegenwart anschaulich zu verbinden. Bewegend beispielsweise seine Eindrücke in Preußisch-Mark (Przezmark). Sein Vater war dort vor 1945 15 Jahre lang evangelischer Pfarrer. Heute wird Martin Holland bei seinen Reisen seit einigen Jahren von dem jetzigen katholischen Geistlichen und der Gemeinde in Preußisch-Mark mit besonderer Herzlichkeit und Aufmerksamkeit aufgenommen. Auch dies ein eindrucksvolles Beispiel für den Wandel der Anschauungen bei den Polen. Neben vielen anderen Dias zeigte er Ansichten von Allenstein (Olsztyn), Thorn (Torun) und Frauenburg (Frombork), also dem Geburtsort und der Wirkungsstätte des Nikolaus Kopernikus. Als Höhepunkt und Abschluss wurden Ansichten aus Marienburg und Danzig gezeigt und erläutert.

Unsere Jahreshauptversammlung fand ihren melodischen Ausklang mit dem Ostpreußen- und dem Westpreußenlied. *Dieter Zank*

Neuss – Donnerstag, 5. Mai, 15 bis 17 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen. Es wird ein Film von Ostpreußen auf einem Großbildschirm gezeigt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Wie schon in den letzten Jahren hatte der Vorsitzende der Landesgruppe in Sachsen, Alexander Schulz, in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen (GeO) Anfang April wieder einen Ostpreußischen Kirchentag in Chemnitz organisiert.

Im eröffnenden Abendmahlsgottesdienst für die Gemeinde und die ostpreußischen Gäste in der St. Mathäuskirche leitete der ehrenamtliche Pfarrer Stefan Mestars, dessen Vater aus dem Memelland stammt, die Liturgie. Pfarrer im Ruhestand Klaus Plorin, Zweiter Vorsitzender der GeO, predigte zum Thema „Fremdsein und Angenommen werden“. Er unterschied dabei drei Arten des Fremdseins: Das freiwillige, zum Beispiel auf Reisen, das gefühlsmäßige in bestimmten Lebenslagen und das durch Gewalt erzwungene Fremdsein, das wir Ostpreußen bei Flucht, Vertreibung, Deportation und Gefangenschaft und danach auch noch einige Zeit am neuen Wohnort erleiden mussten.

Steffi Heinrich spielte die Orgel und leitete den sehr guten Posaunenchor. Dieser umrahmte auch vor dem Kirchengebäude die anschließende Kranzniederlegung am neuen Gedenkstein für alle Opfer der Kriege

Im Gemeindehaus waren die Ostpreußen dann unter sich, mit einer wieder gesunkenen Zahl gegenüber den Vorjahren; wozu leider wohl auch Konflikte innerhalb der dortigen Landsmannschaft Ostpreußen beitragen. Gut vertreten war die Gruppe aus Limbach-Oberfrohna. Elfriede Rick aus Dresden las aus ihren Erinnerungen an ihre und ihrer Geschwister Rettung vor. Litauer retteten sie vor dem Hungertod nach dem Krieg, indem sie die Kinder mit Nahrung und manchmal einem Bett hilfreich versorgten. Pfarrer Plorin hielt einen Kurzvortrag über Ostpreußen als früheres Einwanderungsland. Kartoffelsalat und Würstchen, Kuchen und Getränke zum Selbstkostenpreis stärkten die Besucher zwischendurch.

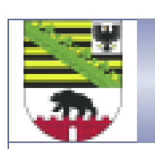
Der Bundestagsabgeordnete Frank Heinrich, Obmann im Ausschuss für Menschenrechte, berichtete angeregt und interessant über seine und des Gremiums Arbeit mit seinen Chancen und Schwierigkeiten.

Bedrückend war der Bericht einer jungen Marokkanerin. Sie musste nach dem Tod ihres Vaters körperliche Brutalität und Zwangsmaßnahmen sowie die schwere Misshandlung ihres Freundes durch ihre Brüder und einen Onkel erleiden bis sie auf dramatischen Wegen nach Deutschland fliehen konnte. Sollte ihr Asylantrag abgelehnt und sie in das vermeintlich sichere Herkunftsland Marokko abgeschoben werden, drohen ihr im besten Falle Zwangsverheiratung, im schlimmsten Fall weitere körperliche Gewalt bis hin zum Ehrenmord. Nach engagierten Diskussionsbeiträgen, auch von Gemeindepfarrerin Frölich-Mestars, gestalteten die „Kirchenmäuse“, Kinder des Kindergartens, mit musikalischen Darbietungen auf der Bühne einen fröhlichen Abschluss des Kirchentages. *Klaus Plorin*

Foto: privat

Chemnitz: Kranzniederlegung beim Ostpreußischen Kirchentag

Limbach-Oberfrohna – 7. Mai, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Flucht, Vertreibung und Integration stehen im Mittelpunkt dieses Nachmittages. Dazu werden Landsleute über ihre persönlichen Erlebnisse sprechen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 26. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen – Freitag, 6. Mai, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 8. Mai, 14 Uhr: Muttertag, Vatertag, Pfingsten.

Gardelegen – Freitag, 29. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte des VS Gardelegen, Feldstraße 5a: Neuwahl des Vorstandes. Außerdem der Diavortrag „Eine Reise durch Ostpreußen“.

– Bericht –

Am 18. März hatte die Kreisgruppe die neugewählte Bürgermeisterin der Stadt Gardelegen Mandy Zepig zu Gast. 38 Mitglieder und Freunde unserer Landsmannschaft nahmen an der Veranstaltung teil. Das Interesse war groß, denn viele wollten etwas über Gegenwart und Zukunft der Hansestadt Gardelegen erfahren.

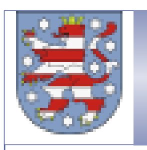
Die Bürgermeisterin gab Auskunft über kommunale Vorhaben und notierte sich Anfragen der Mitglieder. Eine konkrete Anfrage hatte auch Peter Zuch. Er meinte, ob es nicht möglich wäre, eine Straße in Gardelegen mit einem Namen aus der Heimat zu benennen. Die Bürgermeisterin sagt zu, die Idee im Stadtrat vorzutragen.

Im Gespräch betonte Mandy Zepig, dass sie großes Verständnis für die Heimatverbundenheit der Landsmannschaft habe, denn ihre Großmutter stamme aus Schlesien.

Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich der Vorsitzende der Landsmannschaft in Gardelegen, Herbert Goldenberg, bei der Bürgermeisterin mit einem Blumenstrauß. *Karola Werner*



Gardelegen: Die neugewählte Bürgermeisterin Mandy Zepig war zu Gast bei der Kreisgruppe Bild: Hansestadt Gardelegen



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgeruppe – Nach einem erfüllten Leben nehmen wir in Dankbarkeit Abschied von unserer Landsmännin Irmgard Meese, geborene Lauschinski. Irmgard Meese wurde 1919 in Königsberg geboren. Sie musste im August 1944 ihre Heimatstadt hochschwanger verlassen. Sie kam wie viele andere Vertriebene erst nach Sachsen, dann nach Thüringen. Dort hat sie mit ihrer Familie eine neue Bleibe und Arbeit gefunden. Leider war sie sehr zeitig verwitwet und auch ihren Sohn hat sie sehr zeitig verloren.

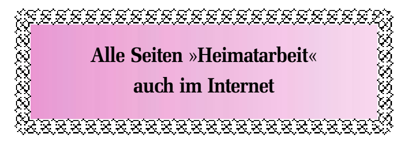
1990 war Irmgard Meese Mitbegründerin des BdV Thüringen. In ihrem Wohnort Stadtroda war sie viele Jahre Vorsitzende des BdV-Regionalverbandes.

Für die Landesgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen in Thüringen war sie eine Bereicherung. Ihren Ideenreichtum, ihr Wissen und Können brachte sie verstärkt in die Heimatarbeit ein. 1996 gründete sie mit weiteren Frauen den ersten Frauenverband des BdV-Landesverbandes Thüringen. Sie konnte mit viel Energie und Überzeugung andere begeistern. Aktiv wirkte sie im Seniorenbeirat ihres Wohnortes mit. Ihre Kenntnisse über Traditionen ihrer ostpreußischen Heimat waren enorm, ihr hohes Geschichtswissen einmalig. Es gab kaum ein historisches Datum, das sie nicht in ihrem Kopf abgespeichert hatte,

Irmgard Meese kümmerte sich auch um die Spätaussiedlerbetreung in Stadtroda und Umgebung. Mit viel Herzensgüte und Hilfsbereitschaft hat sie dieses alles getan. Für ihr großes Engagement erhielt sie die „Goldene Ehrennadel“ der Bundeslandsmannschaft der Ostpreußen, die „Goldene Ehrennadel des Bundesverbandes des BdV, die Verdienstmedaille des BdV-Landesverbandes Thüringen. Von der Landesregierung Thüringen erhielt sie für ihr soziales Engagement die „Thüringer Rose“.

Irmgard Meese war für viele von uns vorbildhaft, ihre Liebe zu ihrer unvergessenen ostpreußischen Heimat war ungebrochen. Sie hat viele Spuren der Liebe und Fürsorge hinterlassen und die Erinnerung an all das Schöne mit ihr wird stets in uns lebendig sein. Wir wollen sie auch im Tode achten und ehren und ihr Andenken in steter Erinnerung behalten. *E. Dietel, Landesvorsitzende*

Eisenach – Dienstag, 10. Mai, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1; Heimatnachmittag.



Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

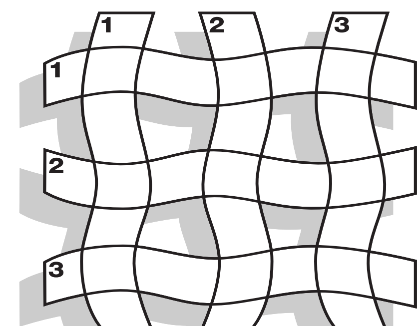
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Schmuckstück.

1	GLAS		HAFEN
2	RAUB		ARTIG
3	SIEG		SPAREN
4	HUMMER		SALAT
5	STEUER		LAST
6	MODELL		WAGEN
7	PLAN		ZAHL

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 heftig schimpfen
2 Kleiderfasson
3 mager, mit wenig Kalorien

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Container, 2. Ueberfall, 3. Praemien, 4. Krabben, 5. Abgaben, 6. Eisenbahn, 7. Quadrat – Armband

Magisch: 1. fluchen, 2. Schnitt, 3. fettarm

Nordisches Gold

Eine Tagung zum Thema Bernstein

Ein überschaubarer Teilnehmerkreis, überwiegend aus Norddeutschland, war angereist, um sich ein Wochenende lang mit dem „Gold des Nordens – Bernstein“ zu beschäftigen. Im schleswig-holsteinischen Oeversee hatte die Akademie Sankelmark eingeladen. „Unsere Tagung nähert sich dem Bernstein aus den unterschiedlichsten Perspektiven, bis hin zum Besuch bei einem Bernsteinschleifer“, hieß es in der Ankündigung des Tagungszentrums für politische, historische und kulturelle Bildung. Die Erwartungen an die Programminhalte wurden nicht enttäuscht. Dr. Rainer Pelka, bis zu seinem Ruhestand Dozent und Projektleiter in Sankelmark, hatte für die einzelnen Vortragsthemen sehr unterschiedlich bernstein-qualifizierte Menschen eingeladen – zum beispiel den Arzt Dr. Reinhard Laszig aus Kiel. Er sprach eindrucksvoll und mit vielen Beispielen überzeugend, zum Teil auch unterhaltsam, über Bernstein in der Medizin und Chemie. Seine Ausführungen illustrierte er mit einer Vielzahl an Bildmaterial. Die eindrucksvollsten Bilder stammten aus dem Katalog des Deutschen Bernsteinmuseums in Ribnitz-Damgarten.

Eine fleißig erarbeitete „Kleine Kulturgeschichte des Bernsteins“ trug Friedrich Dehmel aus Twedt vor. Für die Möglichkeit, Bernstein sehen, fühlen und bearbeiten zu können, sorgte der Bernsteinschleifer Michael Petersen. Der gelernte Tischler betreibt seit 20 Jahren eine eigene Werkstatt in Schleinähe, in der er nach eigenen Entwürfen Schmuck aus Bernstein und auch aus alten Silberbestecken fertigt. Für Reparaturen und das Aufarbeiten alten Bersteinschmucks ist er ebenfalls die richtige Adresse. Er hat sich viele Kenntnisse für das Bearbeiten von Bernstein durch eine „Lehrzeit“ in einer Danziger Werkstatt aneignen können. Nach der Präsentation der unterschiedlichen Sorten von Bernstein und der Erläuterung ihrer Eigenschaften ging es von der Theorie der Bearbeitung zur Praxis. Die Teilnehmer lernten, mit unterschiedlich feinkörnigen Papieren zu schleifen. Der Fachmann übernahm dann das Polieren an der Maschine und bohrte nach Wunsch Löcher. Die Teilnehmergruppe wuchs in dieser Zeitspanne sichtlich und unüberhörbar zusammen. Michael Petersen war die Erleichterung anzumerken, dass das Experiment, einen Nachmittag in der Form zu gestalten wie er ihn sonst auf Einladung für Kindergruppen durchführt, auch an der Akademie Sankelmark gelingt. Der hier jüngste Teilnehmer, Martin Schmidt (35) aus Hamburg, äußerte, für ihn sei dieser Programmpunkt der interessanteste der Tagung gewesen.

Auch die Teilnehmer lernten zu schleifen

Der Abend gehörte dann der Präsentation des Films „Die Bernsteinstraße“ von Gisela Graichen und Peter Prestel aus dem Jahr 2012. Der „Hauptdarsteller“ dieses populärwissenschaftlichen Films, Dr. Timo Ibsen, war am nächsten Vormittag in eigener Person anwesend. Ibsen, Archäologe am Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie in Schloß Gottorf, Schleswig, sprach über Bernstein in der Archäologie Ostpreußens. Hier wurde noch einmal die herausragende Rolle des Bernsteins als Handelsware, als Wert- und auch Kultgegenstand, als Objekt der Begierde – zeitweise mit Gold aufgewogen – veranschaulicht. Ein Vortrag, der – frei gehalten – mit seiner Fülle von Informationen und allein schon durch die geographische und geschichtliche Spannbreite die Zuhörer forderte, sie bereicherte und beeindruckte. Hier sprach ein Wissenschaftler, der voll und ganz „im Stoff steht“.

»Die teuerste Tapete der Welt«

Der letzte Vortrag, gehalten von Elke Dehmel aus Twedt, galt dem Bernsteinzimmer. Sie legte den Fokus auf die Entstehungsgeschichte des Bernsteinkabinetts, auf den Weg „der teuersten Tapete der Welt“ als Geschenk an Zar Peter I. nach St. Petersburg und den dort erst Jahrzehnte später vollendeten Aufbau des Bernsteinzimmers in der Sommerresidenz der Zarin.

Ute Eichler

»Ein unermesslicher Schatz«

Das Ostpreußische Landesmuseum übernimmt die Bestände des Museums Stadt Königsberg

Die deutsche Museumslandschaft wird ärmer, das ostpreußische Landesmuseum aber um wertvolle Exponate reicher – So lässt sich das feierliche Ereignis am 7. April wohl am besten beschreiben. Schriftlich besiegelt wurde an diesem Tag (siehe auch *PAZ* 15, Seite 20), dass die Bestände des Duisburger Museums Stadt Königsberg dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg übergeben werden.

Das Museum Stadt Königsberg wurde Anfang 2016 geschlossenen. Für den ehrenamtlichen Leiter, Lorenz Grimoni (77), fand sich kein Nachfolger, außerdem plant die Stadt Duisburg die Museumsräume anderweitig zu nutzen. Damit wandern wertvolle Exponate in das Ostpreußische Landesmuseum. 5000 sind es insgesamt. Darunter zum Beispiel ein Porträt des Philosophen Immanuel Kant (1724-1804), das der Berliner Maler Gottlieb Doebler 1791 schuf. Als es vor einigen Jahren von Duisburg nach Paris ausgeliehen wurde, betrug die Versicherungssumme 350 000 Euro.

Nicht ganz so wertvoll dürfte die Haarlocke des Königsberger Jahrtausend-Philosophen sein oder dessen Bouillongeschirr, das die Königliche Porzellan Manufaktur 1795 anfertigte. Zusammen mit Originalschriften des Philosophen, Erstausgaben und vielen anderen „Kantiana“ ist es die weltweit umfangreichste Sammlung zum Königsberger Philosophen, dem großen Vordenker der Moderne. „Lüneburg erhält einen unermesslichen Schatz“, erklärte denn auch Oberbürgermeister Ulrich Mädge bei der Veranstaltung im Neubau des Ostpreußischen Landesmuseums.

Neben der Kant-Sammlung erhält das Haus auch bedeutende Kunstwerke von Käthe Kollwitz. Zusammen mit eigenen Beständen ergibt sich dadurch die weltweit drittgrößte Sammlung mit Werken der bedeutenden Malerin, Grafikerin und Bildhauerin aus Königsberg.

Die Stadt am Pregel war für Jahrhunderte Hauptstadt und Kulturzentrum Ostpreußens. Die schon 1544 gegründete Universität bildete den geistigen Mittelpunkt des protestantischen Preußen und war im 19. Jahrhundert ein mathematisch-naturwissenschaftliches Zentrum mit Weltruf. Gleichzeitig war die Stadt Krönungsort der preußischen Könige und mit vielen herausragenden Persönlichkeiten verbunden. „So sind auch die stadthistorischen Sammlungen aus Duisburg für das Ostpreußische Landesmuseum von kaum zu überschätzender Bedeutung“, erklärt Direktor Joachim Mähnert.

Im Juni werden die Exponate in drei Lkw aus Duisburg angeliefert. Die Finanzierung des Umzuges übernehmen die Stadt Duisburg und der Bund. Ausstellungsplatz für die einzigartigen Exponate muss allerdings noch geschaffen werden. Ist der laufende Ausbau 2017 fertig, soll bis 2024 ein Anbau für Kant und Königsberg folgen. Oberbürgermeister Ulrich Mädge sicherte die Unterstützung der Stadt zu.

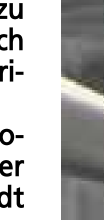
Frank Horns



Imanuel Kant, wie ihn der Berliner Maler Gottlieb Doebler 1791 sah. Bei einer Ausstellung in Paris wurde das Bild für 350 000 Euro versichert. Bild: Ostpreußisches Landesmuseum







Links: Freude in Lüneburg. Man erhält unter anderem die weltgrößte Sammlung zu Immanuel Kant. Auch die Statue in der Vitrine gehört dazu. Rechts: Lorenz Grimoni, ehemaliger Leiter des Museums Stadt Königsberg, bei der Vertragsunterzeichnung Bilder (2): Horns

Pfeffer im Abgang

Baden-Württembergs Bierbrauer feiern 500 Jahre Reinheitsgebot – Entdeckungsreise zu den traditionellen Promille-Tempeln

Vor 500 Jahren wurde in Bayern das Reinheitsgebot verkündet: „Ganz besonders wollen wir, dass forthin (...) zu keinem Bier mehr Stücke als allein Gerste, Hopfen und Wasser verwendet und gebraucht werden sollen.“ So steht es in der Bayerischen Landesordnung vom 23. April 1516.

Einer der raren Originaldrucke dieser ältesten Bierurkunde der Welt bildet im Mannheimer Technoseum den Auftakt der 300 Exponate umfassenden Ausstellung „Bier. Braukunst & 500 Jahre Reinheitsgebot“. Die Schau spricht alle erdenklichen Themen rund ums Bier an. Man kann Aromahopfen beschnüffeln, Malz kosten und Hefe-Einzeller unter dem Mikroskop beobachten. Objekte und Maschinen dokumentieren den Weg vom Brauhandwerk zur technisierten Bierproduktion. Vor den gesundheitlichen Schäden übermäßigen Bierkonsums wird gewarnt. Aber ein „Probierschluck“ vom eigens hier gebrauten „Jubiläumssud“ wird am Ausstellungstresen gern gewährt. Dieses leicht säuerlich fruchtige Bier mit betonter Bittere ist die jüngste Hervorbringung des ältesten Gewerbebetriebs der Region: der 1679 gegründeten Privatbrauerei Eichbaum.

Baden-Württemberg bringt es auf die stolze Zahl von 189 Brauereien und rühmt sich, das „Land der 1000 Biere“ zu sein. Zur Vielfalt der Bierstile tragen Hausbrauereien bei. Etwa das Brauhaus Vetter in der Heidelberger Altstadt. In uriger Kneipenatmosphäre kann man dort das laut Guinness Buch der Rekorde mit 33 Prozent Stammwürze stärkste Bier der Welt trinken: das sehr malzig-süße „Vetter 33“. Für Biergenuss im festlichen Ambiente eines Tanzsaals aus dem 19. Jahrhundert sorgt die Kulturbrauerei. Zu empfehlen ist das unter Einsatz neuseeländischen Aromahopfens fruchtig bitter geratene Helle. Beim Stadtrundgang wird man gewahr, dass selbst im berühmten Universitätskarzer Bier getrunken wurde. Zur täglichen Versorgung der ihren Arrest verbüßenden Studenten gehörten zwei Flaschen.

Von Heidelberg wandert man 30 Minuten zur idyllisch über dem Nordufer des Neckars gelegenen Klosterhofbrauerei. Die Räumlichkeiten sind von der angrenzenden Abtei Stift Neuburg gemietet, in der elf Benediktinermönche leben. Das um 1130 gegründete Stift hat eine wechselvolle Geschichte. Im 19. Jahrhundert war das damals aufgehobene Kloster Treffpunkt von Romantikern wie Clemens Brentano und Achim von Arnim. Seit einigen Jahren kann man die schöne Aussicht mit Biergenuss verbinden. Besonders gern getrunken wird der Hopfenfuchs, lieblich-fruchtig, mit dezenter Bittere im Abgang.

In Karlsruhe hat man die Qual der Wahl zwischen sechs Hausbrauereien. Nirgendwo in Deutschland sind es mehr. Die jüngste ist das Brauhaus 2.0, das auf regionale Rohstoffe in „Bio-Qualität“ setzt. Für das Bio-Weizen wurde ein eigenes Brauverfahren entwickelt, das besonders fruchtige Noten hervorbringt. Mild, süß und süffig sind die beiden Klassiker aus dem Badischen Brauhaus. Das eine heißt Hell, das andere Dunkel. Zum Biergenuss im Gewölbekeller kann man die Gästerutsche nehmen. Die eindrucksvollste Kulisse aber, um sich ein gepflegtes Bier vorsetzen zu lassen, bietet der Hoepfner-Burghof. Die Schankräume stattete der Wandmaler Hellmut Eichroth um 1900 mit mittelalterlichen Szenen aus, in denen Bierseligkeit eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Zum reichhaltigen Sortiment der Privatbrauerei Hoepfner gehört das erstmals 1912 gebraute Porter, malzig herb und hopfig bitter. Ein Erlebnis für sich ist die Architektur der 1898 eingeweihten Brauerei. Sie erinnert an eine Burg, deren Turm dem von Schloss Neuschwanstein nachempfunden ist.



Bild: Eichbaum/Technoseum

Die Promillewehr: Mit großen Tanks wurde schon in früheren Zeiten der Bierdurst gelöscht

Die Badische Staatsbrauerei Rothaus ist die am höchsten gelegene Braustätte Deutschlands. Sie befindet sich im Schwarzwald zwischen Wäldern und Wiesen auf 1000 Metern Höhe. Weithin berühmt ist das Pils, das in 0,33-Liter-Flaschen abgefüllt „Tannenzäpfle“ heißt. Vom Etikett lacht ein Mädchen in Schwarzwälder Tracht, der Anhänger der Marke den Namen „Biergit Kraft“ verpasst haben.

Die Brauerei feiert ein Doppeljubiläum. Das „Tannenzäpfle“ ist 60 Jahre alt geworden. Aus dem Anlass gibt es eigens das Jubiläumsbier „Schwarzwald Maidle“, naturtrüb und angenehm waldmeisterhaft säuerlich. Als Flaschenbier ist es im Handel erhältlich, vom Fass nur im gemütlichen Brauerei-Gasthof „Zum Rothen Haus“. Er wurde 1681 erstmals urkundlich erwähnt und ist Namensgeber der vor 225 Jahren von Fürstabt Martin Gerbert gegründeten Klosterbrauerei, aus der die heutige Staatsbrauerei hervorgegangen ist. Es wird gemunkelt, dass ein Geheimgang von der Brauerei zum heute als Internat genutzten Kloster St. Blasien führt. Dessen imposanter Sakralbau – Dom St. Blasien genannt – ist die größte Kuppelkirche nördlich der Alpen.

In Stuttgart gab es einst zur Sicherung des Weinabsatzes ein Brauverbot. Aber die Lage hat sich längst entspannt. Jüngster Anziehungspunkt für Biertrinker ist Carls Brauhaus am Schlossplatz. Letzter Schrei sind dort Biercocktails wie Caibierovska. Jeden Tag um 17 Uhr wird exklusiv in Carls Brauhaus ein Fass Wulle-Bier angestochen. Woanders gibt es Stuttgarts Kult-Bier nur aus der Flasche. Das pfirsichhaft schmeckende, keine Spur bittere Wulle ist ein Kuriosum. Wegen einer unterentwickelten Schaumbildung sieht es ruckzuck wie abgestanden aus, perlt aber auf der Zunge.

Wer sich mit Bierspezialitäten aus aller Welt vertraut machen will, ist im Craft Beer Shop Ridmüller gut aufgehoben. Neben Bieren von Island bis Hawaii gibt es lokale Produkte, etwa von Cast. Diese in einem Hinterhof ansässige Kleinstbrauerei kann man besichtigen und die neuesten Kreationen verkosten. Etwa das braune „Cast Bräu IPA“. Es verströmt einen verführerischen Obstduft, schmeckt nach vollreifen Bananen, zugleich stark bitter – und hat Pfeffer im Abgang. Ein Bier nach Pilsener Brauart kündigt die Cast Brauerei zur Feier des 500. Jahrestags des Reinheitsgebotes an. *Veit-Mario Thiede*

Die Ausstellung „Bier. Braukunst & 500 Jahre Reinheitsgebot“ läuft bis zum 24. Juli im Technoseum, Museumsstraße 1, Mannheim, geöffnet täglich 9 bis 17 Uhr, Eintritt: 8 Euro, Telefon (0621) 4298839, www.technoseum.de. Der Begleitband kostet 10 Euro. Die Broschüre „Biersüden“ kann man per E-Mail bestellen unter info@tourismus-bw.de

Wer gut lallt, der gut reimt

»Eben drum: Bier hat Wumm« – Die schönsten Filzl-Sprüche

Eifrige Biertrinker kennen Weisheiten und Sprüche wie diesen: „Ein frisches Bier zu jeder Zeit, das fördert die Gemütlichkeit.“ Oder: „Wir brauen unser Bier nach dem Reinheitsgebot von 1516. Aus Hopfen und Malz, Hefe und Wasser. Reinheit mit Garantie. Die deutschen Brauer.“ Wenn am 23. April das 500. Jubiläum des Reinheitsgebots ansteht, wird das vor allem in Bayern mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen gefeiert. Da bräuchte auf die Bestandteile des Bieres (die Hefe fehlt in der Urkunde von 1516) eigentlich nicht eingegangen zu werden. Aber das Bier hat ja noch andere Eigenschaften, wie Sprüche und Sentenzen auf Bierdeckeln beziehungsweise -filzln verraten.

Das einleitende Zitat ist einem Bierdeckel aus Hannover entnommen, der Hinweis auf das Reinheitsgebot findet sich aber immer wieder und über die Jahre und Jahrzehnte auf den Deckeln – als eigenständige Botschaft oder als Rückseite des Brauerei-Filzls.

Die Aussage, dass der Gerstensaft immer etwas Gutes sei, findet sich in diversen Sentenzen auf den Filzln, oft ergänzt von Bildern und Zeichnungen: „Bier schmeckt immer“, „Bier und fröhliche Zecher gab es immer schon“, „Bier ist etwas Gutes“ und der Superlativ: „Es gibt nichts besseres als Bier“. Und wenn es nichts Besseres gibt, dann ist „Bier Weltmeister im Durstlöschen“.

Aber auch kurze Verse und kleine Gedichte möchten die durstige Person in Richtung Bier lenken: „Es spricht sich ’rum, das glaube mir, am besten ist das Zoigl-Bier“, heißt es in der nördlichen Oberpfalz. Oder aber ein Hinweis auf die Wirkung (es bleibt offen, welche): „Eben drum: Bier hat wumm!“ Mitunter finden sich auch heitere Trinkweisheiten auf den Deckeln: „Trinke, bis die Nase glänzt, hell wie ein Karfunkel. Dass Du eine Leuchte hast, in des Daseins Dunkel.“ Und auch für Zocker und Wettkönige gibt es was: „Ein Tipp, bei dem ich nie verlier: Bier“.

Essen und Trinken – und hier oft das Bier – gehören ja untrennbar zusammen. Auch darauf weisen Bierfilzl hin: „Zu keinem Essen das Bier vergessen“ – kurz und prägnant, während das folgende Beispiel ausführlicher ist: „Das Trinken lernt der Mensch zuerst, später auch das Essen. D’rum sollte man aus Dankbarkeit das Trinken nicht vergessen!“

Dass bereits die Ägypter Bier brauten – noch nicht nach dem Reinheitsgebot – will wohl die Aussage auf einem Filzl „Bier – seit Jahrtausenden“ andeuten – neben einem Bierglas mit dem schäumenden Nass ist hier ein Füllhorn abgebildet, aus dem ebenfalls das Bier schäumt. Auch das Brauhandwerk beziehungsweise die mit der Bierherstellung und dem -vertrieb zusammenhängenden Berufe und Tätigkeiten werden in einer ganzen Serie unter dem Titel „Deutsches Bier“ vorgestellt: die Brauerei, der Braumeister, der Böttcher, die Bierträger, die Schankkellnerin und der Zecher.



Bierdeckelsammlung: Markige Sprüche Bild: Bauer

Da bleibt zum Schluss nur noch der bekannte Spruch „Hopfen und Malz, Gott erhalt’s“ – auch der findet sich auf einem Filzl – und der Hinweis, im Jubeljahr des Reinheitsgebots einen Blick auf die Bierdeckel zu werfen – vielleicht gibt es ja neue Botschaften und Reime. *Markus Bauer*

Ein Pint Bier weniger

Leere Pubs – Iren kaufen ihr Guinness lieber im Supermarkt

Viel ist nicht los in dem kleinen Pub an der Dock Road von Galway in der Nähe des Hafens. Dabei ist es gegen 18 Uhr, also die beste Zeit, um irisches Kneipenleben zu erleben. Denn es ist die Zeit, zu der man eigentlich in Büros den Vorschlag macht, „let’s go out for a couple of beers“, lass uns ein paar Bier trinken gehen. Es ist die Zeit, zu der noch vor ein paar Jahren in den Pubs der Geräuschpegel hörbar anschwoll, weil die Menschen nach Büroschluss nicht gleich nach Hause gingen, sondern mit dem Aneinanderklacken von Gläsern den Feierabend einläuteten.

Doch der Umsatz in irischen Pubs ist in den vergangenen Jahren um zehn Prozent pro Jahr zurückgegangen, erklärt Gerry Mellett, der selbst Pubwirt ist, aber auch Vorsitzender der Vereinigung irischer Land-Pubs. „Jedes Jahr machen 300 bis 400 Pubs in Irland für immer dicht.“

Die Gründe können in den Gaststätten selbst leidenschaftlich diskutiert werden und klingen je nach Standpunkt völlig unterschiedlich. Wer gerade von einem nasskalten Aufenthalt vor der Tür hereinkommt, weil er dort eine Zigarette geraucht hat, führt das Rauchverbot als Begründung an. Dabei wird aber vergessen, dass dieses Verbot gut zehn Jahre zurückliegt und unmittelbar nach dessen Inkrafttreten die Umsätze sogar noch gestiegen waren.

Andere schieben es auf die schlechte Wirtschaftslage und darauf, dass die Iren ihr Geld lieber für Getränke ausgeben, die sie im Supermarkt kaufen und zu Hause trinken. Laut einer Studie im Auftrag der Drinks Industry Group of Ireland (DIGI) wurden vor zehn Jahren 80 Prozent aller alkoholischen Getränke in Gaststätten ausgeschenkt. Mittlerweile ist es nicht einmal mehr die Hälfte. Gewinner sind die Supermärkte. Insbesondere Jugendliche decken sich in Supermärkten mit Spirituosen ein, denn Fahranfänger dürfen seit geraumer Zeit nur noch 0,2 Promille am Steuer haben, bei Verstößen werden drakonische Strafen verhängt. Da feiert man lieber privat.


Nächtliches Kneipenleben in Galway Bild: Wiese

Das Argument Wirtschaftskrise hört sich seltsam an in einem Land, in dem die Wirtschaft im vergangenen Jahr um 4,8 Prozent gewachsen ist. Aber der Mindestlohn wurde gesenkt, zugleich die Mehrwertsteuer erhöht. Das schlägt sich auch in den Preisen der Gastronomie nieder.

Diese Preise zahlen, ohne genauer hinzusehen, fast nur noch Touristen. Wer von der Dock Road nach rechts abbiegt, kommt nach einigen Minuten in die Merchants Road, wo das Latin Quarter, das Touristenviertel anfängt. An diesem milden Abend ist auch vor der Tür kaum noch ein freier Platz zu finden. Ähnlich sieht es in den entsprechenden Vierteln von Dublin, über Limerick bis Waterford aus.

Doch Betreiber von Pubs auf dem flachen Land, wo kaum Touristen hinkommen, müssen sich etwas anderes ausdenken, um Gäste anzuziehen. So wie Mike Parker im County Kerry im Südwesten von Irland. Wenn er um Mitternacht den Pub schließt, fährt er seine Gäste mit dem Auto nach Hause. Ein Taxi in der abgelegenen Ecke zu rufen, wäre zu teuer und die Anfahrt zu lang, sie würde eine halbe Stunde dauern. So legt Mike mit seinem Privatwagen noch mehr als 30 Kilometer zurück, bevor er selbst Feierabend hat. Aber sein Pub ist immer voller Gäste. *Eigel Wiese*



Gefahren verschwiegen

Sammelband liefert Phrasen

Rolf Melzer, Moltenhagen und andere Mitarbeiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) haben im Frühjahr 2015 einen Sammelband konzipiert, der völlig veraltet war, als er zum Jahresende erschien. Oder lebt nach Paris, Köln, Brüssel noch die „neue Willkommenskultur“, wenn in Europa der „Krieg“ islamischer Terroristen so eskaliert, dass allenthalben Armee-Einsätze im Inland diskutiert oder exekutiert werden? Das passt nicht ins Deutschenbild der FES-Autoren, das nur „Hilfsbereitschaft und Solidarität“ versus „Enthemmung und Verrohung“ kennt. Letztere seien auf dem Vormarsch, da sich „destruktive Emotionen (...) verstärkt auch in der realen Welt bemerkbar machen“, also „Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie“.

Phrasen und Inhaltsleere kennzeichnen zahlreiche Beiträge, wie zum Beispiel das Interview des Herausgebers Melzer mit Justizminister Heiko Maas, im Grunde ein Wettstreit, wer am häufigsten Wörter wie „Hass“ oder „Hetze“ gebrauchte. Anderes ist Resteverwertung von Ungenießbarem, wie etwa Simone Rafaels Traktat über Gender Mainstreaming, wovon auch sie nicht sagen kann, was das ist, solange es ins polemische Arsenal passt: „AfD als Anti-Gender-Partei“.

Der Sammelband kreist um den „Dreiklang aus Wut, Verachtung und Abwertung“, konkretisiert am zweiten Dreiklang „Pegida, AfD, Sarrazin“ und dokumentiert in „repräsentativen“ Umfragen, die nicht repräsentativ sind, aber gewünschte Resultate liefern: „2014 neigten fast 42 Prozent der Deutschen zu rechtspopulistischen Einstellungen“. Also zu „gruppenbezogene(r) Menschenfeindlichkeit“, nach „Argumentationsmustern“ gegliedert in „Sozial-, Radikal- und Kriminalpopulismus“ und verwoben mit „marktförmigem Extremismus“, das heißt „ökonomistische(r) Werthaltungen“ wie Kreativität, Innovation, Aktivität. So etwas erscheint der FES als negativ.

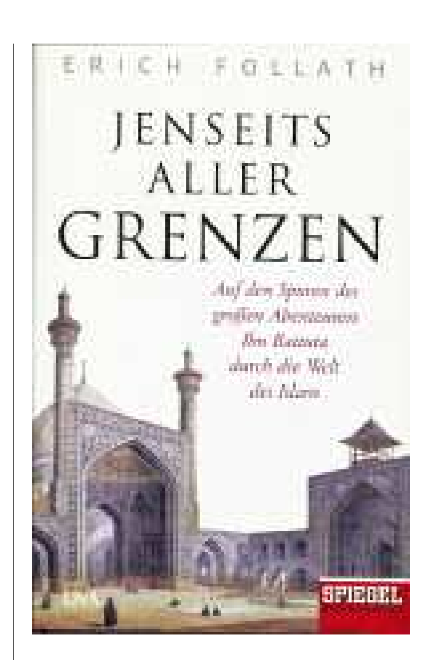
Aber irgendwann widersprechen die FES-Autoren sich selber. Dann geben sie zu, dass Pegida nur Teil sächsischer Polit-Folklore sei, die im Westen nie Resonanz hatte, dass „Hasstaten“ für den „Osten“ typisch seien, wo „vererbter Autoritarismus“ walte und Demokratie als „Westimport“ kollektiv abgelehnt werde. Wobei die Unterschiede klein seien: Nährboden des ostwie westdeutschen Rechtspopulismus sei die (großgeschriebene) „Fraternale Relative Deprivation“, also Ärger, gegenüber „Ausländern“ zweitrangig. Lasst das nicht SPD-Boss Gabriel lesen! Der verlangte unlängst ein „Solidarprojekt“ für dank Flüchtlingsmilliarden benachteiligte Deutsche.

Analysen zur AfD dennoch faktenreich

Dennoch: Einige Glanzlichter bietet dieses Buch, wie zum Beispiel drei Analysen zur AfD (Entstehung, Mitglieder, Aktionsporträt Brandenburg), faktenreich verfasst, leidenschaftslos formuliert, fair in Wertungen. Das unterscheidet sie von dem Pamphlet am Buchende, das der AfD Antisemitismus vorwirft. Das ist Verleumdung, wo doch laut dem Zentralrat der Juden „arabischstämmiger Antisemitismus“ zu uns schwappt, da gewaltbereiter Judenhass die einzige Gemeinsamkeit arabisch-islamischer Immigranten sei. Darüber hat die *PAZ* am 16. Februar 2016 in ausführlicher Analyse berichtet. Andere Blätter taten es ihr nach, nur die FES schwiegt wider besseres Wissen. Ignoranz oder Manipulation?

Wolf Oschlies

***Ralf Melzer, Dietmar Moltenhagen und andere (Hrsg.): „Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland“**, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn 2015, broschiert, 224 Seiten, 16,90 Euro*



Islam damals und jetzt

Erich Follath folgt den Spuren eines Reisenden im Jahr 1326

Erich Follath, promovierter Politikwissenschaftler und bekannter Sachbuchautor, ist über ein Jahr lang den Spuren des als „Marco Polo des Orients“ geltenden maghrebinischen Gelehrten Ibn Battuta gefolgt. Der aus Tanger stammende Ibn Battuta hatte als Sohn eines Geistlichen eine umfangreiche Bildung erhalten, die auch das Erlernen der arabischen Sprache beinhaltete.

1325 brach Ibn Battuta in seiner Heimatstadt auf zum „Hadsch“, zur Pilgerfahrt nach Mekka und Medina. Auf abenteuerlichen Wegen und unter zum Teil großen Gefahren gelangte er durch die Wüsten des Maghreb bis Alexandria und Kairo und über Damaskus schließlich nach Mekka und Medina. Nach dem Vollzug der religiösen Riten zog es ihn aber nicht nach Hause zurück. Von Abenteuer- und Reiselust ergriffen, durchquerte er in den folgenden 30 Jahren die islamische Welt und mehr. Über die heutige Türkei reiste Ibn Battuta durch Zentralasien nach Persien, Afghanistan, Indien, zu den Inseln der Malediven, nach Sri Lanka und Indonesien bis zum entferntesten Ziel seiner Reise, nach China.

Er überstand Hunger und Durst, Schiffsunglücke, Krankheiten. Stets suchte Ibn Battuta die Nähe zu den Herrschenden, die den Gelehrten mit Respekt und Gastfreundschaft empfingen. Seine weiteren Reisen finanzierte er, indem er in die Dienste der jeweiligen Herrscher trat.

Inspiriert vom schlichten Titel „Rihla“, der Reise-Erzählungen Ibn Battutas, die Follath in der französischen Nationalbibliothek entdeckte, entstand die Idee, die Stationen einer Reise des 14. Jahrhunderts aufzusuchen. Ibn Battuta schilderte den Islam als Religion des Fortschritts und der Toleranz und als einigendes Band der von ihm bereisten Länder. Ibn Battuta lernte verschiedene Auslegungen des Islam kennen, traf auch auf Christen und Juden. Die Lebensweise ersterer verwunderte ihn zwar, aber er begegnete ihnen respektvoll.

Es ist eine Welt, die der Islam auch heute noch prägt, die sich derzeit aber im Umbruch und Aufruhr befindet. Die Entwicklung des „Arabischen Frühlings“ habe viele mit Hoffnung erfüllt, so Follath, doch weit mehr Menschen mache sie heute Angst. Er nennt als Beispiele Libyen, Syrien und Ägypten, von Bürgerkriegen zerrissene und von politischen Unruhen geplagte Länder. Die Terrormiliz Islamischer Staat sei zu einem Synonym des Schreckens, der akuten Bedrohung für den Nahen Osten, aber auch für uns im Westen geworden. Der Islam werde nirgends mehr mit friedlichen Entwicklungen verbunden.

Erklärungsversuche für Radikalisierung

Follath hat Ibn Battutas „Rihla“ eingehend studiert. In den Orten, die der Marokkaner im 14. Jahrhundert besucht hat, ist er dessen Spuren nachgegangen. Er recherchierte an historischen Plätzen, Gebäuden, befragte Einheimische nach deren Wissen über den mittelalterlichen Reisenden. An einigen der besuchten Orte war das Wissen über Ibn Battuta vergleichsweise groß, andernorts wusste man mit dem Namen nichts anzufangen. Die Hilfsbereitschaft war indessen überall groß.

Follath vergleicht die heutige Situation der jüngst von ihm bereisten Länder mit der vor ein paar Jahren, als er im Auftrag des „Spiegels“ dort unterwegs war. Im Nachwort gibt er einige Erklärungsversuche für die Radikalisierung der islamischen Richtungen. Er beobachtet beispielsweise einen grundlegenden Unterschied zwischen im Exil lebenden Muslimen und den radikaler werdenden in ihren Heimatländern. Eine große Anzahl engagierter muslimischer Wissenschaftler habe begonnen, die Grundsätze eines „aufgeklärten“ Islam zu formulieren, der ihre Religion mit Gleichberechtigung, Pluralismus und Menschenrechten in Einklang bringen wolle.

Das Buch bietet auf unterhaltsame Weise interessante Informationen über die mittelalterliche Welt des Islam und die heutige Realität in den bereisten Ländern.

Manuela Rosenthal-Kappi

***Erich Follath: „Jenseits aller Grenzen. Auf den Spuren des großen Abenteurers Ibn Battuta durch die Welt des Islam“**, Deutsche Verlags-Anstalt, gebunden, 528 Seiten, 24,99 Euro*

Vor der Zerreißprobe

Gernot Facius’ Buch handelt vom Schicksal deutscher Vertriebenenverbände

Schon der Titel stellt klar, worum es in dem Buch geht. Der Autor ist für das Vertriebenenthema bestens qualifiziert, auch wenn seine Erinnerungen an die Heimat spärlich sein dürften. Am 6. Dezember 1942 in Karlsbad geboren, musste er rasch das bittere Los der Vertriebenen teilen. Dieses harte Schicksal ließ ihn auch an dem neuen Wohnort nicht los, wo er als Journalist („Die Welt“, stellvertretender Chefredakteur, und andere einflussreiche Organe), reichlich Gelegenheit fand, die deutsche Ost- und Vertriebenenpolitik unter die Lupe zu nehmen.

In „Getäuscht und allein gelassen“ geht es um das große Streitthema unter den Vertriebenen, ob künftig altes Unrecht gänzlich ausgeblendet werden soll. Am 28. Februar 2015 hat die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine Satzungsänderung beschlossen, die sie als „geistige Investition in die Zukunft“ anpreist. Doch dieser Beschluss bricht nach der Überzeugung zahlreicher Mitglieder mit einer Reihe von Forderungen (unter anderem Wiedergewinnung der Heimat), die bisher unverzichtbar erschienen. Daher haben sie ihn angefochten. Eine Entscheidung steht noch aus und damit auch die Antwort auf die Frage, ob die Landsmannschaft weiter aktiv auf eine Heilung des Unrechts der Vertreibung hinarbeiten will.

In 56 Kapiteln beleuchtet der Autor die Gesamtthematik von allen Seiten, insbesondere geschichtlich, politisch und kulturell, beginnend mit „Die Sudetendeutschen als Bauernopfer“ bis „Verspätet und fragil. Der Bund der Vertriebenen“. Dazwischen Kapitel, deren Überschriften aussagekräftig sind: „Landsmannschaft vor der Zerreißprobe“, „Franz Josef Strauß und der ‚Vierte Stamm‘“, „Die eiskalt geplanten Nachkriegsverbrechen“, „Waren die Vertriebenen etwa Asylanten?“ Nach der Lektüre des Ganzen glaubt der Leser fast, er könne sachkundig mitreden. Zumindest eines ist ihm klargeworden: Wer auf Gerechtigkeit hofft, hofft vergebens. So wenn er wahrnehmen muss, dass selbst Priester ihr Einmaleins der Ethik vergessen, wenn der Nationalismus offenbar Verbrechen gebietet.

Dass Facius kein Freund der Appeasement-Politik ist, ist unschwer erkennbar. Und wer wollte es ihm und Seinesgleichen verübeln, zumal wenn er selbst kein solches Schicksal erdulden musste? Doch einen schwachen Trost darf der Rezensent aussprechen: Nach einem Vortrag in Prag fragte ihn ein Zuhörer: Wir Tschechen standen bei Kriegsende auf der Seite der Sieger. Doch den vertriebenen Deutschen ging es rasch wirtschaftlich weit besser als uns. Warum? Der Dolmetscher, Freund Ludek Pachmann, bemerkte: „Ich verstehe zwar jedes Wort, aber nicht den Sinn der Frage.“ Der Referent verwies auf den Fluch der Planwirtschaft. Aber insgeheim dachte er auch an das Sprichwort: „Das ist der Fluch der bösen Tat ...“ Und was noch mehr wiegt: Die Vertreiber wurden hart bestraft. Anders als die meisten Vertriebenen muss-ten sie jahrzehntelang in Unfreiheit leben.

Konrad Löw

***Gernot Facius „Getäuscht und allein gelassen. Die deutschen Vertriebenen: Von Opferverbänden zu Trachtenvereinen?“**, Hess Verlag 2015, broschiert, 178 Seiten, 16.80 Euro*

Kein überraschender »Sturm auf Europa«

Vor 25 Jahren prophezeite neue Völkerwanderung hat begonnen – Erste Auflage auch heute noch erstaunlich aktuell

Das vor 25 Jahren erschienene Buch: „Sturm auf Europa. Asylanten und Armutsflüchtlinge“ gehört zu den seltenen Fällen, in denen politische Prophezeiungen eingetroffen sind. Sein Verfasser Manfred Ritter war 1990 als Landesanwalt in Bayern an Asylprozessen beteiligt und hatte bereits vor Erscheinen seines Buches in Gastkommentaren führender Zeitungen („FAZ“, „Die Welt“, „Rheinischer Merkur“) den massenhaften Missbrauch unseres Asylgrundrechts kritisiert. Seine im Buch ausgesprochene Warnung vor einer drohenden Masseneinwanderung von Armutsflüchtlingen aus der Dritten Welt führte erwartungsgemäß zu einem Sturm der Entrüstung bei linken und grünen Medien.

Da sich die Prognosen des Autors jedoch als richtig erwiesen haben, hat der Verlag nun eine Neuauflage des Buches herausgebracht. Man konnte das „historische“ Buch durch ein zusätzliches Vorwort problemlos aktualisieren, weil die politische und geostrategische Situation hinsichtlich einer Masseneinwanderung heute noch die gleiche ist wie vor 25 Jahren. Das „alte“ Buch ist vor allem deshalb so unglaublich aktuell, weil der Autor dem Leser einen globalen Blick auf die Asylpolitik bietet. Nur wer die Gesamtlage überblickt, kann vernünftige politische Entscheidungen treffen. Bei der Asylproblematik wird den Bürgern von unseren „Einwanderungs-Freunden“ allerdings bewusst dieser Überblick verweigert, um keinen Widerstand aufkommen zu lassen. Deshalb fürchten diese Kreise solche Bücher wie der Teufel das Weihwasser. Wir wären jedenfalls nicht in die derzeitige Flüchtlingskrise geraten, wenn sich Politiker und Medien bereits vor 25 Jahren mit den Argumenten des Autors auseinandergesetzt und die dort vorgeschlagenen Lösungsvorschläge aufgegriffen hätten. Offenbar gilt gerade auch bei dieser so grundlegenden Frage „der Prophet im Vaterlande“ nichts. Thilo Sarrazin lässt grüßen, dessen Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ im Raumschiff Berlin keine notwendige Wende in der Immigrationspolitik auslöste.

Ritter beschreibt das gigantische Grundsatzproblem der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern. Der weltweite jährliche Zuwachs entspricht etwa der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Dies führt über die Verarmung der Betroffenen zu einem enormen Auswanderungsdruck. Ein Milliarden-Heer von Armen blickt sehnsuchtsvoll auf die „Wohlstandsinseln“ dieser Welt. Industriestaaten, die politische Verfolgung, Krieg oder sogar Armut als Begründung eines Einwanderungsrechtes akzeptieren, dürfen sich nicht wundern, wenn sie von Millionen Flüchtlingen überflutet werden. Wenn sie in Deutschland dann noch (auf Kosten der Steuerzahler) finanziell genauso gut versorgt werden wie bedürftige eigene Bürger, setzt man damit eine Völkerwanderung aus Asien und Afrika in Bewegung. Der Autor stellt zu Recht die Frage, ob gewisse Medien und Politiker unfähig sind, diese Gefahren zu erkennen, oder ob sie ganz bewusst unsere Demokratie und unser kapitalistisches System zerstören wollen.

Ritter beweist, dass unser existenziell vom Export abhängiges übervölkertes Land bei einer weltweiten Wirtschaftskrise als eines der ersten Länder zusammenbrechen würde. Eine Massenarbeitslosigkeit würde unseren hoch verschuldeten Staat, der auch keine Reserven in der Rentenversicherung hat, in kürzester Zeit in eine äußerst kritische Lage bringen. Wer unter solchen Voraussetzungen ein Millionenheer von Asylsuchern aufnimmt, handelt verantwortungslos. Allein diese wirtschaftliche Problematik, die auch für unsere Nachbarländer gilt, müsste völlig ausreichen, um jede Art von Masseneinwanderung aus außereuropäischen Ländern zu unterbinden.

Der Autor liefert eine Fülle von weiteren ebenso überzeugenden Argumenten gegen eine Masseneinwanderung, die dringend in unsere politische Diskussion eingehen sollten.

Besonders wichtig für Europa ist der im Buch enthaltene Lösungsvorschlag einer „Regionalisierung“ der Asylsucherströme auf ihre jeweiligen Nachbarstaaten, die dann von überstaatlichen Organisationen, wie Uno oder EU, ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten müssten. Dieser Vorschlag wäre es wert, weltweit diskutiert zu werden. Besonders die europäischen Industriestaaten müssten alles unternehmen, um eine solche Regelung international durchzusetzen, wenn sie eine ganz Europa bedrohende gewaltige Völkerwanderung aus Asien und Afrika verhindern wollen.

Bernd Kallina

***Manfred Ritter: „Sturm auf Europa. Asylanten und Armutsflüchtlinge: Droht eine neue Völkerwanderung?“.** Hase & Koehler-Verlag Mainz 2016, broschiert, 144 Seiten, 8,90 Euro*

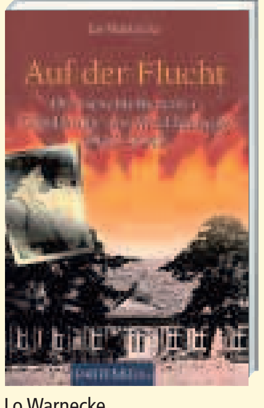
Erika Steinbach
Flucht Vertreibung Mahnung
Menschenrechte sind nicht teilbar – Erfahrungen meines Lebens
Das Schicksal der Heimatvertriebenen bewegt auch mehr als 70 Jahre nach Kriegsende die deutsche Gesellschaft. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die direkt Betroffenen angeht, sondern nach wie vor alle betrifft: „Die Katastrophe der Vertreibung von fast 15 Millionen Deutschen mit allen nur denkbaren Grausamkeiten und Begleiterscheinungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist schmerzlicher und unauslöschbarer Teil unserer ganzen Nation." Erika Steinbach zeigt auf, wie diese Menschenrechtskatastrophe dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt, und macht gleichzeitig die europäische Dimension und Bedeutung beeindruckend anschaulich. Denn nur durch das Anerkennen der gemeinsamen Vergangenheit kann es auf Dauer ein friedliches Europa geben. 256 Seiten
Nr. P A0991 Gebunden 22,00 €



Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Ostpreußen Gestern & Heute
Auf eine Reise durch das heutige Ostpreußen lädt dieser aufwendig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Über zwei Jahre hat der Fotograf und Osteuropa-Experte Wolfgang Korall die Region auf zahlreichen Reisen besucht und auch das Memelland nicht vergessen. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Ostpreußen zu, weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Besonders im polnischen Teil sind die alten Stadtbilder erhalten geblieben oder wieder hergestellt worden. Von Nimmersatt nach Königsberg, von Elbing nach Nikolaiken wird eine einzigartige Landschaft beschrieben: Masuren mit seinen dunklen Wäldern und kristallklaren Seen, der einzigartige Oberländische Kanal, die Kurische Nehrung mit dem Naturschauspiel der Wanderdünen. Großbildbandformat. 315 Abbildungen. 208 Seiten
Nr. P 533123 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Schlesien Gestern & Heute
Auf eine Reise durch das heutige Schlesien lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein.
Über viele Jahre hat der Fotograf und Osteuropa-Experte Ralf Freyer die Region auf zahlreichen Reisen besucht und auch die verschiedenen Landschaften und Städte im Lauf der Jahreszeiten fotografiert. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Schlesien zu, weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. In den letzten Jahren wurde viel für die Erhaltung der alten Stadtbilder und Kulturdenkmäler getan. Nach Zeiten des Verfalls kann man wieder schmucke und lebendige Städte und Orte in Schlesien besuchen. Sechs Specials mit Sonderthemen runden den opulent ausgestatteten Reisebildband ab. 321 Abbildungen. 208 Seiten
Nr. P 533124 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Lo Warnecke
Auf der Flucht
Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945–1949
222 Seiten
Nr. P 533116 Geb. 14,95 €

Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungesehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Lo Warnecke berichtet authentisch und lebendig von ihrem langen Weg in Richtung Westen, vom Aufbruch, wie sie, ihre Kinder und der ganze Treck von der Front eingeholt wurden und wie das Ziel in weite Ferne rückte. Sie hatten den Krieg überlebt, aber weiterleben bedeutete genügend zu essen und eine Unterkunft zu organisieren, in einer Zeit als es nichts gab.



Rosa Labenski
Ich will doch nur zu meinen Kindern
Gefangen in Ostpreußen 1945 bis 1948
224 Seiten
Nr. P 533130 Geb. 14,95 €

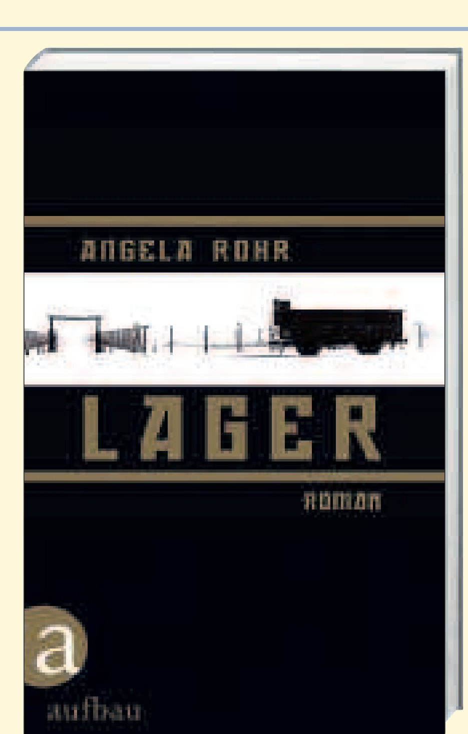
Januar 1945: Auf der Flucht vor der heranrückenden russischen Front zieht Rosa Labenski mit ihren vier jüngsten Kindern durch Ostpreußen. So beginnt der Leidensweg der 54-Jährigen. Ort für Ort werden die Zivilisten weitergetrieben. Die Angst vor Übergriffen durch russische Soldaten ist immer mit dabei. Dann wird Rosa Labenski gefangen genommen und von ihren vier Kindern getrennt. Die Zeit ihrer Internierung wird von der Sehnsucht nach ihren Kindern beherrscht. Dieses Sehnen gibt ihr die Kraft, Schikanen, Hunger und die Strapazen von Gefangenschaft und Arbeitslagern zu ertragen. Ein Wiedersehen mit ihren Kindern aber gibt es erst nach drei Jahren im hessischen Marburg. Die Schilderungen lassen die Ereignisse der letzten Kriegsmonate in Ostpreußen wieder lebendig werden.



Joachim Scholz
Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945
Schicksal einer Generation
War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann. 30 farbige Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533142 Gebunden 14,95 €

Joachim Scholz
Als nur die Hoffnung blieb
In russischer Kriegsgefangenschaft
Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg" die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als diese heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht. 66 Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533151 Gebunden 14,95 €

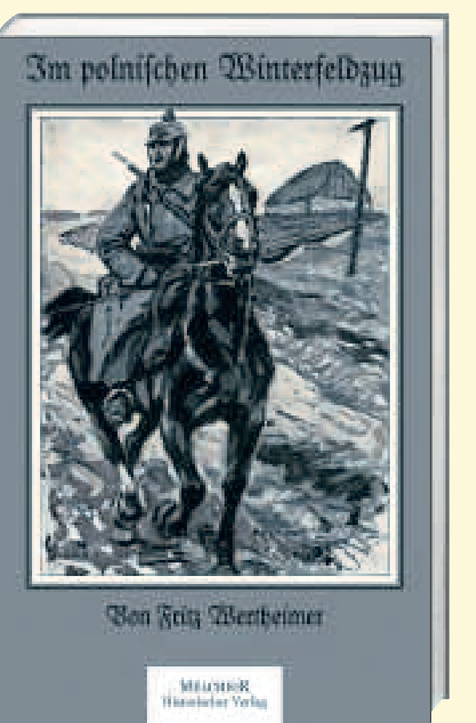
Jörg und Anke Nimmergut
Deutsche Orden und Ehrenzeichen 1800–1945
Ob bei Auktionen, beim Besuch auf Sammlermessen oder Flohmärkten: Der allseits als OEK bekannte Deutschland-Katalog ist immer ein nützlicher Ratgeber und unumgängliches Zitierwerk. Als einziger Gesamtkatalog deutscher Orden und Ehrenzeichen für diesen Zeitraum hat sich der OEK seit fast 40 Jahren bewährt und gilt europaweit als das Standardwerk für die deutschen Orden und Ehrenzeichen seit 1800 bis zum Ende des Dritten Reiches. Er enthält fast 4.100 Nummern, davon allein über 800 Nummern im Dritten Reich. Mit nahezu 200 neuen farbigen Abbildungen ist die jetzige 20. Auflage wiederum umfangreich aktualisiert und erweitert und mit den aktuellen Marktpreisen versehen worden. Durch die Mitarbeit namhafter Sammler, Auktionshäuser und Händler erfüllt der OEK seit Langem den Anspruch, von Sammlern für Sammler gemacht und ein Spiegel des Marktes zu sein. 980 Seiten
Nr. P A0963 Kartoniert 39,90 €



Angelika Rohr (445 Seiten)
Lager – Autobiografischer Roman
Als die namenlose deutsche Ich-Erzählerin 1942 in ein Lager des Gulag gebracht wird, gerät sie in eine Welt jenseits aller Normalität. Von nun an ist Rechtlosigkeit das einzige Gesetz. Sie wird als Ärztin in Lazaretten arbeiten, fast ohne Medikamente, ohne brauchbare Instrumente. Hunger und Kälte ist sie ebenso ausgeliefert wie der erbarmungslosen Lagerhierarchie. Als ihre völlig ungerechtfertigte Strafe abgebüßt ist, erwartet sie die „ewige Verbannung" – eine andere Art von Unfreiheit, nicht weniger demütigend und gefahrvoll. Eine Drachenhaut aus Gefühlskälte soll sie schützen, doch die bekommt Risse, wenn unter dem Hass und der Niedertracht ringsum manchmal Reste von Zuneigung und Hilfsbereitschaft aufleuchten. Angela Rohr hat mit diesem bereits 1964 geschriebenen autobiographischen Roman ein grandioses Dokument des Überlebenswillens unter düstersten Umständen hinterlassen.
Nr. P A0979 Gebunden 22,95 €



Loki Schmidt
Die Blumen des Jahres
Loki Schmidt liebte Blumen über alles. So wählte sie Jahr für Jahr eine Blume des Jahres, stellte sie ausführlich und kenntnisreich vor und lenkte damit den Blick der Öffentlichkeit auch auf seltene und gefährdete Pflanzen. Dieses liebevoll ausgestattete Buch, mit Zeichnungen von Loki Schmidt und vielen Farbfotos, präsentiert alle Blumen des Jahres seit 1980 und ist eine Fundgrube für jeden Naturfreund. 232 Seiten
Nr. P A0956 Gebunden 20,00 €



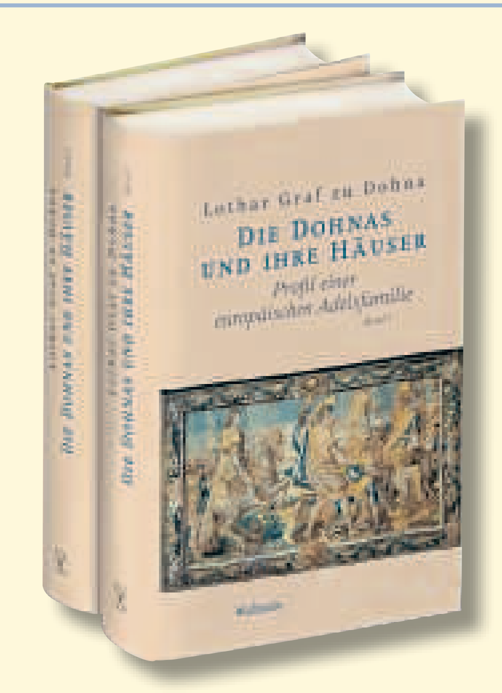
Fritz Wertheimer
Im polnischen Winterfeldzug
Krieg in Polen 1914/1915! Fritz Wertheimer: Im polnischen Winterfeldzug mit der Armee Mackensen. Die Operation des deutschen Heeres im russischen Teil Polens im Winter 1914/1915 zählen zu den weniger bekannten Aktionen des Ersten Weltkrieges. Dabei kommt ihnen große Bedeutung zu, entlasteten sie doch das durch die russische Großoffensive an den Rand einer Niederlage gebrachte Österreich-Ungarn. Friedrich Wertheimer erlebte die Kämpfe als Kriegsberichterstatter bei der IX. Armee und berichtet darüber in diesem, bereits im April 1915 veröffentlichten Werk. Seine eindrucksvolle Darstellung vermittelt ein anschauliches Bild vom Geschehen an der deutschen Ostfront in dieser frühen Phase des Krieges. Unentbehrlich für Jeden, der sich fundiert mit dem Großen Krieg befassen will. 208 Seiten
Nr. P A0986 Gebunden 19,95 €



Kette mit kleinen bunten Bernsteinbohnen
Die Bernsteinkette hat eine Länge von ca. 45 cm und besteht aus verschiedenfarbigen ovalen Bernsteinbohnen.
Nr. P A0864 29,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €



Lothar Graf zu Dohna
Die Dohnas und ihre Häuser
Profil einer eurpäischen Adelsfamilie – in 2 Bänden
Eine illustrative (kunst-)historische Dokumentation des 850-jährigen Wirkens der Adelsfamilie Dohna im preußischen und europäischen Raum. Die Geschichte eines adligen Geschlechts ist auch immer die Geschichte seiner Häuser. Das weitverzweigte Adelsgeschlecht der Dohnas, in der Mitte des 12. Jahrhunderts von der Burggrafschaft Dohna (bei Dresden) ausgehend, wirkte in der Periode der Burgen und Schlösser insbesondere in Böhmen und Preußen. Diese Einzelstudie zur Sozial- und Kulturgeschichte des Adels eröffnet neue Perspektiven auf die allgemeine Geschichte Preußens und Ostpreußens. In zahlreichen Abbildungen stellt diese (kunst-)historische Dokumentation die annähernd 30 Schlösser und Herrenhäuser der Adelsfamilie Dohna mit einem umfangreichen, bisher meist unveröffentlichten gewachsenen Bestand an historischen Kunstwerken vor. 992 Seiten
Nr. P A0691 Gebunden mit Schutzumschlag 89,00 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNG

Mit Überschrift in die Irre geführt

München – Mit irreführenden Überschriften haben etliche Medien zu Wochenbeginn ihrem Ruf als „Lückenpresse“ alle Ehre gemacht: „Grenzkontrollen kosten Deutschland Milliarden“ – so oder ähnlich waren etliche Meldungen betitelt. Sie stützten sich auf eine Untersuchung des Ifo-Instituts, die in Wahrheit eher das Gegenteil aussagt. Die Münchener Forscher haben zwar die Einbußen errechnet, die der deutschen Wirtschaft drohten, falls an den Grenzen der sogenannten „Flüchtlingsrouten“ wieder dauerhaft kontrolliert würde. Sie kamen dabei auf neun bis 15,4 Milliarden Euro jährlich. Die zentrale Aussage der Ifo-Studie ist indes eine völlig andere, was sich meist erst im unteren Teil der Meldungen erschloss. Die Forscher stellen nämlich klar: „Diese Kosten machen nur einen kleinen Teil jener Summen aus, die durch unkontrollierte Massenzuwanderung entstehen könnten.“ Journalisten wissen, dass viele Leser oft nur die Überschrift eines Beitrags wahrnehmen. Daher liegt bei der irreführenden Betitelung der Verdacht des Manipulationsversuchs nahe. *H.H.*

ZUR PERSON

Wüterich aus Waidhofen

Ein Wechsel im österreichischen Innenministerium kurz vor der Bundespräsidentenwahl hatte für Verwunderung selbst innerhalb der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gesorgt. Die bisherige Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, die wegen ihrer restriktiven Asylpolitik von sich reden gemacht hat, kündigte an, sich auf die Landesebene zurückziehen zu wollen. Dort soll sie laut österreichischen Medien zur Nachfolgerin des niederösterreichischen Landeshauptmanns (Ministerpräsidenten) Erwin Pröll aufgebaut werden. Ihr jetziges Amt übernimmt der 60-jährige **Wolfgang Sobotka**. Der Politiker war für die ÖVP bereits seit 30 Jahren auf kommunal- und landespolitischer Ebene in Niederösterreich tätig. Zuletzt war er Finanzminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten, als dessen Nachfolger Sobotka bisher gehandelt worden war.

Der designierte Innenminister hat Geschichte und Musik studiert, ist verheiratet und Vater von sechs



Kindern. Er gilt als harter Verhandler und als Arbeitstier. Berühmt-berüchtigt ist Sobotka für seine Wutausbrüche. Er selbst spricht von seiner cholerischen Art als Achillesferse. Nachdem er Musiklehrer geworden war, arbeitete Sobotka als Stadtarchivar und Musikschulleiter in seiner Geburtsstadt Waidhofen an der Ybbs. Seine politische Karriere begann ebenfalls in Waidhofen, wo er Bürgermeister war. Gegenwind bekam Sobotka von den Grünen, die ihm 2013 Korruption im Zusammenhang mit der Anlage niederösterreichischer Wohnbaugelder vorwarfen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelte in dem Fall, stellte das Verfahren aber letztlich ein.

Ob Sobotka genügend Taktgefühl mitbringe, um etwa in der Asylkrise angemessen zu reagieren, müsse er erst noch beweisen, meinen seine Kritiker. *MRK*



Ans Hakenkreuz genagelt

Warum aus dem Berliner »Einheitsdenkmal« nichts werden konnte, warum Mahnmale so wichtig sind, und was heute »grün« bedeutet / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Am Ende soll es an den Kosten gescheitert sein. Das Projekt eines Denkmals der Deutschen Einheit vor dem wiedererstehenden Berliner Schloss wurde, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, zu Grabe getragen. Zu teuer, heißt es.

Schade, wo wir mit dem Denkmal doch wirklich etwas Tolles bekommen hätten. Der Siegerentwurf, spöttisch „Einheitswippe“ genannt, sah von der Seite aus wie eine riesige Schale für einen „Banana-Split“, in der wir hätten herumlaufen können. In der Schale sollte in großen Buchstaben der Schriftzug „Wir sind das Volk – Wir sind ein Volk“ montiert werden. Das wär's schon gewesen.

Die Zeitkritiker sagen, dass wir in einer „post-heroischen Epoche“ leben, weshalb es keine Helden oder Heldenposen oder gar Heldendenkmäler mehr geben dürfe. Die Statue eines Mannes und einer Frau, die, am schlimmsten noch mit der schwarz-rot-goldenen Fahne in der Faust, energisch die Mauer durchtrennen – so etwas wäre für uns Jetztmenschen ganz und gar unerträglich.

Zu dem phantastischsten Ereignis in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und dem erfreulichsten Umbruch in der Welthistorie seit Generationen fällt uns daher nicht mehr ein als „Banana-Split“. Und nun soll es nicht einmal zu der faden Schale reichen.

Auch gut. So müssen sie spätere Generationen, die sich aus unserem Kokon der nationalen Verdrucktheit befreit haben, wenigstens nicht wieder abreißen. Und wir, sollten wir dann noch leben, müssen den Jüngeren nicht die peinliche Frage beantworten, was wir uns „dabei“ eigentlich gedacht hätten.

Wir wollen jetzt aber nicht allzu sarkastisch werden und lieber Gerechtigkeit walten lassen. Was heißt denn hier überhaupt „phantastisches Ereignis“? Das kommt doch wohl sehr auf den Standpunkt an!

Die Tonangeber in Politik, Medien und Kultur waren von den Ereignissen 1989/90 alles andere als begeistert – von wenigen, entsprechend angegifteten Ausnahmen einmal abgesehen. Selbst in der DDR-Bürgerrechtsbewegung träumte man mehrheitlich von einer „anderen DDR“, aber auf keinen Fall von der deutschen Einheit. Diese Tonangeber spielen noch immer die Musik im Land und konnten mit dem Projekt „Einheits- und Freiheitsdenkmal“ verständlicherweise herzlich wenig anfangen. So quälten sie sich seit dem Beginn der Planungen 1998 bis heute mit dem Ding herum, um schließlich und folgerichtig zu scheitern.

Für sie waren die Ereignisse vor einem Vierteljahrhundert eine einzige Tortur. Montagsdemonstranten und Massen von Übersiedlern trieben die Oberen vor sich her und machten Weltgeschichte, ohne von Ethikkommissionen, Kirchentagspräsidenten oder Politikwissenschaftlern dazu befugt worden zu sein. Entsetzlich!

> Für die »Eliten« war die Rückkehr Deutschlands 1989 nichts als eine einzige Tortur

Die „Eliten“ zogen daher ein Register nach dem anderen, um den unverschämten Lauf der Dinge aufzuhalten. Im Spätsommer 1989 sangen sie noch die alte Leier: Die deutsche Einheit stehe nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik, das Streben danach gefährde den Frieden, ängstige unsere Nachbarn und sei „ewiggestriger“ Nationalismus. Man müsse sich „mit den Realitäten abfinden“.

Als die Mauer den „Realitäten“ auf den Kopf gefallen war, versuchten sie es damit, die Leute lächerlich zu machen, die durch dieses zerbröselnde Monstrum gen Westen strömten. Der damalige Grünen-Politiker und spätere SPD-Innenminister Otto Schily zeigte sich mit einer Banane im TV, sollte heißen: Die blöden Zonis wollen bloß Südfrüchte und D-Mark, Einheit und Freiheit ist denen egal, höhöhö.

Klappte auch nicht, die Sache wurde zunehmend ernst. Die Deutschen stürmten einfach weiter in Richtung Einheit und Freiheit. Freie Deutsche? Ein Albtraum für die Verächter dieses Volkes. Also verlagerten sie sich darauf, jenes Volk, das nun nicht mehr durch Mauer und Spaltung gefesselt sein würde, so fest ans Hakenkreuz zu nageln, dass es sich auch ohne Teilung und Besatzung nie mehr geistig frei würde bewegen können. Seitdem schießen NS-Mahnmale wie Pilze aus dem Boden und überwuchern das ganze Land bis in die letzten Dörfer und Wälder hinein. Und seither überwachen die Kommissare und Spitzel der „Politischen Korrektheit“ jedes unserer Worte und horchen uns auf verdächtige Gedanken ab.

Aus einem solchen Gebräu sollte ein „Einheits- und Freiheitsdenkmal“ erwachsen? Genauso gut hätten sie Claudia Roth damit beauftragen können, ein AfD-Parteiprogramm zu schreiben, und zwar eines, das wirklich nach AfD schmeckt. Das konnte nur als öder Witz enden, und das ist es nun ja auch.

Lachen mögen wir trotzdem nicht. Das liegt nicht daran, dass wir uns wundern müssen, wie wenig das Thema Einheitsdenkmal die Deutschen bewegt hat. In früheren Zeiten oder anderen Nationen hätte so ein Nationaldenkmal als heiß umkämpftes Gesprächsthema vom exklusiven Kabinettstisch bis zur verrauchten Kneipentheke alle Bürger vibrieren lassen. Uns dagegen war das nicht einmal ein Gähnen wert.

Aber das ist es nicht, was uns das Lachen vergällt. Vielmehr haben wir uns an Absurditäten schon derart gewöhnt, dass uns das Absurde wie das (neue) Normale vorkommt.

Blicken wir dafür mal auf Claudia Roths grüne Bewegung. Die propagiert „grüne Energie“, mit der wir die Umwelt und das Klima schützen. Neuerdings aber häufen sich Meldungen, dass „Windbauern“ Seeadler abknallen, weil sie neben deren Nestern Windräder aufstellen wollen. Die Masten müssen einen Mindestabstand zu den Adlerhorsten einhalten, weshalb die Nester immer öfter im Wege sind. Mit anderen Worten: Die geschützten Vögel sind dem „Klimaschutz“ im Wege und müssen die grüne Energiewende mit dem Leben bezahlen.

So absurd geht es weiter: Einst ketteten sich linke Aktivisten an Bäume, um mit aller Macht deren Abholzung zu blockieren. In Hamburg riefen eben jene Aktivisten jetzt zum „Kettensägenmassaker“ (nannten die wirklich so) auf, um einen bewaldeten Platz für ein Asyllager zu roden.

Als angeblich vorderste Vorkämpfer der Frauen-Emanzipation stellen sich die Grünlinken wacker vor eine religiöse Weltanschauung, deren Frauenbild mit „mittelalterlich“ nur sanft umschrieben wäre. Schäumend reagierten sie daher, als aus der AfD die Forderung auftauchte, die Vollverschleierung von Frauen zu verbieten, ebenso wie Minarette und den Muezzin-Ruf in Deutschland.

Darüber waren allerdings auch alle anderen Parteien entsetzt. EU-Parlamentspräsident Martin Schultz von der SPD fand die Forderung nach dem Vollschleierverbot „abstoßend“. Der Vizechef der Christlichen Demokraten, Armin Laschet, sieht nach dem Vorstoß gar den Zeitpunkt gekommen, die staatlichen Organe in Marsch zu setzen: „Der Verfassungsschutz wird dies im Blick haben“, grollt er düster.

Für die muslimischen Fanatiker läuft alles wie geschmiert. Die etablierten Parteien und Medien reagieren mal wieder so, als hätten sie es gar nicht abwarten können, sich für den Islam in die Schlacht zu stürzen. „Empörung, Wut und Angst“ („Rheinische Post“) über den AfD-Vorstoß ergossen sich so spontan wie aus einem Staubeken, in dem man sie für den rechten Moment angesammelt hatte.

Dabei wird das Hohelied auf die Toleranz und Friedfertigkeit des Islam in dem Maße höher, wie die Verfolgung von Nichtmuslimen in muslimischen Ländern schärfer und brutaler wird. Da wissen die Krieger des Propheten einmal mehr, was sie zu tun haben: Je härter sie zuschlagen, je dreister sie fordern, desto inniger wollen wir mit ihnen kuscheln. Bis sie mit uns fertig sind.

Apropos Muezzin: Wie oft läuten eigentlich die Kirchglocken in Saudi-Arabien?

MEINUNGEN

*Im „Tagesspiegel“ (13. April) erklärt **Bernhard Schulz**, woran das Projekt eines **Denkmals der deutschen Einheit** in Berlin **gescheitert** ist:*

„Der deutsche Selbsthass, der jeden auch nur halbwegs hellen Befund am zweifellos stockdüsteren Geschichtsgemälde des 20. Jahrhunderts unter den Generalverdacht übelsten Nationalismus stellt, erlaubt keine sichtbare Freude über die Geschehnisse vom 9. November 1989 bis zum 3. Oktober 1990. Fähnchenschwenken zu Fußballereignissen, das mag angehen, es ist ja auch nicht von Dauer; aber ein Denkmal, seiner Natur nach auf Dauer und Sichtbarkeit angelegt, darf wohl nicht sein.“

***Wolfram Weimer** wirft Angela Merkel auf n-tv (12. April) vor, Deutschland zum **Spielball der Türkei** zu machen:*

„An der Winzigkeit eines miserablen Gedichts entlarvt sich die ganze Tragödie von Merkels Zuwanderungs-Irrungen. Weil sie die Grenzen zu weit aufgerissen hat und sich seither weigert, die eigene Grenzsicherung entschieden in Angriff zu nehmen, stattdessen aber die Türkei als dubiosen Grenzpolizisten einkaufen will, degradiert sie sich und Deutschland zum Spielball fremder Interessen und Satiren – und seien es die über Satire. Die Bundeskanzlerin erniedrigt sich und die Bundesrepublik.“

***Ralph Ghadban**, im Libanon geborener Migrationsforscher, nennt die deutsche **Zuwanderungs- und Integrationspolitik** in der konservativen „Jungen Freiheit“ (15. April) eine **Katastrophe**:*

„Multikulti hat noch nirgendwo funktioniert ... Multikulti konserviert die Unterschiede, es verhindert Integration ... Wir erleben eine asymmetrische Entwicklung: Die Deutschen öffnen sich immer mehr, die Moslems wenden sich immer weiter ab.“

*Der „taz“-Redakteur **Christian Jakob** erläutert auf „Spiegel-online“ (17. April) am Beispiel der Praxis in den 90er Jahren, wie eigentlich **abzulehnende Asylbewerber** doch noch **ihre Anerkennung** erlangen:*

„Die Strategie der Flüchtlinge bestand darin, in Deutschland weiter politisch tätig zu sein und das dann zu dokumentieren, damit der zweite Asylantrag nicht mehr so einfach abgelehnt werden konnte. Der aus Togo geflohene Regimegegner Leonard Atoh etwa hat auf der Expo 2000 in Hannover eine Protestaktion gegen Togos Präsidenten Gnassingbé Eyadéma organisiert. Danach wurde ihm Asyl zugesprochen.“

***Thilo Sarrazin** lenkt in der Zürcher „Weltwoche“ (16. April) den Blick auf einen brisanten Aspekt des EU-**Türkei**-Abkommens, die **Visa-Freiheit**:*

„30 Prozent der türkischen Bürger sind kurdischer Herkunft. Gegen diese große Minderheit führt Erdogans Regierung Krieg. Die kurdischen Verfolgten und Opfer dieses Krieges hätten es künftig sehr einfach, wenn sie in Europa Asyl beantragen wollten: Sie müssten nur mit einem gültigen Personalausweis ein Flugzeug besteigen, und ihre Asylgründe wären mindestens so gut wie bei zahlreichen Eritreern, Afghanen und Syrern.“